



AIB

2V 7426 E

2,- DM

Januar

Nr. 1/1981

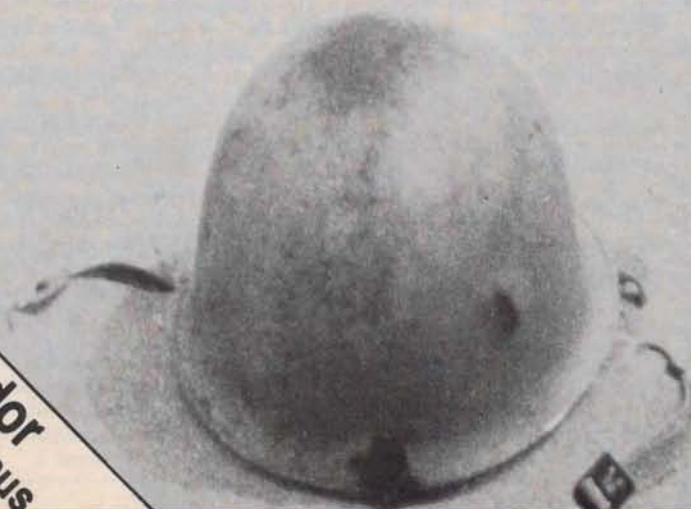
12. Jahrgang

Antiimperialistisches Informationsbulletin



Krieg Irak - Iran

- NATO-Aufmarsch am Persischen Golf
- Iranischer Revolutionsprozeß



Eskalation in El Salvador
Kamerun • Kubas Internationalismus
Jamaika • Bolivien • Palästina

Inhalt:

AIB-Aktuell: ... und jetzt kommt Ronald Reagan	3
El Salvador	
Doris Mies: „Direkte US-Militärintervention . . . nicht ausschließen“	4 – 5
Demokratisch-Revolutionäre Front (FDR): Der „Friedensvertrag“ mit Honduras – ein Kriegsvertrag	6
Bolivien	
Ulrich Rupp: Putschisten im Zugzwang	7 – 9
Siles Zuazo: Die Meza-Junta isolieren!	8
Gespräch mit bolivianischen Minenarbeitern	9
Kuba	
Rede Fidel Castros (3. Teil): Dank dem Internationalismus	10 – 11
Jamaika	
Jürgen Ostrowsky: Auf dem Weg zurück	12 – 14
Jamaika-Daten	14
AIB-Leserumfrage: Das brachte die AIB-Leserumfrage	15
Persischer Golf	
Wolfram Brönnner: Gefahren des Krieges Irak–Iran	16 – 22
Erklärung Mohammad Ali Rajais vor dem UN-Sicherheitsrat	18
Schlußkommuniqué der Konferenz von Nikosia	19
Tudeh-Partei des Iran und Irakische KP: Gemeinsame Erklärung zum Krieg Irak–Iran	20
Erklärung der Volksfedajin (Mehrheit) zum Krieg Irak–Iran	21
Arabischer Volkskongreß: NATO-Aufmarsch am Golf	27 – 30
Iran	
Eric Rouleau: Die islamische Revolution – ein Weg voller Fallen (1. Teil)	31 – 34
Kamerun	
Gespräch mit T. Tchaptchet: Im Widerstand gegen das Ahidjo-Regime	35 – 37
Kamerun-Daten	36
Kultur	
Hans Mayer: Rückschau auf die Buchmesse. Afrika zwischen Kommerz und Dialog	38 – 39
Türkaya Ataöv: Die Palästinenser. Ihre Persönlichkeit und Kultur (2. Teil)	40 – 42
Krieg und Frieden	
AIB-Seminar: Verhältnis Frieden und Befreiungskampf (1)	43
Rückblick: Der Mord an Patrice Lumumba	44
Rezension/Filme: Kontroverse zur Afghanistan-Krise	45
Kurzinformationen: Jordanien–Syrien, Tschad–Libyen, Sambia, Namibia–BRD, Südafrika, Obervolta, Äthiopien, Guinea-Bissau, Peru, Nicaragua, Uruguay, Südkorea	46 – 47
Kommentar: Die Indianerfrage vor dem IV. Russel-Tribunal	48



Antimperialistisches Informationsbulletin

Impressum

Das AIB erscheint monatlich. Jahresabonnement 20,- DM; Einzelheft 2,- DM; Doppelheft 3,50 DM; bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33% Ermäßigung.

Anschrift von Redaktion und Vertrieb: AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, Tel. (064 21) 24672

Konten: AIB-Weltkreis-Verlag, Postscheckkonto 312093-607, Postscheckamt Frankfurt/M. oder Marburger Volksbank, Rudolphsplatz (BLZ 53390000), Konto Nr. 966

Herausgeber: Prof. Dieter Boris, Dr. Wilhelm Breuer, Wolfram Brönnner, Dr. Jutta von Freyberg, Werner Stürmann, Mechthild Jansen, Georg Kwiatowski, Herber Lederer, Uwe Knickrehm, Erich Rudolf, Peter Tanzmeister, Dr. Frank Werkmeister, Prof. Erich Wulff

Redaktionskollektiv: Wolfram Brönnner (verantwortl.), Hanne Denk, Rainer Falk, Paul Maaskola, Jürgen Ostrowsky, Ludger Schmitz

Mitarbeiter: A. J. Arndt, D. Baben, N. Biver, B. Brinkmann, R. Hegewald, I. Jacob, V. Klose, H. Mayer, D. Mies, M. Opperskalski, W. Ritter, U. Rupp, J. Weber

Verlag: Weltkreis Verlags GmbH, Dortmund
 Druck: Plambeck & Co., Neuss

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
 Titel und Zwischenüberschriften stammen in der Regel von der Redaktion.
 Nachdruck von Beiträgen bei Quellenangabe und Zusendung von zwei Belegexemplaren gestattet.
Adressenänderung bitte rechtzeitig bei der Redaktion in Marburg und bei ihrer Poststelle bekanntgeben.
Redaktionsschluß: 12. 12. 1980
Anzeigen: IKA, ILA, Hammer Verlag, Deutsche Volkszeitung, Neue Stimme, Verlag Marxistische Blätter, rote Blätter, Unsere Zeit



Proteste gegen Verschleppung paraguayischer Patrioten

Am 30. Oktober entführten in Buenos Aires Agenten der argentinischen Militärjunta, offensichtlich in Gemeinschaftsarbeit mit der paraguayischen Geheimpolizei Stroessners, Alfredo Alcorta, stellvertretender Sekretär der KP Paraguays (PKP). Bereits am 27. August 1980 waren an gleichem Ort der Erste Sekretär der PKP, Antonio Maidana, und der Arbeiterführer Emilio Roa in den Straßen der argentinischen Hauptstadt verschleppt worden. A. Maidana und A. Alcorta hatten bis Februar 1977 beide 19 Jahre in den Kerkern des faschistischen Stroessner-Regimes zugebracht. Die argentinische Videla-Junta äußerte sich trotz weltweiter Proteste bislang nicht zu den Vorfällen. Ebenfalls in Schweigen hüllt sich die Regierung Paraguays. Es steht zu befürchten, daß A. Maidana, E. Roa und A. Alcorta bereits an die Stroessner-Diktatur ausgeliefert wurden und in höchster Lebensgefahr schweben.

Die jüngsten Verschleppungen reihen sich in einen Plan ein, der im Jahre 1979 vom Inter-amerikanischen Verteidigungsrat in Bogota unter dem Decknamen „Operacion Condor“ beschlossen wurde. Er zielt darauf ab, die fortschrittlichen und demokratischen Kräfte physisch zu vernichten. Patrioten, die gegen die politischen Repressionen der Stroessner-Diktatur und den wirtschaftlichen Ausverkauf des Landes, vor allem an US- und BRD-Konzerne, kämpfen, werden Opfer von Verschleppung, Folter und Mord. Besonders seit dem Attentat auf den nikaraguanischen Exdiktator Somoza (am 17.9.1980) im paraguayischen Exil verschärfte Stroessner die Repressionswelle in Paraguay, das ohnehin seit 26 Jahren die elementarsten Menschenrechte mit den Füßen tritt (siehe AIB 3 und 10/1978 und 11-12/1980).

Internationale Proteste können zur Aufklärung des Schicksals der Verschwundenen und zu ihrer Freilassung beitragen. Schicken Sie deshalb Postkarten, Briefe oder Telegramme mit der Aufforderung, Antonio Maidana, Emilio Roa, Alfredo Alcorta sowie alle anderen verschleppten Patrioten Paraguays unverzüglich freizulassen an: **Botschaft der Republik Paraguay, Plittersdorfer Str. 121, 5300 Bonn 2.**

AIB-Aktuell: ... und jetzt kommt Ronald Reagan

Wenn der neu gewählte US-Präsident Ronald Reagan am 20. Januar d.J. sein Amt antritt, werden mit diesem Vorgang unterschiedliche Erwartungen verknüpft sein. Bereits das von ihm im Wahlkampf verfolgte Programm und mehr noch sein als „Erdrutsch“ bezeichneter Sieg gegen den bisherigen Präsidenten Jimmy Carter am 4. November 1980 haben unterschiedlichste Reaktionen ausgelöst.

Über „Jubel in Pretoria“ und beim Begin-Regime Israels wußte die Frankfurter Allgemeine Zeitung zu berichten, als das Ergebnis bekannt wurde. Boliviens gerade eben an die Macht geputschter Diktator Meza bescheinigte dem US-Wählervolk, mit seiner Entscheidung einen „Akt der Reife“ begangen zu haben. Und das Militärregime in Guatemala ließ gar Straßenfeste anordnen, um das Wahlergebnis zu feiern.

Was bei den vereinigten Reaktionären so viel Frohlocken auslöst, kann für die Völker nichts gutes bedeuten. Gewiß kann man nicht so ohne weiteres davon ausgehen, daß alles das, was Reagan und seine Mannschaft sich während des Wahlkampfes an Kraftworten, Chauvinismus und aggressiven Obertönen zur Mobilisierung einer rechten Wählerbasis einfallen ließen, jetzt in politische Praxis wird umgesetzt werden können. Dennoch stellt der Machtantritt des von Reagan repräsentierten Lagers in der US-amerikanischen Politik ein Alarmsignal erster Ordnung dar.

Reagans Wahlsieg signalisiert nicht mehr und nicht weniger als eine seit geraumer Zeit vorbereitete und von der Carter-Administration mitgemachte Rechtsverschiebung im politisch-sozialen System der USA. Innenpolitisch ist der Wahlausgang in hohem Maße Ausdruck der Unzufriedenheit breiter Bevölkerungsschichten angesichts einer wachsenden wirtschaftlichen und sozialen Krise. Eine Inflationsrate von 14%, ein über 18% hinausgehendes Zinsniveau, Millionen Arbeitslose und keine ernsthafte Aussicht auf eine Verbesserung der Lebensbedingungen für die Mehrheit der Bevölkerung markierten zuletzt den vollständigen Bankrott jenes wirtschaftlich-sozialen Reformprogramms, mit dem die Regierung Carter 1977 angetreten war. Sicher verfügt auch der neue Präsident lediglich über einen Wähleranhang, der nur bei etwas über 25% der insgesamt Wahlberechtigten liegt (bei einer Wahlbeteiligung, die in den USA seit den 60er Jahren traditionell um 50% beträgt). Bemerkenswert ist jedoch der Einbruch der Republikaner in das traditionelle Stammwählerpotential der Demokraten (gewerkschaftlich Organisierte, rassische Minderheiten, bürgerliche Liberale, Intellektuelle, Juden usw.). Ebenso bemerkenswert und alarmierend scheint die Tatsache, daß es Reagan gelungen ist, ein zwischenzeitlich desaktiviertes rechtes und faschistoides Spektrum, das von den strikt antikommunistischen christlichen Fundamentalisten bis zu dem wiedererstarkenden Ku Klux Klan reicht, zu mobilisieren.

Alarmsignale erster Ordnung

Reagans außenpolitischer Kurs, seine konzeptionellen Vorstellungen über die Beziehungen der USA zur Dritten Welt, lassen sich eher und schärfer aus den Ansichten seiner Berater und Hintermänner als aus seiner eigenen Wahlkampfrhetorik herausfiltern. Reagan repräsentiert hier nur (und das mit durchaus bemerkenswertem schauspielerischem Geschick!) jenen neokonservativ ausgerichteten Block, dessen Leitvorstellungen – im Kern die Restauration der einstigen hegemonialen Stärkeposition der USA auf allen Gebieten – sich in den letzten fünf bis sechs Jahren innerhalb des amerikanischen Establishments mehr und mehr durchzusetzen vermochten. Es geht diesen eng mit dem militärisch-industriellen Komplex verbundenen Kräften um die Durchsetzung eines langfristigen Krisenprogramms, mit dessen Hilfe die strategischen Niederlagen und Positionsverluste des US-Imperialismus im letzten Jahrzehnt wieder rückgängig gemacht werden sollen. Und dessen zugrundeliegende Prämissen lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Aufrüstung und Krieg werden als wichtigstes Mittel von Diplomatie und Außenpolitik begriffen, und zwar nicht zur Drohung und Abschreckung, sondern als prinzipiell mögliche Praxis. Die zahlreichen Plädoyers dafür, daß selbst der Atomkrieg ein Mittel sei, das die politische Führung stets bereit sein müsse anzuwenden, sprechen hier Bände. Damit einher geht die offene Zurückweisung der in den 60er und 70er Jahren erreichten militärischen Parität und politischen Gleichberechtigung zwischen West und Ost, verbunden mit dem erklärten Ziel, die militärische Überlegenheit über das sozialistische Lager wiedererlangen zu wollen.

Soziale Veränderungsprozesse in den Entwicklungsländern werden als prinzipiell im westlichen Interesse kanalisierbar, sozialrevolutionäre Umwälzungen stets für ein Ergebnis sowjetischer „Subversion“ angesehen, wobei auch hier der militärische Faktor in Gestalt einer stets zur direkten Intervention entschlossenen Politik als zentrales



Mittel zur Durchsetzung des imperialistischen Ziels begriffen wird.

Es ist klar, daß dieses Programm eine unverhohlene Aufkündigung nicht nur des Entspannungsprozesses zwischen Ost und West darstellt, sondern im Endeffekt auch auf die Absage jeglicher Koexistenzbereitschaft mit eigenständigen Entwicklungen in der Dritten Welt hinausläuft und auch dort den Übergang zur Konfrontation in Aussicht stellt. Unübersehbar ist auch, daß der damit neu angemeldete Führungsanspruch innerhalb des imperialistischen Lagers in Zukunft zu verstärkten Konflikten insbesondere mit dem westeuropäischen Unterzentrum führen muß. Auch das anlässlich des Besuchs von Bundeskanzler H. Schmidt in Washington (den Reagan als ersten ausländischen Staatsmann entgegen amerikanischer Tradition vor seinem Amtsantritt empfangen hat) gezeichnete „Eitel-Sonnenschein-Bild“ kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß hier tiefe Interessenunterschiede zu Westeuropa, etwa in der Frage der Ostpolitik und des Ost-West-Handels, aufgerissen worden sind.

Es ist gleichwohl auch klar, daß der neue Konfrontationskurs bereits durch die Carter-Administration bestens vorbereitet wurde (siehe AIB 3 und 7-8/1980), so daß die Reagan-Administration nur verstärkend daran anzuknüpfen braucht.

Was die Völker der Dritten Welt von dem neuen Mann in Washington zu erwarten haben, hat Fidel Castro bereits nach der Nominierung Reagans auf den Begriff gebracht: „Wenn eine Plattform dieser Art in die Praxis umgesetzt wird, dann gibt es Krieg zwischen den USA und den Völkern Lateinamerikas, denn es ist unmöglich, diesen Kontinent in die Zeit des großen Knüppels zurückzusetzen“ (Castro-Rede in AIB 11-12/1980, S. 66-67). Diese Kriegsvision bezieht sich nicht nur auf die mit dem Reagan-Sieg schlagartig gewachsene Gefahr einer US-Intervention in Mittelamerika, wo das Auslösen der Revolution in Nicaragua und der Volksoffensive in El Salvador zu den erklärten Zielen der neuen Administration gehört. Verstärkt soll auch das Instrument der Auslands- und Militärhilfe, wie es sowohl im Wahlprogramm der Republikaner als auch in den ersten Äußerungen wichtiger Reagan-Berater heißt, wieder zur Stützung reaktionärer und faschistischer Regimes bzw. zur ökonomischen und militärischen Erpressung (zur „Durchsetzung amerikanischer Interessen“) eingesetzt werden.

In der Nahostpolitik des neuen Präsidenten wird es offensichtlich in Anknüpfung an die Camp-David-Politik J. Carters zu einer stärkeren Akzentuierung des Ziels kommen, die PLO um jeden Preis auszuschalten bei gleichzeitiger Sanktionierung der Begin'schen Siedlungspolitik auf dem Westjordanufer. In Afrika schließlich wird man mit einer stärkeren – auch militärischen – Unterstützung solcher Stellvertretermächte wie der Zaires oder Marokkos rechnen müssen, nicht zuletzt auch mit einer engeren Zusammenarbeit zwischen Washington und dem Rassistenregime in Pretoria, getreu der Devise, daß „die Freunde der USA“ an der Macht gehalten werden müssen.

Was sich von den neuartikulierten aggressiven Absichten der USA hingegen verwirklichen lassen, was an den objektiven Grenzen, die diesem Kurs gesetzt sind, scheitern wird, ist eine ganz andere Frage. Auch hier droht Reagan in Carters Fußstapfen zu treten.

Doris Mies

„Direkte US-Militärintervention... nicht auszuschließen“



FMLN-Guerilleros in Morazan

Das was US-Botschafter Robert White nach dem hinterhältigen Mord an sechs Führern der Demokratisch-Revolutionären Front (FDR) verharmlosend als „totale Anarchie“¹ bezeichnet, auf die El Salvador künftig zusteuern würde, ist nichts anderes als nackter Völkermord. Gesteuert und finanziert wird er mit Krediten, Waffen und US-Beratern von Washington aus.

Die USA lassen keinen Zweifel daran, daß sie an den Schaltebeln der Macht in El Salvador sitzen und die Feder bei der brutalen Unterdrückung des demokratischen Widerstandes führen. Das Hauptziel der christdemokratischen Junta hat R. White kurz vor der US-Präsidentenwahl nochmals klar und deutlich formuliert: Den linken Kräften – sprich: dem gesamten Volk – eine Niederlage zu bereiten. Die Junta könne auch künftig mit uneingeschränkter Unterstützung der USA rechnen.² Und der Beweis in Form einer 9,5-Mio-Dollar-Anleihe und der Zusage Washingtons, bis Dezember 1980 Waffen im Wert von 5,7 Mio Dollar zu liefern, lag wenige Tage später dann auch auf dem Tisch.

„Feuertaufe“ der Farabundo-Marti-Front

Der Mord an den sechs FDR-Führern ist zweifellos ein Verlust für die revolutionäre Bewegung in dem mittelamerikanischen Lande, werden jedoch die Widerstandskräfte verstärkt mobilisieren. Wenn sich die revolutionären Kräfte in El Salvador heute trotz des brutalen Terrors seitens der Regierungsjunta und der permanenten Interventionsdrohun-

gen aus Washington optimistisch im Hinblick auf einen baldigen Sieg der Revolution zeigen, so schätzen sie durchaus realistisch ihre politischen und militärischen Potenzen ein. Ein bedeutender Schritt zur verstärkten Aktionseinheit der bewaffneten revolutionären Volksbewegung – Unterpfand für den Sieg der Revolution – ist die Gründung der Nationalen Befreiungsfront Farabundo Marti (FMLN) durch die Volksbefreiungskräfte (FPL), das Revolutionäre Volksheer (ERP) und die KP El Salvadors. Die Geburtsstunde der FMLN fiel in die Oktobertage 1980, in denen die Junta-Armee eine „Säuberungsaktion“ in der von den Befreiungskräften größtenteils kontrollierten Provinz Morazan startete. Die Rechnung der Junta, den Befreiungskräften und der mit ihnen sympathisierenden Bevölkerung einen entscheidenden Schlag zu versetzen, ging nicht auf: „Es scheint, als ob die revolutionären Kräfte in die Phase eines offenen Krieges getreten sind, die durch die von der Junta Anfang der ersten Novemberwoche eingestandene Niederlage der Militärs begünstigt wurde.“³ Die FMLN hat mit der erfolgreichen Zu-



Alltag in San Salvador: Verschleppung eines Demokraten

rückschlagung der Junta-Offensive sozusagen ihre „Feuertaufe“ erlebt. Wenige Tage später gab sie die Gründung einer Revolutionären Regierung in Waffen in der Provinz Morazan bekannt, deren Existenz die Junta offen eingestehen mußte. Der politische und militärische Einigungsprozeß der revolutionären Kräfte El Salvadors ist durchaus kein geradliniger Weg und frei von Meinungsverschiedenheiten und unterschiedlichen Positionen in der einen oder anderen strategischen Frage. Deutlich wurde das in dem Mitte September 1980 angekündigten Austritt des Nationalen Widerstands (FARN) aus dem Revolutionären Oberkommando (DRU), von dem die neugeschaffene Farabundo-Marti-Front (FMLN) politisch und militärisch geleitet wird. Wenige Tage nach der Gründung der FMLN kündigte die FARN jedoch die Rückgängigmachung ihres Schrittes an und integrierte sich in die FMLN mit der Überzeugung: „Um die herrschende Klasse ein für allemal zu besiegen, ist die stärkste mögliche Einheit des Volkes und seiner Organisationen dringende Notwendigkeit.“⁴

Nachdem es der christdemokratischen Militärjunta in El Salvador offensichtlich nicht gelingt, die Einheit der oppositionellen Kräfte aufzuweichen, versucht sie ihr angeschlagenes Image im Ausland aufzupolieren.

Reagan droht mit US-Militärintervention

So hoffte man im Pentagon, mit der Unterzeichnung des „Allgemeinen Friedensvertrages“ zwischen Honduras und El-Salvador die außenpolitische Isolierung der salvadorianischen Junta durchbrechen zu können. Am 30. Oktober 1980 wurde im Eilverfahren – nach vierjährigen Verhandlungen – ein Schlußstrich unter den 1969 ausgebrochenen „Fußballkrieg“ gezogen. Damals hatte sich El Salvador in einem 100-Stunden-Krieg, der über die tiefe innenpolitische und wirtschaftliche Krise in beiden Ländern hinwegtäuschen sollte, über 400 qkm hondurensischen Territoriums bemächtigt. Dieses Grenzgebiet stand fortan als entmilitarisierte Zone unter Aufsicht der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) und wurde durch den „Friedensvertrag“ offiziell an El Salvador abgetreten.

Warum konnte es Washington nicht erwarten, diesen Vertrag, von der Demokratisch-Revolutionären Front als „Allgemeiner Kriegsvertrag gegen das salvadorianische Volk“ bezeichnet, schnellstens unter Dach und Fach zu bringen? Nach Einschätzung der Demokratisch-Revolutionären Front (Dokument siehe nebenstehend) verfolgen die USA und die beiden Unterzeichner-Regimes das politische Ziel, „die unzureichend informierte internationale Gemeinschaft zu beeindrucken“ und das Prestige der Junta aufzupolieren. Westliche Beobachter sehen darin ferner die Chance für die salvadorianische Junta „die schwer angeschlagenen Guerillero-Verbände endgültig zu besiegen“. So die Sicht der Frankfurter Allgemeinen, die selbst drei Tage vor der Unterzeichnung des Vertrages berichtet hatte: „Die offiziell noch unter Oberaufsicht der OAS stehende drei Kilometer breite entmilitarisierte Zone ist in ein Gebiet der verbrannten Erde verwandelt worden.“⁵

Über 50.000 Salvadorianer, die in diesem Grenzgebiet und im Nachbarland Honduras vor dem Junta-Terror Zuflucht genommen haben, werden jetzt dem Vertrag gemäß offiziell von Honduras an die Junta El Salvadors ausgeliefert und damit dieser als Freiwild zur Ausrottung freigegeben. Nicht zuletzt auch soll dieser „Friedensvertrag“ die Interventionsabsichten Washingtons in El Salvador effektiver vorbereiten. In seinen Wahlreden hat der künftige Präsident der USA Ronald Reagan keinen Zweifel daran gelassen, daß die USA in El Salvador künftig eine noch härtere Gangart fahren

Mord an FDR-Führern



Ermordeter FDR-Präsident E. Alvarez Cordova

Am 27.11.1980 wurden sechs Mitglieder der Demokratisch-Revolutionären Front (FDR) El Salvadors entführt und später erschossen aufgefunden.

Es handelt sich um **Juan Chacon**, Führer des Revolutionären Volksblocks (BPR); **Humberto Mendoza**, Führer der Volksbefreiungskräfte (FPL); **Enrique Escobar**, Führer der Nationalrevolutionären Bewegung (MNR); **Doroteo Hernandez**, Generalsekretär der Volksligen 28. Februar (LP-28); **Manuel Franco**, Führer der Nationaldemokratischen Union (UDN) und um den ehemaligen Landwirtschaftsminister und FDR-Präsidenten **Enrique Alvarez Cordova**.

Zu den Morden bekannte sich eine ultrarechte Terrororganisation mit Namen Maximiliano Hernandez Martinez, benannt nach dem Präsidenten El Salvadors (1931 - 1944), der 1932 30.000 Bauern niederschließen ließ, als sie eine Agrarreform erzwingen wollten. Trotz aller Dementis seitens der militärisch-christdemokratischen Junta El Salvadors, irgendetwas mit den Morden zu tun haben, liegen inzwischen hinreichende Indizien dafür vor, daß sie den Tätern direkte Beihilfe geleistet hat.

wollen. Mit dem Wink auf El Salvador will R. Reagan „den Umständen entsprechend die Möglichkeit einer direkten militärischen Intervention in Mittelamerika nicht auszuschließen“.⁶ Daß Honduras in diesen Interventionsplänen ein wichtiges Glied ist, ist kein Geheimnis: Zahlreiche US-Ausbildungslager befinden sich in Honduras und hondurensische Militärs stehen der Junta El Salvadors in ihrem Ausrottungskrieg gegen das salvadorianische Volk tatkräftig zur Seite.

Anmerkungen:

- 1) Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 1.12.1980
- 2) Granma Weekly, Havanna, 2.11.1980
- 3) L'Humanite, Paris, 10.11.1980
- 4) Granma Weekly, 2.11.1980
- 5) FAZ, 27.10.1980
- 6) Boletin Farabundo Marti (FPL), Nr. 11/15.-21.9. 1980

demokrat

Zeitung demokratischer, antifaschistischer Lehrer/innen

Der „demokrat“ analysiert

- Probleme der Gewerkschaften aus der Sicht derjenigen, die mit der Politik der Vorstände unzufrieden sind.

- die besorgniserregende politische Entwicklung in der BRD;

- wichtige Bereiche der Erziehung, vor allem der Schule;

- internationale Entwicklungen.

Im „demokrat“ Nr. 16/80:

- Wer schützt Deutschland vor seiner Polizei?
- Hintergrundberichte aus fast allen GEW-Landesverbänden
- Ein bisher unveröffentlichter Beitrag von Joachim S. Hohmann „Der Mythos von der glücklichen Hand“. Eine Analyse pädagogischer Materialien der Nachkriegszeit
- Die große Atom-Koalition
- Frauen zum Bund?
- Analyse des DGB-Aktionsprogrammes
- Die DGB-Vorstände greifen durch
- Türkische Kollegen über die Hintergründe der Türkei-Krise

Bestelltechnik

AN DEMOKRAT Verlags-GmbH
Postfach 10 09 02, 3500 Kassel

- Ich bestelle „demokrat“ Nr. 16/80 für DM 2,50 + -50 Porto und überweise DM 3,-

- Ich abonniere den „demokrat“ (6 Ausgaben = DM 12,- + DM 3,- Porto) und überweise DM 15,- auf das Konto des DEMOKRAT Verlags Nr. 28 614 bei der Raiffeisenbank Kassel-Oberwehren (BLZ 520 690 56)

Name: _____

Straße: _____

Wohnort: _____

Unterschrift: _____

Demokratisch-Revolutionäre Front (FDR)

Der „Friedensvertrag“ mit Honduras – ein Kriegsvertrag

Die Vertretung der Demokratisch-Revolutionären Front El Salvadors (FDR) in Lima wendet sich gegen die Unterzeichnung des „Allgemeinen Friedensvertrags“ durch die völkermörderische christdemokratische Militärjunta El Salvadors und die Militärregierung von Honduras.

Trotz größten Interesses und äußerster Bemühungen seitens El Salvadors und der Nordamerikaner, sie zu verschleiern, setzt sich eine unbestreitbare Wahrheit in der Welt durch: Der rechtmäßige Kampf des Volkes von El Salvador um seine endgültige Befreiung hat jetzt seine härteste und entscheidendste Form angenommen, die des Krieges.

Die von der Junta und den Nordamerikanern verbreitete Version von der Existenz einer „Regierung der Mitte“ in El Salvador, die sich im Kampf zwischen extremen Gruppen gefangen sieht, ist unter der Last der abscheulichen Verbrechen ihrer Urheber, durch die Entwicklung des Krieges allmählich zusammengebrochen.

Nach einem halben Jahrhundert heldenhafter Bemühungen hat die Einheit aller fortschrittlichen Kräfte des Landes, der demokratischen und revolutionären Kräfte, die FDR und ihre Vorhut, die Nationale Befreiungsfront Farabundo Martí, zu einer realen Alternative zur herrschenden Macht gemacht; sie gab ihr militärisch und im nationalen wie internationalen Rahmen politisch die Kraft, die Diktatur zu stürzen, die sich heute als demokratisch und christlich ausgibt; sie hat sie auch technisch und administrativ in Stand gesetzt, die demokratisch-revolutionäre Regierung, die Volksregierung zu errichten. Daß ihre Bildung bevorsteht, wurde vor kurzem bekanntgegeben.

Diese bedrohliche, für das Bündnis von Imperialismus und Oligarchie tödliche Wirklichkeit zwingt dessen Werkzeug, die christdemokratische Militärjunta, ihr politisches Instrumentarium im Krieg zu verfeinern. So gesehen kann die plötzlich geäußerte Bereitschaft und die Leichtfertigkeit, mit der sich die Vertragsparteien zur Unterschrift entschlossen, nicht überraschen; ihre Einigung ist möglich, weil wenigstens zeitweise die Ursachen des Konflikts nicht mehr vorhanden sind: Der Streit um die Beherrschung der Märkte zwischen den Unternehmern von El Salvador und Honduras und der Kampf um den Boden zwischen den Großgrundbesitzern und den Bauern von Honduras.

Mehr noch, eine Einigung zwischen den Parteien wurde notwendig, um die revolutionäre Krise überstehen zu können, die durch den gerechten Kampf des Volkes von El Salvador entstanden war. Was die beiden Seiten unterzeichnet haben, ist daher über den Vertrags-



Juntatruppen im Krieg gegen das Volk

text hinaus der „Allgemeine Kriegsvertrag gegen das Volk von El Salvador“.

Mit der förmlichen Regelung des Konflikts verfolgen die Unterzeichner und die Regierung der Vereinigten Staaten als politisch Verantwortliche nebst ihren entsprechenden drei Armeen mehrere Ziele: Politisch wollen sie die unzureichend informierte internationale Gemeinschaft beeindrucken, indem die Regierung als zivil, zivilisiert und zum Dialog bereit dargestellt wird, die in der Lage ist – sogar – ihre äußeren Konflikte auf friedlichem Weg zu bereinigen. Militärisch ist man kurzfristig bestrebt, die „Bolsones“, d.h. die umstrittenen entmilitarisierten Gebiete, zu beseitigen und damit den Streitkräften den freien Zugang zur Kontrolle dieser Gebiete zu verschaffen; längerfristig wird man durch Verstärkung der Aggression gegen Nikaragua versuchen, dreiseitige Konflikte zu provozieren, die das Eingreifen des zentralamerikanischen Verteidigungsrates CONDECA oder über den Interamerikanischen Vertrag für Gegenseitige Hilfe (TIAR) die direkte oder indirekte Intervention der Amerikaner zu „rechtfertigen“.

Abgesehen davon, daß wir es hier nicht mit einem wirklichen Friedensvertrag zu tun haben, sondern mit einem Übereinkommen zur Lösung des Grenzstreits in einem Zeitraum von 5 Jahren – was nur bestätigt, daß der Vertrag in Wirklichkeit andere Ziele bezweckt –, wird die christdemokratische Militärjunta auch genau zu einem Zeitpunkt als Regierung tätig, wo sie objektiv aufgehört hat, noch länger Regierung zu sein; wo sie die Kontrolle über weite Grenzgebiete verloren hat; wo das Volk ihr täglich empfindlichere Niederlagen zufügt und ihre Armee sich nur mehr in ihren Kasernen oder im Schutz der Dunkelheit sicherfühlen kann, während ihre Soldaten in Zivil der Aufgabe nachkommen, wehrlose Menschen zu unterdrücken.

Aus all diesen Gründen stellt die Handlungsweise der christdemokratischen Militärjunta einen Akt äußerster politischer Verantwortungslosigkeit dar, einen Betrug gegenüber der internationalen Gemeinschaft und all denen, die lange Zeit in gutem Glauben, allerdings unter anderen Bedingungen, all ihre Bemühungen dem Dienst an den betroffenen Völkern gewidmet haben. Die Völker von El Salvador und Honduras, Brudervölker, die ihre harmonischen Beziehungen durch einen Krieg zwischen Oligarchien und Militärdiktaturen gestört sahen, haben ihre Eintracht schon vor Jahren im Feuer des Kampfes gegen ihre gemeinsamen Feinde wiederhergestellt.

Schließlich möchten wir vor der internationalen Gemeinschaft und der Welt nochmals die Grundsätze der Plattform für die Außenpolitik der demokratisch-revolutionären Regierung bekräftigen, in denen es heißt: „Aufgaben und Ziele der Revolution: 9) Die Außenpolitik und die internationalen Beziehungen unseres Landes nach den Prinzipien der Unabhängigkeit und der Selbstbestimmung, der Solidarität, der friedlichen Koexistenz, der Gleichberechtigung und der gegenseitigen Achtung unter den Staaten auszurichten.“

Die Demokratisch-Revolutionäre Regierung wird diplomatische und wirtschaftliche Beziehungen zu anderen Ländern aufnehmen, ungeachtet des Bestehens unterschiedlicher Gesellschaftsordnungen und auf der Grundlage der Gleichberechtigung, der Koexistenz und der Achtung vor dem Recht auf Selbstbestimmung.

Besondere Aufmerksamkeit soll der Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zu anderen Ländern Mittelamerikas (einschließlich Panamas und Belizes) gelten, die eine Politik der Friedenssicherung und der Beachtung des Prinzips der Nichteinmischung verfolgen. Besonders sollen die brüderlichen Beziehungen zu Nicaragua als Ausdruck der Gemeinschaft der Ideale und Interessen zwischen unserer Revolution und der sandinistischen Revolution enger gestaltet werden.

Unser Land wird sich der Bewegung der nichtpaktgebundenen Länder als Mitglied anschließen und eine Politik verfolgen, die unbeugsam für die Sicherung des Weltfriedens und für die Entspannung eintritt.“

Durch die Einheit zum Sieg
Lima, den 30. Oktober 1980

(Quelle: El diario marka, Lima, 31.10.1980)

Ulrich Rupp

Putschisten im Zugzwang

Die Konzeption der bolivianischen Putschisten des 17. Juli 1980¹, dem „Krebsgeschwür des Marxismus“ ein Ende setzen zu wollen, schlägt sich seitdem in einer hemmungslosen Verfolgung aller Progressiven nieder: 3.000 Tote und 5.000 Verhaftete wurden bis Anfang November 1980 gezählt. Mit dem Versuch, die demokratischen Volksorganisationen zu zerschlagen, geht die Gleichschaltung der Universitäten und der Gewerkschaftszentrale COB einher.

Innenminister Oberst Luis Arce Gomez kündigte an, alle Gegner der Junta kaltstellen zu wollen, falls sie nicht ihre Loyalität zur Junta bekundeten. Ein Erlass der Diktatur, die Todesstrafe bereits bei Anklage wegen extremistischer Agitation verhängen zu lassen, soll zu einer gänzlichen Einschüchterung der Bevölkerung führen. Die ersten Konzentrationslager entstehen.

Juntasuche nach dem „Arbeitsfrieden“

Auf der anderen Seite versucht die Junta aber auch, die Bevölkerung zu desorientieren und auf ihre Seite zu ziehen. So verkündete sie einen Preisstopp und erklärte sie der Arbeitslosigkeit, Spekulation und Inflation den Krieg.

Doch sind diese Ankündigungen sozialer Verbesserungen für die Massen Seifenblasen, die schnell zerplatzen. In der Bauwirtschaft ist die Hälfte der 60.000 Bauarbeiter arbeitslos geworden, die Inflation wird sich durch verschiedene Maßnahmen der Junta, wie die „Normalisierung“ des Preisgefüges auch für Güter des täglichen Bedarfs, weiter erhöhen. Die Tarife der öffentlichen Verkehrsmittel sollen nach dem Willen der Junta steigen.²

Als weiteres Projekt, die Arbeiter zu ködern, entlarvt sich die Einsetzung eines Beratergremiums der Junta aus 10 Zivilisten und 12 Militärs, welches neben der Ausarbeitung einer neuen Verfassung die Aufgabe haben soll, einen neuen „Arbeitsfrieden“ zu schaffen. Unter Beibehaltung des Streikverbotes sollen die Arbeiter mit den Unternehmern in die Leitung der Betriebe berufen werden.

Mehrere Gründe waren ausschlaggebend für die Machtübernahme der faschistischen Militärs.

Zum einen drohte nach dem Wahlsieg der Demokratischen Volksunion (UDP) vom 29.6.1980 die Regierungsübernahme fortschrittlicher Kräfte und die Durchsetzung eines anti-imperialistisch-demokratischen Prozesses. Zum anderen sollte der Putsch die ökonomische Macht der Militärs im Kokainsmuggel, der jährlich zwischen 400 und 900 Mio Dollar abwirft, und bei dubiosen Zwischengeschäften dauerhaft sichern. So verfügt beispielsweise Innenminister Arce Gomez über mehrere Flugzeuge, die das Rauschgift nach Kolumbien schaffen. Von dort findet es seinen Weg nach den USA. So enthüllte US-Senator Dennis DeConcini, daß General Garcia Meza persönlich „größere Summen von einem bekannten Rauschgift Händler namens Abraham Baptista erhielt“.³ Zum dritten wurden, vergleichbar mit Chile, zu den Operationen der Juntamilitärs die Sturmabteilungen der im Dienste der Landoligarchie stehenden faschistischen Parteien herangezogen: Was in Chile 1973 die Organisation Pa-



Juli 1980: Panzeraufmarsch in La Paz

tria y Libertad (Vaterland oder Freiheit) war, ist heute in Bolivien die sog. Sozialistische Phalange-Partei. Hier wie dort versicherten sich die Putschisten des „Rates“ altgedienter Hitlerfaschisten. In Chile drillte der SS-Offizier Walter Rauf, in Bolivien war es der in Frankreich zum Tode verurteilte GESTAPO-Chef von Lyon, Klaus Barbie alias Altmann.

Während die Carter-Regierung zum Putsch Zurückhaltung demonstrierte und die US-Wirtschafts- und Militärhilfe in Höhe von 250 Mio Dollar für die nächsten drei Jahre sperrte, stieß er in Argentinien auf unverhohlene Sympathie.⁴ Ein „neues Kuba“ in der Nachbarschaft sei verhindert worden, bedeutete Argentinien's Juntachef Videla und langsam scheint sich herauszuschälen, um was es ihm weiter ging, nämlich „gleich Südafrika zu versuchen, einen cordon sanitaire (Ring abhängiger Staaten; d. Verf.) zwischen sich und dem nördlichen Südamerika zu ziehen, wo sich zwei Länder – Peru und Ekuador – als Demokratien Kolumbien und Venezuela hinzugesellt haben“.⁵

Prompt ist Bolivien nach dem Putsch wieder kreditwürdig geworden. Nachdem schon die Weltbank sofort 50 Mio Dollar locker machte und ausländische Privatbanken einen Zahlungsaufschub in Höhe von 172 Mio Dollar bis zum Jahresende 1980 gewährten, stehen nach Verhandlungen mit dem Internationalen Währungsfonds (IMF) und inländischen privaten Banken zwischen 200 und 300 Mio Dollar zu erwarten.⁶ Was zu erwarten ist? Höhere Auslandsverschuldung als die schon vorhandene in Höhe von 3,5 Mrd Dollar. Darüber hinaus Streichung der öffentlichen Subventionen

Als Siles Zuazo, Präsident der Demokratischen Volksunion Boliviens (UPD), Ende Juni 1980 auch aus dem dritten Wahlgang zur Präsidentschaft als überlegener Sieger hervorgegangen war, schien seine Ernennung durch das Parlament nur noch eine Formsache. Der Militärputsch vom 17. Juli 1980 kam dem zuvor. Heute fungiert Siles Zuazo im Exil als Präsident der demokratischen Gegenregierung.

In dieser Funktion nahm er im Oktober 1980 auch an der UN-Vollversammlung teil und gab er der Interpress-Agentur in New York das erste Exklusivinterview seit dem Putsch.

FRAGE: Hat die UDP den Putsch vorausgesehen?

H. SILES ZUAZO: Während der ganzen Periode der demokratischen Öffnung (begonnen 1978; d. Red.) war das Gespenst des Staatsstreichs immer gegenwärtig. Es war eine unausweichliche Folge des militärischen Drucks gegen die UDP, die auf der Grundlage der Nationalistischen Revolutionären Bewegung der Linken (MNRI), der größten Massenpartei des Landes, als einzige reale Alternative demokratischer Macht auftrat.

Der Putsch traf uns nicht ganz unvorbereitet

Es war gerade der drohende Putsch, der uns veranlaßte, uns darauf vorzubereiten. Zweifellos gelang keine totale Einstellung darauf, den Putsch unmittelbar zu verhindern. Trotz der angeführten Schwierigkeiten ist es dem Volkswiderstand jedoch gelungen, die Diktatur sowohl auf politischer als auch auf gewerkschaftlicher Ebene von jeglicher ziviler Unterstützung zu isolieren.

FRAGE: Es wurde berichtet, daß alle politischen Kräfte außer der Banzers, an der Untergrundregierung beteiligt sind. Auch Victor Paz Estenssoro?

H. SILES ZUAZO: Auch wenn wir keinerlei direkten Kontakt zu Paz Estenssoro gehabt haben, haben die Leiter seiner Partei in fast allen Orten des Landes ihrer Bereitschaft Ausdruck gegeben, sich am Kampf zu beteiligen, ebenso wie die verantwortlichen Kräfte der Linken und anderer demokratischer Parteien.

FRAGE: Welche Maßnahmen waren hinsichtlich eines Militärputsches getroffen worden?

H. SILES ZUAZO: Als Antwort auf den Putschversuch von Natusch im November 1979 (er bezieht sich auf General Alberto Natusch Busch), wurden im Land die Komitees zur Verteidigung der Demokratie (CONADE) organisiert, die zwei Lösungen hatten: den Generalstreik und die Blockade von Straßen.

Auf diese beiden Maßnahmen, die in den ersten Tagen des Putsches durchgeführt wurden, antworteten die Militärs mit einer bis dahin in der Geschichte des Landes nie dagewesenen Brutalität. Angesichts der Straßenblockade haben sie die in der Nähe liegenden Siedlungen zerstört, beispielsweise die von Caracoles, wo 900 Menschen verschwanden, Tote und Verhaftete zusammengerechnet. Im Zusammenhang mit dem Generalstreik wurden alle Arbeiter, die nicht zur Arbeit kamen, verhaftet.

Von diesem Moment an nimmt nach und nach der Widerstand die Form des organisierten zivilen Ungehorsams an. Es wird deutlich, daß es unmöglich ist, ein Land zu regieren, wenn man die gesamte Bevölkerung gegen sich hat.

FRAGE: Wie funktioniert eine Untergrundregierung, bei der weder der Präsident noch der Vizepräsident im Land sind? Haben Sie die Absicht zurückzukehren?

H. SILES ZUAZO: Wir sind ausgereist nach einem einheitlichen Beschluß der Leitung der UDP, um im Ausland eine Reihe von Aufgaben zu erfüllen, die in Zusammenhang mit der Konsolidierung und Organisation der Regierung der nationalen Einheit stehen, wobei wir die Leitung der Regierung den wichtigsten Parteiführern übertragen haben, die sich fast alle im Land befinden.

Sobald diese Aufgaben erfüllt sind, werden wir an unsere Plätze zurückkehren. Was den Vizepräsidenten Jaime Paz Zamora anbetrifft, so befindet er sich noch in ärztlicher Behandlung infolge des Attentats, das im Juni d.J. gegen ihn verübt wurde.

FRAGE: Die Junta hat scheinbar ihre anfängliche Absicht, sich von der Andengruppe zu trennen und einen Pakt des Südkegels beizutreten, revidiert. Welche Folgen kann das haben und wie wollen Sie dem entgegenwirken?

H. SILES ZUAZO: Die Haltung der Junta gegenüber dem Andenpakt war eine Erpressung mit dem Ziel, die Regierungen, die Mitglieder des Paktes sind, unter Druck zu setzen. Aber durch einen Austritt aus seinem historischen und natürlichen Zusammenhang

hat Bolivien weit mehr zu verlieren als die anderen Mitglieder, denn es ist zweifellos ein Andenland, obwohl es auch Verbindungen zum Amazonas und zum La-Plata-Becken hat. Diese Erpressung hatte jedoch keinen Erfolg, denn die im September 1980 in Riobamba unterzeichnete Verhaltenscharta bewies den Willen der Bolivar-Nationen, sich innerhalb eines demokratischen Rahmens zu regieren, was als Grundaspekt ihrer Entwicklung angesehen wird.

Was den Pakt des Südkegels anbetrifft, so ist dies eine weitere Initiative der Putschmilitärs gewesen, die von den Ländern, die vermeintlich in dieses Abkommen einbezogen sind, insbesondere Brasilien, gering geschätzt wurde.

FRAGE: Es hat bisher keinen internen Gegenputsch gegeben und Banzer hat beschlossen, Garcia Meza zu unterstützen. Damit hätte die Junta einen gewissen Spielraum gewonnen und es besteht die Möglichkeit, daß sie sich konsolidiert. Welche Folgen wird das auf internationaler Ebene haben?

H. SILES ZUAZO: Wir glauben nicht, daß die Junta sich stabilisiert. Im Gegenteil, immer häufiger wird über ihre internen Probleme berichtet, sowohl auf wirtschaftlicher Ebene, wo die Krise ein unerträgliches Ausmaß erreicht, als auch auf innenpolitischer und auf militärischer Ebene. Diesbezüglich gibt es in La Paz häufig Putschgerüchte, und bald werden die Militärs damit beginnen, an die Türen der Zivilisten zu klopfen, wie es in ähnlichen Situationen bisher immer der Fall war.

Die Regierung verstärkt erneut die Repression, denn der zivile Widerstand nimmt ständig zu in dem Maße, wie wir die organisatorischen Schritte tun, die zum Zeitpunkt des Putsches noch unerledigt waren.

Was General Banzer betrifft, so hat dieser von Anfang an mitgespielt, sich aber im Schatten gehalten, nicht nur wegen seiner Verbindungen zur Kokainmafia – man darf nicht vergessen, daß diese unter seiner Regierung das gegenwärtige Operationsniveau erreichte –, sondern wegen seiner Verbindung zu den konservativsten Kreisen der argentinischen Militärs, den wahren Himen des Faschismus in Lateinamerika. In dieser Hinsicht ist es symptomatisch, daß Banzer seine Unterstützung von Buenos Aires aus bekanntgab.

FRAGE: Die meisten Länder haben ihre Beziehungen zu Bolivien eingefroren, sie haben sie aber zur verfassungsmäßigen Regierung weder abgebrochen noch diese anerkannt. Verfolgen Sie das Ziel, daß ihre Regierung offiziell anerkannt wird. Wenn dies nicht so ist, für welche Alternative sprechen Sie sich aus?

H. SILES ZUAZO: Die offizielle Anerkennung ist eine interne Angelegenheit eines jeden Landes und entspricht seinen eigenen Bedürfnissen oder der Richtung seiner Außenpolitik.

Das wichtigste ist, daß alle diese Länder den Putsch verurteilt haben und ihre Solidarität ausdrückten mit dem Kampf des bolivianischen Volkes, das sein Recht zurückerobert will, in einem demokratischen Regime mit wahrer sozialer Gerechtigkeit und vollständiger Achtung der Menschenwürde zu leben.

Diese Solidarität hat sich besonders in der wirtschaftlichen Blockade gezeigt. Und es ist gerade diese Maßnahme, mit der sie effektiv dazu beitragen, die Konsolidierung des Regimes dieser Gruppe unwürdiger Militärs, die in Bolivien die Macht an sich gerissen haben, zu verhindern.

(Quelle: El Nacional, Caracas, 18.10.1980)



H. Siles Zuazo (l.) und Paz Zamora auf einer UDP-Kundgebung vor dem Putsch

Gespräch mit bolivianischen Minenarbeitern

FRAGE: Wird der Widerstand der bolivianischen Bergarbeiter weitergehen, trotz der Toten und der Gewalt?

ANTWORT: Wir denken ja. Nach dem, was in San Jose passiert ist, denken wir, daß die Lösung auf nationaler Ebene gefunden werden muß und nicht auf Distriktebene oder gar von Bergwerk zu Bergwerk. Man muß einen Dialog auf nationaler Ebene mit nationalen Repräsentanten organisieren.

Nur so können wir einen wirklich respektierten Vertrag schließen, wohingegen in San Jose der Generalsekretär ein Papier unterschrieb und anschließend während der Nacht erschossen wurde.

FRAGE: Hat der Staatsstreich die Bergarbeiter überrascht?

ANTWORT: Ja! Wir waren auf dem Laufenden, da das gesamte bolivianische Volk wußte, daß ein Staatsstreich kommen würde. Trotzdem widmeten wir uns voll der Produktion; denn das, was uns interessiert, ist, immer mehr zu produzieren und bessere Lebensbedingungen für die Arbeiter und das bolivianische Volk zu schaffen.

Scheinbar war das unser „Vergehen“, denn gegenwärtig werden wir unterdrückt und ermordet.

FRAGE: War die Erstürmung der COB eine Überraschung? Ist das der Grund dafür, daß es keinen größeren Widerstand, zum Beispiel in La Paz, gab?

ANTWORT: Ja! All das war wirklich eine Überraschung. Eine Falle, in die die nationalen Führer tappten. Sie versammelten sich zu einem Zeitpunkt an einem Ort, wo sie es nicht hätten tun dürfen.

FRAGE: Wißt Ihr, wieviel Gewerkschafter sich gegenwärtig im Gefängnis befinden?

ANTWORT: Nicht genau. Offiziell wissen wir nicht, wieviel Leute verhaftet wurden. Wir wissen nur, daß der Genosse Lechin, der Genosse Reyes und viele andere führende Genossen der Bergarbeitergewerkschaft und der COB im Gefängnis sind, aber wir wissen nicht, ob sie noch leben.

(Quelle: Afrique Asie, Paris, Nr. 222/15.9.1980, S. 51-52)

sowie die hemmungslose Privatisierung von Staatsbetrieben, deren „enttäuschende Leistung“ der IMF wiederholt kritisierte.⁷ Vorprogrammiert sind damit eine weitgehende Auslandsöffnung und Auslandsabhängigkeit.

Die bolivianische Bevölkerung will sich aber nicht mit der Diktatur abfinden. Die Gewerkschaftszentrale COB rief nach dem Putsch einen Generalstreik aus. Die Bergarbeiter griffen zu den Waffen und führen offenbar diverse andere Formen des Widerstandes weiter. Schließlich gründete sich Anfang August 1980 eine Gegenregierung der Nationalen Einheit unter Vorsitz des Präsidenten der UDP, Siles Zuazo (siehe Kasten). Protest erhebt auch die Kirche in Bolivien, die die Gründung einer Gefangenenhilfsorganisation bekanntgab.

Alles spricht heute dafür, daß die Machtübernahme der Militärs die demokratische Bewegung trotz aller Vorwarnungen und einzelner Präventivmaßnahmen für den Fall eines Putsches doch überraschten. Nur so ist es zu erklären, daß am 17.7.1980 innerhalb von Minuten die gesamte Gewerkschaftsspitze aus einer Sitzung heraus in ihrem Gewerkschaftshaus verhaftet werden konnte. Wie bolivianische Bergarbeiter-Vertreter schätzten (siehe nebenstehenden Kasten), gehörte es erst einmal zu den vordringlichsten Zie-

len der illegalisierten revolutionären Gewerkschaftsbewegung, die weitgehend zerstörten Kommunikationsstrukturen wiederherzustellen, sich zu reorganisieren sowie die Befreiung ihrer verschleppten und mißhandelten Führer zu erkämpfen. Sie tat dies nicht ohne Erfolg, wie die Freisetzung der COB-Führer Simon Reyes und Juan Lechin im November 1980 anzeigte: beide wurden ins französische Exil entlassen.

Wichtig für die Bewertung, ob sich das Regime unter Garcia Meza halten können, ist die Loyalität des Offizierskorps und der Mannschaften. Die Äußerungen Mezas, wie sein Vorbild Pinochet 20 Jahre an der Macht bleiben zu wollen, treffen nicht auf durchgängige Zustimmung. Die Fälle von Gehorsamsverweigerung häufen sich. Grund genug für die Militärjunta, den Sicherheitsdienst des Regimes mit der Säuberung des Militärs zu beauftragen. Offenbar aber sind die antifaschistischen Strömungen in der Armee noch nicht bezwungen. Zunehmend orientiert deshalb die Opposition auf ein Bündnis mit nationalprogressiven Militärs.⁸ Boliviens Junta ist derzeit international isoliert. Kaum 15 Staaten haben das neue Regime anerkannt, darunter alle lateinamerikanischen Diktaturen, Israel und Südafrika. Man mag dies als Erfolg der verstärkten Auslandstätigkeit der Gegenregierung werten, deren Repräsentanten im Ausland für einen vollen politischen und wirtschaftlichen Boykott werben. Der Putsch, erklärte richtigerweise Antonio Arani-bar Quiroga als Vertreter seines Landes bei der Tagung der Interparlamentarischen Union (IPU) im September 1980 in Berlin, sei „für den Faschismus ein militärischer Sieg, aber kein politischer“.⁹

Anmerkungen:

- 1) Siehe dazu: AIB 9/1980, S. 8-9
- 2) Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 5.11.1980
- 3) The Economist, London, 23.8.1980
- 4) International Herald Tribune, Zürich, 7.8.1980
- 5) The Economist, 23.8.1980
- 6) Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst (adn), 8.8.1980; FAZ, 5.11.1980; Latin America Weekly Report (LAWR), London, 10.10.1980
- 7) LAWR, 10.10.1980
- 8) Vgl. auch: Felipe Rodriguez, Faschismus – letzte Hoffnung der Militärs, in: Probleme des Friedens und des Sozialismus, Prag, Nr. 10/1980, S. 1392 - 1396
- 9) Süddeutsche Zeitung, 27./28.9.1980

●● NEUERSCHEINUNG ZU BOLIVIEN ●●

Jürgen Lieser

"Unser Reichtum hat immer unsere Armut hervorgebracht"

Zur Geschichte und Gegenwart
wirtschaftlicher Abhängigkeit und
politischer Unterdrückung
in Bolivien

ca. 400 S., DM 12,--
Best.Nr. 03 012, Bezug: ila,
Römerstraße 88, 5300 Bonn 1

Herausgeber: Bolivienhilfe des BDKJ Trier
Informationsstelle Lateinamerika Bonn



Rede Fidel Castros (3. Teil) Dank dem Internationalismus...

Wenn wir von den Anstrengungen unserer Arbeiter in den letzten Monaten sprechen, dann muß man an einem Tag wie diesem voll Anerkennung an Zehntausende unserer Landsleute erinnern, die in verschiedenen Teilen der Welt als Arbeiter, Techniker, Ärzte und Kämpfer tätig sind.

Im Moment gibt es in mehr als 30 Ländern kubanische Ärzte und technisches Personal. Darum schämen wir uns nicht, daß bei uns noch ein bißchen Schmutz herumliegt, den wir aber gewiß auffegen und auf den Müllhaufen befördern werden, wenn mehr als 50.000 aufopferungsvolle und prächtige Kubaner den Namen unseres Heimatlands erhöhen und in einer Reihe von Bruderländern vorbildliche Arbeit leisten. Diese und andere Beispiele zeigen, was unser Land ist, was unsere Revolution hervorgebracht hat!

Als Nikaragua uns um Lehrer bat, Lehrer mit langjähriger Erfahrung, gab es 29.500 Freiwillige; während der internationalen Missionen in Angola und Äthiopien meldeten sich Hunderttausende von Mitgliedern unserer Streitkräfte und Reservisten freiwillig. Wenn wir eine Gruppe von Bauarbeitern, gleich wohin, in welchen Teil der Welt, senden wollen, finden sich immer mehr als genügend Kubaner bereit, die Mission anzunehmen.

In Nikaragua hatte ich Gelegenheit, die Arbeit der kubanischen Ärzte, Schwestern und Gesundheitsfürsorger zu sehen. In weniger als einem Jahr haben sie viele Tausende von Operationen durchgeführt und mehr als 1 Mio Patienten untersucht. Mehr als 1 Mio! So kann man sich eine Vorstellung davon machen, was eine Handvoll unserer Landsleute, eine Handvoll revolutionärer Techniker leisten kann.

Ich hatte auch Gelegenheit, die Arbeit der Lehrer zu würdigen, stellte aufgrund der Informationen, die ich sammeln konnte, fest, wie sie vielen Zehntausenden von nikaraguanschen Kindern und Erwachsenen Lesen und Schreiben beibrachten. Natürlich, ich vergaß zu erwähnen, daß die Alphabetisierungskampagne ein großer Erfolg ist, und in einem Jahr – innerhalb eines Jahres! – werden sie das Analphabetentum, das fast bei 60% lag, nahezu ausgerottet haben. Ich fand dort drüben in abgelegenen Gegenden viele junge nikaraguansische Mitglieder von Alphabetisierungsbrigaden, die mit einem Enthusiasmus arbeiteten, der uns an die Mitglieder unserer Alphabetisierungsbrigaden von 1961 erinnerte. Unsere Lehrer haben sich in einige der abgelegensten Dschungel- und Berggegenden begeben. Im September kehrt dieses Kontingent nach Nikaragua zurück; aber diesmal wird es in Nikaragua statt 1200 kubanischen Lehrern 2000 geben. Und bei uns wird es trotzdem keinen Lehrermangel geben. (...)

Und Ärzte? Wißt Ihr noch, wie von den 6000 Ärzten 3000 das Land verließen? Nun, jetzt gibt es bei uns mehr als

15.000 Ärzte, und zwar gute! Jedes Jahr kommen mehr als 4000 Studenten zum Medizinstudium auf die Universität, und wir bauen in allen Provinzen Ausbildungsstätten für Ärzte. Abgesehen davon, daß wir unter den unterentwickelten Ländern in der Welt, oder den Ländern, die als Dritte Welt bekannt sind, im Gesundheitsbereich an erster Stelle stehen; und bei uns gibt es auch das höchste Ausbildungsniveau.

Jetzt ernten wir die Früchte unserer Bemühungen der vergangenen Jahre. Mit Stolz nehmen wir zur Kenntnis, daß es bei uns auf 750 Einwohner einen Arzt gibt. Und dabei sichern wir nicht nur die ärztliche Versorgung unserer eigenen Bevölkerung.

Es gibt Länder in der Welt, da gibt es einen Arzt auf 300.000 Einwohner. So gibt es zum Beispiel in Äthiopien 125 Ärzte für 34 Mio Einwohner; wir haben aber Ärzte nach Äthiopien geschickt, ungefähr 150 Ärzte. Mehr als 1500 kubanische Ärzte und Zahnärzte arbeiten im Ausland. So können wir nicht nur unsere eigene Gesundheit sichern und das höchste Gesundheitsniveau in der Dritten Welt beibehalten, sondern wir können noch anderen Ländern helfen. Außerdem müssen wir daran denken, daß, sobald die Revolutionen in El Salvador und Guatemala und anderen Ländern siegreich sind – denn tatsächlich werden sie siegen –, sie mehr internationalistische Ärzte und mehr internationalistische Lehrer und mehr internationalistische Techniker brauchen werden.

Große Schätze an Menschen

Ich glaube, ich gebe die Gefühle unseres Volkes wieder, wenn ich sage, daß dies unser Bewußtsein und unser Handeln bestimmen sollte, ohne Chauvinismus, ohne jeden nationalen Eigennutz.

Es ist richtig, daß wir jetzt und weiterhin für unseren Wohlstand arbeiten, es ist richtig, daß wir jetzt und weiterhin für einen besseren Lebensstandard arbeiten, um viele von den Problemen zu lösen, die es bei uns noch gibt; aber einen Teil der Früchte unserer Bemühungen und unserer Revolution können wir mit anderen teilen.

Wie ich einmal gesagt habe, Internationalist zu sein heißt, unsere Schuld der Menschheit gegenüber abzutragen, denn andere Länder, andere Völker haben uns sehr geholfen und tun dies weiterhin.

Der sowjetische Arbeiter, der in der Ukraine Weizen anbaut oder in Sibirien Öl fördert und diese Erzeugnisse nach den Häfen befördert und von dort nach Kuba, leistete uns gewaltige Hilfe. So auch Techniker aus der Sowjetunion und

anderen sozialistischen Ländern, und die Waffen, die man uns geliefert hat, damit wir uns verteidigen können, so daß wir uns heute sicher fühlen können und vor niemandem Angst zu haben brauchen – einschließlich Reagan oder King Kong, wenn er Präsident der Vereinigten Staaten wäre.

Dank dem Internationalismus kann sich unser Land sicher fühlen, ist unsere Versorgung mit Energie und vielen Rohstoffen gesichert, und wir können uns auf stabile und faire Handelsbeziehungen verlassen. Wir besitzen keine großen Bodenschätze, aber wir besitzen große Schätze an Menschen – unsere Ärzte gehören dazu, unsere Lehrer gehören dazu, unsere Techniker, unsere Bauarbeiter gehören dazu. Dies haben wir, und zwar in hervorragender Qualität!

Universitäten mit mehr als 150.000 Studenten, Zehntausende von Arbeitern, die höhere Schulen besuchen, Zehntausende von Arbeitern, die bereits die 9. Klasse abschließen. Fast alle unsere Arbeiter haben wenigstens sechs Klassen abgeschlossen. Das sind wirklich beeindruckende Fortschritte. Und ich meine, wir werden noch mehr erreichen, denn die Organisationen der Arbeiter haben bereits vorgeschlagen, den Besuch von neun Klassen für alle Arbeiter zur Pflicht zu machen. Und die beiden Völker Lateinamerikas, die das Analphabetentum als erste beseitigen, das sind zuerst Kuba, und jetzt Nicaragua – das heißt Revolution, dazu ist die Revolution imstande.

Wir müssen uns also weiterhin vorbereiten und an der Entwicklung unseres Landes arbeiten und außerdem soviel wie möglich zur Entwicklung und zum Fortschritt anderer Völker beitragen.

Offen und ehrlich aus Fehlern lernen

Wenn wir nun vom heutigen Tag sprechen, von den Männern, die an diesem Tag starben, den Märtyrern der Revolution, von denen, die an einem Tag wie heute, der symbolisch für andere Tage steht, ihr Blut vergossen, Symbol für die, die danach starben, im illegalen Kampf, ein Symbol für die, die bei der Landung der Granma starben, oder in den östlichen Bergen oder den Bergen von Escambray, oder im Kampf gegen Saboteure und Konterrevolutionäre an welcher Front auch immer, oder in Erfüllung internationalistischer Missionen – so glaube ich, daß all diese Männer und Frauen über den heutigen Zustand dieses Landes glücklich sein würden, über seine Würde, über dieses Volk.

Nichts hätte sie stolzer gemacht als der Gedanke, daß das Volk, das vor 27 Jahren in finsterster, gemeinster Unterdrückung lebte, das wurde, was es heute ist; daß diese Revolution das wurde, was sie heute ist. Darum sagte ich zu Beginn, daß wir klüger sind, weil wir in diesen 27 Jahren viel gelernt haben.

Wir haben durch Erfahrungen gelernt, wir haben aus Fehlern gelernt. Wir waren immer offen und ehrlich, bereit, uns zu verbessern, wo es notwendig war. Wer sagt, daß er klug geboren wurde, ist ein Lügner. Wer sagt, daß er alles weiß, ist ein Egoist, der nichts weiß. Es gibt keinen besseren Lehrer als die Revolution selbst, und wir korrigieren unsere Fehler, sobald wir sie erkennen.

Ich glaube ehrlich, daß unser revolutionärer Prozeß heute stärker als je zuvor ist! Ich glaube wir haben genügend Grund optimistisch zu sein. Wir haben genügend Grund diesen 26. Juli (1953, Sturm der Guerilleros um Fidel Castro auf die Moncada-Kaserne; d. Red.) voll Stolz zu feiern.

Was haben wir im Vergleich mit jenem 26. Juli vor 27 Jahren gewonnen? Zunächst, eine große Partei mit Hunderttausenden von kommunistischen Mitgliedern aus dem Herzen des Volkes. Wir besitzen mächtige Massenorganisationen, denen die überwältigende Mehrheit unserer Bevölkerung angehört – die Gewerkschaften, die CDR (Komitees

zur Verteidigung der Revolution), die kubanische Frauenföderation, die Vereinigungen der Bauern, der Studenten und der Pioniere. Zur Heranbildung neuer Parteimitglieder gibt es die mächtige Organisation der Liga Junger Kommunisten. Wir haben den sozialistischen Staat und die Volksmacht. Wir haben unsere ruhmreichen revolutionären Streitkräfte und die Mitglieder unseres Innenministeriums. Wir haben überall Zehntausende von Veteranen und erfahrenen Kadern – in der Partei, den Massenorganisationen und den staatlichen Organen.

Wir sollten ohne Furcht in die Zukunft blicken, gleich wie die Aussichten sind. Wir hoffen weiter auf eine Welt des Friedens, eine Welt der Zusammenarbeit zwischen den Völkern ohne Rücksicht auf politische Systeme. Wir sind bereit, die Aufgabe der Weiterentwicklung zu übernehmen, für langfristige Pläne zu arbeiten, an das Jahr 1985, das Jahr 1990 und an das Jahr 2000 zu denken. (...)

Wenn ich mich selbst frage, was ein Kommunist ist, dann denke ich an eine Ärztin in Campos Azules, eine Frau, die verheiratet ist und Kinder hat und trotzdem imstande ist, ihre Familie zu verlassen, um tausende von Meilen von zu Hause Menschenleben zu retten. Ich denke an einen Lehrer in einem abgelegenen Winkel der Welt; ich denke an einen kubanischen Kämpfer, der bereit ist, in einem fremden Land zu sterben und tausende von Meilen von zu Hause eine gerechte Sache zu verteidigen. Und ich sage mir: Hier sind kommunistische Männer und Frauen.

Ich denke an einen dieser Helden der Arbeit; ich denke an einen von den Zuckerrohrschneidern, die monatelang 10, 12 oder sogar 14 Stunden am Tag arbeiten, um unsere Ernte einzubringen; ich denke an die Hunderttausende von treuen Landsleuten – manuell und geistig Tätige – die ihr Leben ihrer Arbeit und der Pflichterfüllung widmen und dank derer es unser Land und die Revolution gibt.

Nicht nur in unserer Partei gibt es Hunderttausende von Kommunisten, sondern im Herzen unseres Volkes gibt es Millionen von Kommunisten.

Ich glaube, wir haben reichlich Grund, optimistisch zu sein, wir haben reichlich Grund, diesen 26. Juli voll Stolz zu feiern als eine Bestätigung, daß das Blut, das vor 27 Jahren vergossen wurde und das Blut, das während dieser 27 Jahre vergossen wurde, nicht umsonst geflossen ist!

Patria o muerte (Vaterland oder Tod)!

Venceremos (Wir werden siegen)!

Schluß

(Quelle: Granma. Weekly Review, Havanna, 3.8.1980)

rote-blätter-Abonnenten...



● erhalten Analysen und Reportagen über die internationale antiimperialistische Bewegung.



● werden stets brandaktuell über die Aktionen und Forderungen der Studentenbewegung informiert.

Erhältlich in allen collectiv-Buchhandlungen. Bestellungen an rote blätter, Weltkreis-Verlags-GmbH, Postfach 789, 4600 Dortmund

Jürgen Ostrowsky **Auf dem Weg zurück**

Von einer vermeintlichen Niederlage des „Sozialismus“ war hierzulande die Rede, als am 30. Oktober 1980 die reaktionäre Partei des Oppositionskandidaten Edward Seaga, die unter dem falschen Etikett Arbeiter-Partei Jamaikas (JLP) firmiert, die Parlamentswahlen gegen die bisherige Regierung Michael Manleys und seine Nationale Volkspartei (PNP) gewann und als erstes die Ausweisung des kubanischen Botschafters verfügte. Dem von der ehemaligen Kolonialmacht Großbritannien übernommenen Mehrheitswahlrecht verdankt Seaga eine Sitzverteilung von 51 Sitzen gegenüber 9 der PNP, und das bei einer Stimmenverteilung von 57% für die JLP und 43% für die PNP.

1972 übernahm Manleys PNP als Wahlsiegerin die Regierung von eben jener JLP, die seit der Unabhängigkeit 1962 die Ministerpräsidenten gestellt hatte. Die 1938 gegründete PNP vereinigte ein widersprüchliches Spektrum politischer Kräfte: konservative Nationalisten, Sozialdemokraten, eine Minderheit von Marxisten (die obendrein 1952 auf Druck der Rechten ausgeschlossen worden waren und erst 1972 wieder Zugang fanden). Ihre politische Philosophie ähnelt derjenigen der britischen Labour Party; Manleys persönliche Neigungen orientierten sich an Ländern wie Tansania und Schweden („demokratischer Sozialismus“), wirtschaftspolitisch bevorzugt er ein „gemischtes System“.

Manleys Regierung trat in einem Land an, dessen wirtschaftliche Grundlagen günstig erscheinen, das jedoch zugleich ein Musterbeispiel für neokoloniale Abhängigkeit darstellt: „Jamaikas Wirtschaft zeichnet sich dadurch aus, daß sie produziert, was sie nicht konsumiert, und konsumiert, was sie nicht produziert“, formulierte Manley Anfang 1977.

Das bedeutet: Jamaika verfügt zwar über reiche Bodenschätze – vor allem Bauxit und Aluminiumoxyd (und ist damit nach Australien der zweitgrößte Produzent mit etwa 25% der Weltvorräte) – sowie über tropische Landwirtschaftsprodukte – namentlich Zuckerrohr, Bananen, Obst, Kokospalmen. Gering oder gar nicht entwickelt sind indes die Industrie und der Anbau von Grundnahrungsmitteln.

Destabilisierung a la „Werwolf“

Was an landwirtschaftlichen Produkten oder Bodenschätzen erarbeitet wird, wird exportiert: Zucker, Bananen, Fruchtconserven, Kopa, Rum bzw. Bauxit/Aluminiumoxyd. Gewinner sind jedoch in der Landwirtschaft britische und US-amerikanische Großpflanzer und Konzerne (darunter die unvermeidliche United Brands, früher United Fruit Co.), während etwa 80% der Bevölkerung zu Beginn der 70er Jahre über nur 25% des Bodens verfügen.

Waren bis in die 60er Jahre agrarische Produkte Hauptexportgüter und -einnahmequellen, so ist es seither der Bauxitexport mit nahezu 70% des Gesamtexporterlöses. Doch die Bauxitgruben befanden sich ausnahmslos in nordamerikanischer Hand: ALCOA, Reynolds und vor allem Kaiser Aluminium aus den USA und ALCAN aus Kanada (mit der ALCOA verflochten). Mit der Umstrukturierung des Exports verschob sich auch dessen geographische Richtung, und zwar von Großbritannien zu den USA, Hauptabnehmer des Bauxits; noch krasser entwickelte sich die Abhängigkeit von den USA bei den Importen.

Die unter der JLP-Regierung völlige Freiheit, Gewinne zu transferieren, und die für die genannten Rohstoffexporte typischen Weltmarktpreisschwankungen verschlechterten Jamaikas außenwirtschaftliche Lage zunehmend; daran konnten auch die aus dem Tourismus stammenden Einnahmen (die drittgrößte Einnahmequelle) nur wenig ändern. Nach zehn Jahren JLP-Regierung hatte sich die Arbeitslosigkeit auf etwa 22 bis 25% verdoppelt; die Lebenshaltungskosten betragen das Doppelte derjenigen in England, während die Löhne sich zwischen 20 und 50% der britischen bewegten (beides Gründe für die starke Emigrationsbewegung nach Großbritannien). Der Finanzminister eines der JLP-Kabinette hieß: Edward Seaga.

Die Regierung Manley trat mit einem sozialreformerischen Programm an: Etwa 25.000 Bauern erhielten erstmals eigenen Boden, Zuckerrohrarbeiter-Kooperativen wurden gebildet und einige Staatsfarmen; der Export wurde teilweise in Staatsregie überführt; der Staat übernahm ab 1974 51% der Anteile der Bauxitförderer und erlegte ihnen höhere Steuern auf, die zunächst die Staatseinkünfte um 60% ansteigen ließen. Gesetze erzwangen die Anerkennung der Gewerkschaften durch die Betriebe, verbesserten die Kündigungsbedingungen und verhängten Strafen für Aussperrungen.

Vor allem aber im Bildungsbereich wurden beträchtliche Erfolge erzielt, u.a. durch die Erweiterung der kostenlosen Schulbildung im Sekundarstufenbereich. Auf diesem Sektor erwies sich auch die Zusammenarbeit mit Kuba als erfolgreich. Nachdem Jamaika 1974 volle diplomatische Beziehungen aufgenommen (abgebrochen worden waren sie nie) und ein Kooperationsabkommen abgeschlossen hatte, entsandte Kuba über 200 Experten – Ärzte, Ingenieure, Lehrer, Techniker –, während Jamaikaner ihrerseits zu Hunderten auf Kuba eine Ausbildung erhielten und dort Erfahrungen sammeln konnten, weshalb Kuba anders als ihre Heimat die Folgen der Unterentwicklung weitgehend zu überwinden vermocht hatte.

Diese Reformpolitik erregte den Zorn der USA und der betroffenen Konzerne. Hauptfaktor der erbitterten politischen Feindschaft war jedoch die Anlehnung an Kuba, die von Seagas JLP als Ausverkauf an Kuba demagogisch bekämpft wurde. 1974 setzte die gezielte Destabilisierungspolitik gegen die Manley-Regierung ein, wobei man die Auswirkungen der kapitalistischen Krise seit 1973/74 für sich nutzbar zu machen suchte.

Demonstrationen seitens der JLP endeten vielfach in Schlägereien und Morden, die von Provokateuren angezettelt wurden. Seagas Haftiraden bildeten den Hintergrund der Zuspitzung des politischen Klimas. Eine wesentliche Rolle spielten jedoch Terrorgruppen, hinter denen sich die CIA verbarg. Ihnen war es zu verdanken, daß politische Kriminalität zur Massenerscheinung wurde.

Bei einem JLP-Mitglied wurden Unterlagen entdeckt, die auf einen Putschplan hinwiesen, der vor allem von zwei Untergrundorganisationen mit den Namen „Antikommunistische Liga“ sowie „Werwolf“(!) inszeniert werden sollte; weiterhin gaben die Dokumente Aufschluß über umfangreiche Waffenlager. Der ehemalige CIA-Agent Philip Agee untersuchte im Herbst 1976 die CIA-Tätigkeit auf der Insel und identifizierte sowohl deren Leiter als auch zehn weitere

Agenten.¹

Parallel hierzu wurde der Wirtschaftskrieg gegen Jamaika entfesselt. Im Dezember 1975 hatte US-Außenminister Henry Kissinger der Regierung Manley Wirtschaftshilfe versprochen für den Fall, daß sie die MPLA-Regierung in Angola nicht anerkennen werden. Als Manley im Gegenteil das Eingreifen Kubas im Angolakrieg ausdrücklich guthieß, wurden bilaterale Kredite verweigert und eine Nahrungsmittelhilfe von 2,5 Mio Dollar gestrichen, außerdem die Importzölle auf Zucker erheblich angehoben – zu einem Zeitpunkt, als im übrigen die Weltmarktpreise gefallen waren. Zugleich wurde die Zahl der Arbeitslosen drastisch durch Produktionseinschränkungen der US-Aluminiumkonzerne erhöht, die stattdessen ihre Produktion in Australien steigerten.

Ein weiterer Faktor wurde die Sabotagepolitik der einheimischen Reichen und Kapitalbesitzer, der Stützen der JLP. Unter Ausnutzung bestimmter Importrestriktionen gingen zahlreiche Unternehmer dazu über, die Produktion einzuschränken, keine neuen Investitionen zu tätigen und Fabriken zu schließen; allein in der ersten Jahreshälfte 1976 sollen an die 200 Mio Dollar illegal aus dem Land geschmuggelt worden sein. Die internationale Presse, vor allem in den

defizit.

Den wachsenden ökonomischen Problemen versuchte Manley durch einen politischen Kurs zu entgehen, der von der Linken innerhalb der PNP heftig kritisiert wurde. Sie drängte vor allem darauf, andere Finanzierungsquellen als etwa den Internationalen Währungsfonds (IMF) zu finden. Im Februar 1977 unternahm die Regierung eine diplomatische Offerte in Richtung USA, die zur Einrichtung einer gemeinsamen „technischen Kommission“ zur Untersuchung der wirtschaftlichen Probleme Jamaikas und zur Erstellung von Empfehlungen führte. Gleichzeitig wurde bekannt, daß ein Kreditangebot Bulgariens von Jamaika abgelehnt worden war.²

Ein anschließend vorgestellter Wirtschaftsplan fiel entgegen ursprünglichen Ankündigungen wesentlich „moderater“ aus als die Parteilinke gefordert und vorgeschlagen hatte. Bei grundsätzlichem Festhalten an den bisherigen Zielsetzungen wies Manley Forderungen zurück wie die nach erhöhter Besteuerung von Unternehmen und einer umfassenderen Landreform einschließlich der möglichen Verstaatlichung großer Farmen und Plantagen.

Ebenfalls entgegen den Ansichten der Parteilinken wandte sich die Regierung an den Währungsfonds und die Weltbank um Finanzhilfe. Sie kam, offenbar aufgrund der vorherigen Annäherung an die USA, bereits im Juli 1977 zustande. Jamaika erhielt 74 Mio Dollar Kredite seitens des IMF und 68 Mio seitens der Weltbank – gegen die bekannten wirtschaftspolitischen Auflagen: Abwertung der Währung (sie belief sich bis Ende 1977 auf insgesamt 40%!); strikte Lohnkontrollen (also Lohnstopp) bei Aufhebung von Preiskontrollen; Einschränkung der Auslandsausgaben. Der Effekt dieses Programms: Sprunghafter Anstieg der Inflation, also enorme Kaufkraftverluste der niedrigen Einkommen; zwar wurden die Exporte durch die Abwertung billiger, Importe aber noch teurer – mithin ein wirtschaftlicher Würgegriff, der ausschließlich auf Kosten der ohnehin Armen und wenig Verdienenden ging und die Auslandsabhängigkeit eher verschärfte denn sie zu verringern.

Die Auflagen des IMF bezüglich des Defizits der Auslands-Währungsreserven vermochte Jamaika nicht zu erfüllen. Die Folge waren noch härtere Bedingungen des IMF bei der Aushandlung eines zweiten Abkommens 1978. Doch auch dieser neue IMF-Kredit konnte die Außenhandelsbilanz Jamaikas angesichts der Weltmarktpreisentwicklungen nicht aufbessern, im Gegenteil. Überdies: Eine Anzahl sozialer Programme brach aus Mangel an Geld zusammen. Bei rasant steigenden Reallohnverlusten stieg die Arbeitslosigkeit auf etwa 30% der Erwerbsfähigen, eine Zahl von rund 300.000 bei einer Bevölkerung von 2,1 Mio Menschen.

Als der IMF gegenüber einem erneuten Gesuch Jamaikas wiederum verschärfte Bedingungen stellte – darunter diesmal Punkte wie eine Kürzung der Staatsausgaben um 150 Mio jamaikanische Dollar, Dirigierung von Devisen in den privaten Geschäftssektor, Entlassung von rund 11.000 Regierungsangestellten und Kürzungen von Sozialprogrammen wie kostenlose Schulernährung auf der Primarstufe oder die erfolgreiche Alphabetisierungskampagne für Erwachsene –, brach Manley die Verhandlungen Anfang 1980 ab.

Was darauf folgte, umschrieb die Frankfurter Allgemeine (FAZ) am 1. November 1980 so: „Der Bruch mit dem Währungsfonds hat Manley eine erhöhte Arbeitslosigkeit bis zu 40% (eine offenkundig bewußt überhöhte Zahl; J.O.), ein Außenhandelsdefizit von 1,4 Milliarden Dollar, einen Rückgang der Bauxitförderung durch die amerikanischen Aluminium-Konzerne, eine Inflation von 30% sowie eine Lebensmittel-Verknappung und eine beispiellose Terrorwelle eingebracht (!), die bis zum Wahltag fast 700 Tote gekostet hat.“ Offener wurde selten formuliert, was es ei-



Wahlverlierer M. Manley (l.); Wahlsieger E. Seaga (r.)

USA, stimmte konzertiert in Horrorberichte über Jamaika als ein Land ein, in welchem man aufgrund des täglichen Terrors seines Lebens nicht mehr sicher sei.

Allerdings waren die Maßnahmen der PNP-Regierung nicht ohne Fehler gewesen. Die reine Orientierung auf eine Umverteilung erwirtschafteter Gewinne zugunsten fraglos wichtiger und zukunftsweisender Projekte mußte Enttäuschungen bei ökonomischen Rückschlägen bewirken, weil sie nicht verbunden war mit einer gesellschaftlichen Planung und politischen Orientierung der Massen. Überdies vertrieben zu hohe Steuersätze (70 bis 80% für Einkommen ab 20.000 jamaikanische Dollar im Jahr) etwa 150.000 Ärzte, Ingenieure, Architekten, Techniker und Landwirtschaftsfachleute in die USA.

Trotzdem errang Manleys PNP 1976 einen hohen Wahlsieg mit 48 von 60 Parlamentssitzen. In den im März 1977 folgenden Gemeinderatswahlen festigte sie diesen mit 67,5% aller abgegebenen Stimmen und der Kontrolle über alle 13 Gemeinderäte. Auf der anderen Seite verschärfen sich die wirtschaftlichen Probleme. Verfall der Preise für die eigenen Exporte bei steigenden Importgüterpreisen, Rückgänge im Bauxitexport, im Touristikgeschäft, in der Zuckerrohrproduktion – von rund 370.000 Tonnen im preisgünstigen Jahr 1974 auf 145.000 im Jahre 1978 –, vor allem aber der rapide Anstieg der Ölpreise führten zur Erschöpfung der Devisenreserven und zu einem wachsenden Zahlungsbilanz-

Jamaika-Daten

Territorium: 11.525 qkm (z. Vgl.: Rheinland-Pfalz 19.839 qkm).
Hauptstadt: Kingston (ca. 700.000 Ew.).

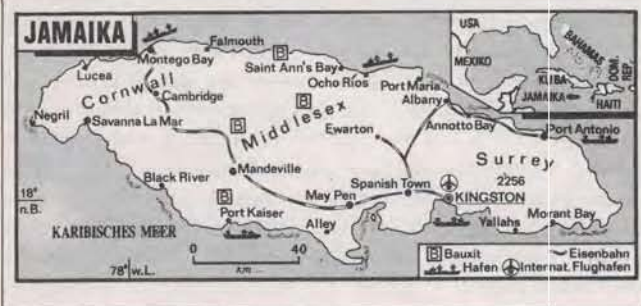
Bevölkerung: Die Gesamtbevölkerung zählt etwa 2,2 Mio. Davon sind Afro-Amerikaner 77%, Mischlinge (Mulatten) 19%, weiterhin indische, chinesische und europäische Minderheiten (ca. 12.500 Europäer).

Religion: 75% der Bevölkerung gelten als Protestanten, 8% als katholisch.

Sprache: Amtssprache ist Englisch.

Geschichte:

- Ab ca. 900 u.Z. Einwanderung karibischer Arawak-Stämme, die der Insel den Namen Xaymaca (= Jamaika), d.h., „die gut Bewässerte“ gaben
- 1494 Kolumbus entdeckt Jamaika auf seiner zweiten Fahrt und erklärt sie zur spanischen Kolonie.
- 1655 Eroberung Jamaikas durch England. Jamaika wird Hauptumschlagplatz für Sklaven
- 1833/38 Abschaffung der Sklaverei im britischen Empire
- 1933 Zulassung von Parteien und Gewerkschaften
- 1943 Nach Massendemonstrationen und Streiks Erteilung des allgemeinen Wahlrechts
- 1953 Bildung einer autonomen Regierung
- 1958 Jamaika wird Zentrum der sog. Westindischen Föderation aus den britischen Kolonien in der Karibik
- 2.6.1962 Nach Austritt aus der Föderation Proklamation der Unabhängigkeit



„nem „ungehorsamen“ unterentwickelten Land „einbringt“, wenn es gegen den Willen des internationalen Kapitals verstößt.

Die „beispiellose Terrorwelle“ hatte jedoch ihre Drahtzieher; sie war die „verbesserte“ Neuauflage der Destabilisierungspolitik von 1976. Dem US-Senatsmitglied Fred Landes fielen bei einem Besuch „befremdliche Ähnlichkeiten in den Techniken des psychologischen Krieges“ gegen Salvador Allende in Chile und jetzt gegen Michael Manley auf.³ Rechte Sturmtrupps verwickelten „Anhänger der PNP in blutige Straßenschlachten, Attentate auf PNP-Politiker häuften sich. Die Tageszeitung Gleaner, im Besitz eines JLP-Finanziers, publizierte einen Artikel, in dem es hieß: „In zahlreichen anderen Ländern hätte jemand, der hinter sich eine Truppe disziplinierter Männer wußte, die Regierung längst gestürzt. ...wären unsere Minister, unsere politischen Führer, unsere höheren Funktionäre zu diesem Zeitpunkt im Exil oder in einem Massengrab bestattet.“⁴

Dem offenen Aufruf zum Sturz der Regierung folgte am 22. Juni 1980 der (gescheiterte) Versuch; rein zufällig befand sich JLP-Führer Seaga in den USA. Bereits im Mai hatten die Hafenbehörden von Kingston eine Ladung von 200.000 Patronen beschlagnahmt, Herkunftsort: Miami, USA. Was die sonstige Ausrüstung der Banden in Diensten der CIA und der JLP betrifft, so bestand sie aus M-16 Gewehren (USA) und westeuropäischen 9-mm Maschinenpistolen.

Die Eskalation des Terrors mit dem Ziel, um jeden Preis Seagas JLP an die Macht zu bringen, erklärt sich aus den Entwicklungen im karibischen Raum während der vergangenen zwei Jahre. Nach der Revolution in Nicaragua und der Linkswende auf Grenada sind die USA fester denn je entschlossen, in ihrem traditionellen „Hinterhof“ jegliche revolutionäre oder progressive Entwicklung zu unterbinden.

Der Wahlsieg Seagas stellt mitnichten ein Votum gegen eine derartige progressive Entwicklung dar. Er ist das Resultat der gezielten Destabilisierung der Wirtschaft Jamaikas und die unmittelbare Reaktion auf die ökonomische Katastrophe, in welcher sich das Land befindet. Daß diese Reaktion offenkundig auch viele ehemalige Manley-Anhänger verunsicherte und der Demagogie Seagas folgen ließ, hat seine Ursachen freilich auch in der zaudernden und schwankenden Wirtschaftspolitik der Manley-Regierung, in der mangelnden Konsequenz der Reformpolitik, bestimmt vor allem durch die Parteirechte, sowie in einem „naiven“ Verhältnis zum Charakter des politischen Gegners.

Für die Interessen der USA ist Seaga der richtige Mann. „Die erste Priorität“, äußerte er kurz nach der Wahl, ist „das Vertrauen in Jamaika als eine stabile prowestliche Nation wiederherzustellen“. Dabei verläßt sich Seaga auf die Unterstützung durch die USA: „Die Vereinigten Staaten müssen uns helfen, den Kapitalismus in Gang zu bringen.“⁵ Angesichts der Art und Weise, wie dieser in den USA selbst funktioniert – mit ca. 13 Mio Arbeitslosen – läßt dies für Jamaika einiges erwarten. Was die von der FAZ am 1. November gefeierte „Rückkehr zu Amerika“ betrifft, so liest sich das an anderer Stelle differenzierter: Seagas Dreijahresplan „verlangt umfangreiche ausländische Investitionen und wird den Inselstaat vor allem in starke Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten bringen“⁶ – also dorthin zurück, wo sich Jamaika schon einmal befunden hatte: zu Regierungszeiten der JLP bis 1972.

Der IMF und US-Banken reagierten rasch mit Kreditofferten an Jamaika – Seaga diente zeitweilig als Beamter der Weltbank, der Interamerikanischen Entwicklungsbank sowie des IMF. Er ist mithin der rechte Mann, um die Richtlinien des IMF gegenüber einer Bevölkerung durchzusetzen, die unter ihnen noch stärker zu leiden haben wird.

Doch auch der Stil, den Seagas JLP in ihren Wahlkämpfen begründet hat, soll anscheinend fortgeführt werden. In einer Warnung an die PNP-Opposition äußerte Seaga, diese stehe vor der Entscheidung, eine „gemäßigte“ Linie einzuschlagen oder weiter in Richtung Marxismus zu gehen. In letzterem Falle „könnte das Zwei-Parteien-System Jamaikas in Gefahr geraten“. Für Marxisten sei kein Platz in Jamaika.⁷

Anmerkungen:

- 1) Nach: Africa, London, Nr. 62/ Oktober 1976, S. 137/38, und Nr. 65/ Januar 1977, S. 86/87
- 2) Nach: Africa, London, Nr. 76/ Dezember 1977, S. 90/91
- 3) Nach: Le Monde Diplomatique, Paris, Oktober 1980
- 4) Nach: Afrique-Asie, Paris, Nr. 224/13.10.1980, S. 50
- 5) Nach: U.S. News & World Report, Washington, 17.11.1980, S. 80/82
- 6) Blick durch die Wirtschaft, 20.11.1980
- 7) Vorwärts, 6.11.1980

IKA

Zeitschrift
für Internationalen
Kulturaustausch

Nr. 15 DM 4,00

Liberia
Palästinenser
im Ghetto
Pantomime
aus Peru

Vertrieb:
CON, Osterstr. 36, 28 Bremen
Redaktion:
Lerchenstr. 84, 7 Stuttgart I

Inhalt IKA 14 u.a. (Mai 1980)
Manuel Scorza über das Exil
Judith Reyes über die mexikanische
Volksmusik: Cine Cubano Fotos aus dem
Tschad. Bericht aus dem Iran.
S.A.I. Kassem über die palästinensische
Kultur unter israelischer Besatzung.
Grafiken, Lieder und Projekte aus
Nicaragua

Inhalt IKA 15 u.a. (September 1980)
Politik und Kultur in Liberia
Black Consciousness und die Kultur
der Befreiung: Schwarze Literatur im
südlichen Afrika: von M.V. Mzame.
Fotoreportage Palästinenser im Ghetto.
Romanauszug „An der Brücke“ von
Sahar Khalifa. Kurzgeschichte.
Interview mit Daniel Viglietti. Jorge
Acuna – Pantomime aus Peru. Materia-
lien, Kurzbesprechungen.

Einzelheft DM 4,00
Abonnement (4 Hefte) DM 16,00
Förderabo ab DM 25,00
Probeheft DM 3,00 in Briefmarken
bei der Redaktion

Schwarze Kultur im Südlichen Afrika



Das brachte die AIB-Leserumfrage

Aus Anlaß seines zehnjährigen Jubiläums führte das AIB im Oktober/November 1980 eine Leserumfrage durch (siehe AIB 10/1980, Heftmitte). Bei der Formulierung der Fragen wurde besonders auf die eigenständige Formulierung von Kritikpunkten, Anregungen und Wünschen durch die Leser abgehoben.

Die Resonanz überraschte angenehm: Vorschläge und Kritik zeugen von großem Engagement, das sich nicht zuletzt in ausführlichen, teils mehrseitigen Antworten niederschlug. Die Redaktion des AIB möchte dafür allen an der Leserumfrage Beteiligten recht herzlich danken!

Breite Zustimmung zur AIB-Konzeption

Gewiß läßt der relativ geringe Rücklauf von knapp 5% (gemessen an der Gesamtabonnentenzahl von ca. 4.000 und einer Standardauflage von 5.000-7.000 Ende 1980) keine präzise Aussage etwa über die AIB-Leserstruktur zu. Dies war auch nicht der Anspruch der Umfrage. Sie dürfte aber die generelle Haltung unter dem aktivsten Teil unserer Leserschaft widerspiegeln.

Auffallend ist die breite Zustimmung für die derzeitige Konzeption des AIB. 9 von 10 Lesern bescheinigten dem AIB eine ausreichende Aktualität. 8 von 10 Lesern wünschten die Beibehaltung des bisherigen Verhältnisses von Eigenbeiträgen und Dokumenten, von Themen/Theorien zu Länderbeiträgen. Von 10 Lesern fanden den AIB-Stil 4 gut und 5 akzeptabel.

Gelesen wird vom AIB zuerst das Kurze und Aktuelle, insbesondere die Kurzinformationen, für deren Erweiterung in zahlreichen Fragebogen plädiert wurde. Mehrfach laut wurden Forderungen nach mehr Beiträgen über Länder, die nicht gerade im Brennpunkt stehen, und nach Veränderungen zugunsten kürzerer Beiträge und gestalterischer Auflockerung (mehr Bilder, Kästen, Tabellen usw.). Wir verstehen dies als eine Tendenz zugunsten leicht lesbarer, aufgelockerter Artikel von stärkerer themen- und länderbezogener Streubreite als bisher.

Die in den Fragebogen vereinzelt vorgetragene inhaltliche Kritik an der Argumentation und Herangehensweise des AIB (Afghanistan, Kampuchea) verweist darauf, daß das AIB auch in Leserkreisen verbreitet ist, die den politischen Standpunkt der Redaktion nicht in allen Fragen teilen, ihn aber dennoch respektieren. Nimmt man dies mit der Forderung nach mehr streitbarer Auseinandersetzung (u.a. auch mit bürgerlichen Medien) zusammen, dann wird ein Leserwunsch nach offensiver und differenzierter Diskussion über politisch brisante Fragen deutlich.

Für notwendig befunden wurde eine eher stärkere historische und sozialökonomische Fundierung der Beiträge, unter Berücksichtigung auch ethnischer und kultureller Eigenheiten. Ebenso wünschten etliche Leser mehr theoretische Beiträge, etwa zu Strategiefragen des antiimperialistischen

Befreiungskampfes in der Dritten Welt und der Weltpolitik/Weltwirtschaft.

Stark verlangt wurden auch Themenkomplexe wie Kultur, Verhältnis sozialistisches Lager – Dritte Welt sowie Solidaritätsbewegung der BRD.

Werden die zahlreichen Leservorschläge nun in die AIB-Planung Eingang finden und auch Realität werden?

Was die Konzeption angeht, sind sie großteils in den drei weiterhin prinzipiellen Orientierungen des AIB enthalten:

- Dokumentierung der Befreiungsbewegungen bzw. revolutionärer Organisationen der Dritten Welt,
- Hintergrundinformation und aktuelle Einschätzungen zu den Solidaritätsschwerpunkten (Südliches Afrika, Chile, Palästina) und revolutionären Konzentrationspunkten (Mittelamerika, Mittlerer Osten), sowie
- Untersuchung der neokolonialistischen Politik des Imperialismus, speziell der USA und BRD.

Dabei soll mit Hintergrundinformationen rasch auf Brennpunkte und Krisenszenarien (wie 1980 etwa Afghanistan, Salvador, Türkei) reagiert, sollen die weltpolitischen Bezugspunkte der Dritte-Welt-Themen herausgearbeitet und die Problematik des Friedenskampfes (u.a. 1981 Beiträge zum Waffen- und Militärexport der USA, BRD, Frankreichs) stärker berücksichtigt werden.

Wo landen Leserwünsche?

Konkret fanden die Leservorschläge Eingang in die AIB-Jahresplanung für 1981, die Ende November 1980 von der Arbeitskonferenz verabschiedet wurde. Dazu zählen neben den Schwerpunktthemen zahlreiche Länderneuvorstellungen (Bahrein, Kamerun, Elfenbeinküste, Kostarika, „Frankreichs“ Überseegebiete, Mongolei usw.) und länderübergreifende Themen (Sozialistische Internationale, Dritte-Welt-Politik Japans, Frankreichs und der USA, Rüstung und Unterentwicklung, Indianerfrage u.a.). Neu aufgenommen werden soll das Thema Kultur. 1981 soll schließlich das „heiße Eisen“ Verhältnis sozialistischer Länder und Dritte Welt mit einem AIB-Seminar und dessen anschließender Auswertung im AIB angegangen werden.

Ein Jahrzehnt AIB ist nun vorüber. Unsere Bilanz kann sich sehen lassen. Im deutschsprachigen Raum ist unser Bulletin heute die stärkste Monatszeitschrift zum Problemkreis Dritte Welt und antiimperialistische Bewegung. Der Rekordzuwachs 1980 (von 3.000 auf 4.000 Abonnenten) und die breite Zustimmung dieser Leserumfrage sind Zeichen dafür, daß das AIB hoffnungsvoll in sein 2. Jahrzehnt gehen kann. „Wir haben durch Erfahrung gelernt, wir haben aus Fehlern gelernt. Wir waren immer offen und ehrlich, bereit uns zu verbessern, wo es notwendig war. Wir werden bereit sein, unsere Fehler zu korrigieren, sobald wir sie erkennen.“ Diese Devise Fidel Castros und ein konsequenter Antiimperialismus empfehlen sich dabei als Orientierungshilfen.

Wolfram Brönner

Gefahren des Krieges Irak-Iran

Nahezu drei Monate nach Ausbruch des irakisch-iranischen Krieges zeichnete sich noch immer keine Verhandlungslösung des Konfliktes am Persischen Golf ab. Diverse Vermittlungsversuche Algeriens, einer Nichtpaktgebundenen-Kommission (zusammengesetzt aus Vertretern Kubas, Jugoslawiens, Indiens, Pakistans und der Palästinensischen Befreiungsorganisation - PLO) und des UN-Beauftragten Olof Palme im November 1980 endeten ohne Resultat. Es scheint, als sollte PLO-Führer Abu Iyad recht behalten, als er Mitte Oktober 1980 prognostizierte, weder der Irak noch der Iran seien in der Lage die Gegenseite zu besiegen. Sie drohten sich vielmehr gegenseitig selbst zu zerreiben.¹

In der Tat ist der Siegermythos, der unmittelbar nach dem 22. September 1980 von der irakischen Propaganda über den sog. „Befreiungsheros“ Saddam Hussein² errichtet wurde, angeschlagen, seitdem sich die Anfangsoffensive des irakischen Invasionsheeres in Khuzistan und Kermanshar faktisch festfuhr.

Husseins „Arabisierung“ – auf wessen Kosten?

Anstelle des der eigenen Bevölkerung verheißenen irakischen Triumphzuges ist ein beiderseits verlustreicher Stellungs- und Bombenkrieg getreten. Sein Zerstörungswerk konzentriert sich beiderseits auf die Säulen der unterentwickelten Wirtschaft, auf die nationalisierten Ölanlagen und Industriekomplexe, sowie zunehmend auch gegen die Zivilbevölkerung. Die Materialschäden wurden bereits zu Anfang November 1980 auf über 9 Mrd Dollar beziffert.³

Doch es sind beileibe nicht nur die Abertausenden von Todesopfern oder die Nachwehen der gegenseitigen Dezimierung der wirtschaftlichen Grundlagen dieser beiden führenden Ölexportländer, also die **Lebensinteressen beider Völker**, die eine schnellstmögliche Beilegung dieses Krieges am Persischen Golf dringend gebieten. Hinzu kommen wei-

tere triftige Gründe, die auf eine unverzügliche Feuereinstellung und erste Verhandlungsschritte hindrängen:

Da wäre zum einen die von der Arabischen Standhaftigkeitsfront (Syrien, PLO, Libyen, Südjemen, Algerien) zurecht reklamierte Schwächung des antiisraelischen Gegenpotentials in ihrem Kampf um eine gerechte Lösung der Palästinafrage und um die Abwehr der mit Camp David 1978 eingeleiteten Verschwörung der USA, Israels und Ägyptens gegen den palästinensischen Widerstand. Überdies verhalf das Kriegsszenario am Persischen Golf dem israelischen Begin-Regime, das gerade wegen seiner Jerusalem-Annexion (Juli 1980) unter vehementen internationalen Druck geraten war⁴, zu einer unverhofften Atempause. Wie der syrisch-jordanische Konflikt und der 11. Gipfel der Arabischen Liga in Amman Ende November 1980 veranschaulichten, hat der Krieg am Persischen Golf die arabische Welt wieder einmal in zwei Lager gespalten, ein geschlossenes Vorgehen in Sachen Nahostkonflikt verunmöglicht. Daher und wegen ihrer Opposition gegen eine arabische Parteinahme für S. Hussein im Krieg Irak-Iran boykottierten die antiimperialistischen Alliierten der Standhaftigkeitsfront und der Libanon die Konferenz von Amman.

Tatsächlich machte diese sich auf Betreiben der Monarchen Jordaniens und Saudi Arabiens den Standpunkt Bagdads zu eigen, indem sie dem Irak „legitime Rechte auf seine Territorien und Wasserläufe“ zusprach. Das Schlußkommunique des Arabischen Gipfels plädierte zwar zugleich für „eine sofortige Feuereinstellung und eine Konfliktbeilegung mit friedlichen Mitteln“, aber wohlgermerkt unter den Vorzeichen der irakischen Vorbedingungen. Und Präsident Saddam Hussein ließ persönlich keine Zweifel daran aufkommen, daß diese seine zu Kriegsbeginn verkündeten Gebiets- und Vormachtansprüche (irakische Aneignung des gesamten Shatt al-Arab, der iranischen Nachbarprovinz Khuzistan alias „Arabistan“ und Räumung der drei „arabischen Inseln im Arabischen Golf (Großer und Kleiner Tumb und



Saddam Hussein (l.) und sein Außenminister Hammadi auf dem Arabischen Gipfel in Amman; irakische Angreifer in Khuzistan

Abu Musa)“) unverändert gelten: Auf dem Arabischen Gipfel in Amman bekräftigte er, der Irak würde sich nicht von den besetzten iranischen Gebieten zurückziehen, solange Teheran nicht allen seinen territorialen Ansprüchen stattgäbe.⁵

Vereint unter dem Nebelvorhang des arabisch-antipersischen Chauvinismus streiten so der Irak, Jordanien, Saudi Arabien und andere erreaktionäre arabische Regimes anstatt für die Befreiung Palästinas für die „Arabisierung“ des Persischen Golfes. Dahinter aber verbergen sich in Wirklichkeit irakische Expansionsgelüste und eine gemeinsame gegenrevolutionäre Blockbildung zur Niederwerfung der iranischen Revolution und der Befreiungsbewegungen der Golfregion und der Arabischen Halbinsel (Saudi Arabien, Oman, Bahrein und Jemen). Der Sieg der Revolution im Iran vom Februar 1979 hatte den antidiktatorischen Volkswiderstand in der Golfregion, voran im Irak und Saudi Arabien, stimuliert.

US-Kapazitäten zum „raschen Zuschlagen“ vorort

Der Kreuzzug gegen den Iran und der begleitend entfachte arabische Chauvinismus sollen so zum zweiten den internen Konfliktstoff entschärfen helfen, während die gegenrevolutionäre Blockbildung (Achse Saudi Arabien, Jordanien, Irak) gegen die Befreiungsbewegungen und progressiven Regimes der gesamten Region unter der Hand vorangetrieben wird.

Eine unverzügliche Beendigung des Krieges erscheint zum dritten deshalb geboten, weil er den USA bzw. NATO-Mächten den ersehnten Vorwand liefert, unter dem Deckmantel des „Schutzes“ des Ölzuflusses aus dieser wichtigsten Ölregion die eigene Militärpräsenz in der Gesamtregion und die Vorbereitungen für eine direkte NATO-Intervention zu forcieren.

Seit dem 22. September 1980 hat der militärische Aufmarsch der USA, Frankreichs, Großbritanniens und Australiens am Persischen Golf jedenfalls eine dramatische Ausweitung erfahren (siehe auch die nachstehende Studie des Arabischen Volkskongresses). Nahe der Straße von Hormuz kreuzte im Oktober/November 1980 mit über 90 westlichen Kriegsschiffen bzw. Flugzeugträgern, Hunderten Kampfflugzeugen, Atomraketen und Tausenden Marineinfanteristen ausgerüstet, die größte Armada und damit auch das größte Drohpotential aller Zeiten im Arabischen Meer und im Golf von Oman.

Washingtons Stationierung von Überwachungsflugzeugen des Typs AWACS auf saudiarabischem Boden und die Ab-



Irakisch-iranische Frontlinie Mitte November 1980 (nach: Spiegel) 24. 11. 1980

haltung des ersten gemeinschaftlichen Auslandsmanövers der amerikanischen Schnellen Eingreiftruppe (1.400 Mann) im November 1980 mit der ägyptischen Armee in Kairo-West (Operation „Heller Stern“) sind zusätzliche Schritte zur Erhöhung der imperialistischen Interventionskapazität.

Mehr noch, Washington beabsichtigt nun die ursprünglich auf 110.000 Mann veranschlagte US-Eingreiftruppe (RDF) auf 200.000 bis 300.000 Mann aufzustocken, um der Fähigkeit zum „raschen Zuschlagen“ in der Dritten Welt und speziell am Persischen Golf willen. Die für die erhöhte Mobilität dieser Invasions- bzw. Ölkriegstruppe erforderlichen neuen militärischen Nutzungsrechte und Stützpunkte vorort werden derzeit u.a. in Oman, Saudi Arabien, Somalia, Israel und Ägypten installiert. Britischen Quellen zufolge soll Sadats Bereitstellung der Militäreinrichtungen im ägyptischen Ras Banas „etwa 400 Mio Dollar kosten und sie instandsetzen, US-Flugzeuge und eine volle Division (18.000



In Brand geschossene Ölraffinerie in Ahadan

Erklärung Mohammad Ali Rajais vor dem UN-Sicherheitsrat

Im Namen des barmherzigen und gnädigen Gottes.

Wir kommen hierher, während unser Land in dem von der volksfeindlichen irakischen Baath-Regierung entzündeten Kriegsfeuer brennt und unser Volk und Imam Khomeini über das Erdbeben in Algerien betroffen sind. (...)

Wir bekunden in aller Offenheit, daß unsere Nation entschlossen ist, einen langwierigen, vom Volke getragenen Krieg in Kauf zu nehmen, um damit die Aggressoren in ihre Schranken zu verweisen, der islamischen Brudernation von Irak das Wesen des volksfeindlichen und abhängigen Saddam-Regimes in verstärktem Maße vor Augen zu führen, und dem amerikanischen Imperialismus, der direkt oder indirekt das irakische Baath-Regime unterstützt, eine niederschmetternde Antwort zu geben. Durch ihre in Saudi Arabien stationierten AWACS-Flugzeuge registrieren die USA die Truppenbewegungen der iranischen Armee und leiten ihre Informationen an den Irak weiter. Durch Ablenkung der Radarsysteme leiten sie unsere Flugzeuge auf falsche Ziele. (...)

Die Vorwände des willenslosen Saddam-Regimes für die militärische Aggression gegen die Islamische Republik Iran:

Saddam, der Söldner der arroganten Weltmächte, benutzte die angebliche Nichteinhaltung des Vertrages und der Übereinkünfte von 1975 als Vorwand für diese offene Aggression; so gibt er zu, den militärischen Angriff gegen die territoriale Integrität der Islamischen Republik Iran begonnen zu haben.

Es sollte noch erläutert werden, daß nach der beiderseitigen Übereinkunft während der Konferenz der erdölexportierenden Länder in Algerien die Verträge über die Landesgrenzen und gutnachbarlichen Beziehungen zwischen dem 4. und 6. März 1975 ratifiziert, 3 ergänzende Protokolle am 30. Juni 1975 unterzeichnet, 4 zusätzliche, ergänzende schriftliche Übereinkommen am 26. Dezember 1975 getroffen sowie ein Dokument als vollständige und endgültige Entscheidung aller noch offenen Forderungen und Fragen ebenfalls an diesem Tag ausgestellt wurden. Alle Dokumente und Verträge wurden im Sekretariat der Vereinten Nationen unter der Nummer 14906 registriert.

Diese Dokumente belegen, daß das absolutistische irakische Regime keinerlei Anspruch mehr hatte, keines seiner Rechte verletzt sah und alle Streitfragen als erledigt betrachtete.

Alle Entrechteten der Welt sollen wissen: Seit dem Siege der Revolution (im Februar 1979; d. Red.) hat die Regierung der Islamischen Republik Iran zu keiner Zeit die oben erwähnten Verträge verletzt, obwohl sie jederzeit die Überprüfung aller Verträge hätte beantragen können. Hierbei ist bemerkenswert, daß der Vertragsbruch von Seiten derjenigen begangen wurde, die schon bei der Ausarbeitung der Verträge über das unterdrückte irakische Volk regierten und die Abkommen unterzeichnet hatten. Obwohl Mittel und Wege zur friedlichen Beilegung der Streitigkeiten in den Verträgen vorgesehen sind, wird der Vertragsbruch von ihnen begangen. (...)

Angenommen, es gibt territoriale Streitfragen:

Wie kommt es, daß das irakische Baath-Regime das Hoheitsgebiet der Islamischen Republik Iran plötzlich aus der Luft, zu Land und zur See angreift, anstatt sich an die algerische Regierung, die gemäß bilateraler Verträge schiedsrichterliche Aufgaben übernommen hat, zu wenden?

Wie kommt es, daß parallel zu dieser Aggression der Söldner Bakhtiar (letzter Premier des Schah-Regimes; d. Red.) in den Irak kam und der inneren Konterrevolution (in den vom Irak okkupierten iranischen Gebieten; d. Red.) die Anweisung erteilte, die Schulen im Iran zu schließen?

Wie kommt es, daß die Aggression des irakischen Baath-Regimes über die angeblichen Grenzkorrekturen hinausgeht und zur Besetzung unserer Provinzen, insbesondere der Erdölprovinz Khuzistan führt?

Wie kommt es, daß gleichzeitig mit dem Angriff Saddams Husseins auf iranischen Boden die USA dies als gutes Omen zur Freilassung der als Geiseln genommenen Spione betrachten?

Wie kommt es, daß der irakische Angriff zu der Zeit stattfindet, da der letzte Funke des Separatismus in Kurdistan erloschen ist und sich die letzte Institution der Islamischen Republik etabliert hat? Und schließlich, wie kommt es, daß die wichtigsten Helfer des sog. revolutionären irakischen Regimes in diesem Krieg die schmutzigsten und lasterhaftesten, von Amerika abhängigen reaktionären Regimes wie Jordanien, Ägypten, Marokko usw. sind? (...)

(Quelle: Rede des Ministerpräsidenten der Islamischen Republik Iran vom 18. Oktober 1980 vor dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen über die irakische Aggression, in: IRAN Echo, Bonn, Nr. 19/27. Oktober 1980, S. 1-11)

Mann) der RDF-Truppe aufzunehmen."⁶

Welche akute Gefahr von dieser Art amerikanischer Militärpräsenz für antiimperialistisch-revolutionäre Entwicklungen am Persischen Golf ausgeht, hat die versuchte US-Luftlandeeinvasion (Operation „Blaulicht“) vom 24./25. April 1980 im Iran unter Beweis gestellt. Die Kommandotrupps waren von ägyptischem Boden aus gestartet. Ihr Auftrag wies über die vorgegebene Befreiung der US-Geiseln in Teheran hinaus, lautete er doch auf Sturz des Revolutions-Regimes.⁷ Und haben nicht US-Regierungsvertreter wie J. Carter oder H. Brown die Wiederholung eines Invasionsunternehmens gegen den Iran oder gar den „begrenzten“ Einsatz von US-Atomwaffen im Mittleren Osten angedroht?

Die Verlängerung des Krieges Irak-Iran aber birgt von daher die akute Gefahr einer unabsehbaren Kriegseskalation in sich – ein vierter Grund, der für die unverzügliche Beendigung des Krieges spricht. Dies gilt erst recht auf dem Hintergrund des globalen Konfrontationszustandes, der von Washington vorangetriebenen weltpolitischen Zuspitzung seit der Jahreswende 1979/80. Die Möglichkeit einer internationalen Ausbreitung des Kriegsbrandes bis hin zu einem globalen Atomkonflikt USA-Sowjetunion ergibt sich nicht zuletzt aus der unmittelbaren geographischen Nähe der Sowjetunion zum Kriegsschauplatz Iran wie aus der amerikanischen Vereinnahmung des Persischen Golfes als US-„Interessensphäre“ und aus dem beispiellosen militärischen NATO-Aufmarsch vor der iranischen Küste.

Um diese Eskalationsgefahr abzubauen ist der Abmarsch der NATO-Kriegsverbände vom Persischen Golf ebenso gefordert wie die Bereitschaft der beiden kriegführenden Staaten Irak und Iran zur Feuereinstellung und zur Verhandlungs-



November 1980: Wüstenmanöver „Heller Stern“ der US-Eingreiftruppe in Ägypten

Schlußkommuniqué der Konferenz von Nikosia

In Nikosia/Zypern nahmen vom 28.-30. Oktober 1980 mehr als 80 Organisationen aus aller Welt an einer „Internationalen Konferenz der Solidarität mit der nationalen Befreiungsbewegung und den Volksmassen der Golfregion gegen den Imperialismus“ teil. Die Konferenzteilnehmer, darunter die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO), die Volksfront für die Befreiung Omans (PFLO) und andere Befreiungsorganisationen besonders des arabischen Raumes (Bahrain, Saudi Arabien!), votierten für die unverzügliche Beendigung des Krieges Irak-Iran und eine Verhandlungslösung. Darauf und gegen den US/NATO-Aufmarsch am Persischen Golf sind die wichtigsten Dokumente der Nikosia-Konferenz, das Schlußkommuniqué, ein Aktionsprogramm und ein Appell an die Regierungen des Irak und Iran, gerichtet. Das hier dokumentierte Schlußkommuniqué macht deutlich, daß die Eskalationsgefahr am Golf primär im NATO-Zugriff gesehen wird und die internationale Unterstützung der Befreiungsbewegungen bzw. antiimperialistischen Regimes der Golfregion vonnöten ist.

Die internationale Solidaritätskonferenz mit der Nationalen Befreiungsbewegung und den Volksmassen des Golfes gegen den Imperialismus hat vom 28.-30. Oktober 1980 in Nikosia/Zypern auf Initiative von drei regionalen und internationalen Organisationen getagt: der Organisation für Afroasiatische Völkersolidarität (AAPSO), des Internationalen Sekretariats für die Solidarität mit dem Arabischen Volk und seiner zentralen Sache „Palästina“ und des Ständigen Sekretariats des Allarabischen Volkskongresses. (...)

Die Konferenz betont an diesem Punkt die schwerwiegende Bedeutung der laufenden Ereignisse auf der Arabischen Halbinsel und am Golf wie:

- die Erlangung von militärischen Einrichtungen und der Ausbau von Aggressionsbasen seitens des Imperialismus in Kenia, Somalia, Ägypten, Oman, Bahrain, und Saudi Arabien, um seine Kontrolle über die Erdölvorkommen und die Rohstoffwege der Halbinsel und des Golfes zu festigen;
- die Schaffung der Schnellen Eingreiftruppe, deren Stärke sich zwischen 110.000 und 200.000 Soldaten beläuft, die mit den modernsten Waffen ausgerüstet und bereit sind, sich den anwachsenden revolutionären Kräften entgegenzustellen; diese Maßnahme hat der Imperialismus getroffen, nachdem er das Vertrauen in seine lokalen Vertreter und deren Fähigkeit, eben ihre Rolle zu spielen, verloren hatte; die Absichten des Imperialismus, die Region zu beherrschen, sich in ihre inneren Angelegenheiten einzumischen und die regionalen Wasserwege zu kontrollieren, finden sich auf diese Weise bestätigt;
- die militärischen Bewegungen der USA im Indischen Ozean und die Veränderungen, die an der Basis Diego Garcia getroffen worden sind, um daraus eine Nuklearbasis zu machen, welche den nuklearen Rüstungswettlauf gegen die national-progressiven Regimes und gegen die fried- und freiheitsliebenden Völker anheizen würde;
- die Koordination von Sicherheitsmaßnahmen, die von den reaktionären Regimes im Golf und auf der Arabischen Halbinsel unter der Leitung Saudi Arabiens und unter der Regie des CIA getroffen worden sind; die ersten Früchte dieser Koordination sind die Unterdrückung von demokratischen Freiheiten und die Verkündung von Gesetzen gewesen, die den Menschenrechten und der Würde des Menschen entgegenstehen; Tausende von Kämpfern sind inhaftiert, allen Formen der Folter unterworfen und ermordet worden, abgesehen von den Rachemaßnahmen, die gegen die Familien der Kämpfer begangen worden sind, der Bombardierung ihrer Häuser und der Verfolgung ihrer Verwandten.

Die Konferenz hebt hervor, daß die militärischen Provokationen des Imperialismus in der Golfregion und auf der Arabischen Halbinsel integraler Bestandteil der imperialistischen Strategie sind, die darauf abzielt, den nationalen Befreiungsbewegungen in der Welt Schläge zuzufügen, indem sie den Frieden und die Sicherheit in der Welt bedrohen und die Eskalation des Rüstungswettlaufs vorantreiben. Der irakisch-iranische Krieg, der sich in einer, vor allem infolge der Unterzeichnung der Vereinbarungen von Camp David (Separatabkommen der USA, Ägyptens und Israels vom September 1978; d. Red.) und der Ergebnisse, die daraus resultieren, kritischen Phase abspielt, dient letztendlich den US-imperialistischen und zionistischen Zielen und der Reaktion. Dieser Krieg beraubt das arabische Volk im allgemeinen und das palästinensische Volk im besonderen einer neuen revolutionären Kraft in der Region, der der iranischen Revolution, die den Iran vom feindlichen ins befreudete Lager gebracht hat; er beraubt sie gleichfalls der Kraft des Irak und seines beträchtlichen Potentials, Möglichkeiten, das er gegenwärtig auf diesen Krieg ausrichtet, der den beiden Ländern und ihrer Wirtschaft ersten Schaden zufügt.



Daher fordert die Konferenz die sofortige Einstellung dieser Feindseligkeiten, um zu verhindern, daß die USA sie weiter zugunsten ihrer aggressiven Ziele ausschlichten. Sie fordert die Suche nach einer Lösung für alle Probleme, die die beiden Nachbarländer entzweien, mit friedlichen Mitteln und unter Respektierung der Rechte beider Seiten.

Die Konferenz macht in diesem Zusammenhang darauf aufmerksam, welchen Nutzen der amerikanische Imperialismus aus seiner verstärkten Militärpräsenz in der Region zieht, um seine aggressiven Ziele voranzutreiben, um sich mit den reaktionären Regimes gegen das fortschrittliche Regime des Demokratischen Jemen zu verbünden, die Revolution in Oman zu liquidieren und die nationale Befreiungsbewegung am Golf und auf der Arabischen Halbinsel niederzuringen. Die Konferenz verurteilt energisch:

- die amerikanische Politik und aggressiven Pläne der USA gegen die Golfregion und die Arabische Halbinsel;
- den Entschluß des Sultanats von Oman und von Somalia der Errichtung von amerikanischen Basen auf ihrem Territorium zuzustimmen, ebenso wie die Nutzungsrechte, die Ägypten zur Verwendung gegen die Völker der Region gewährt hat unter dem Vowand, damit zum „Schutz“ der arabischen und islamischen Länder oder zur Befreiung der amerikanischen Geiseln beizutragen;
- die saudische Reaktion und die anderen reaktionären arabischen Kräfte wegen ihrer ständigen Komplizenschaft mit dem amerikanischen Imperialismus gegen die nationalen arabischen Interessen, und ganz besonders die Präsenz von amerikanischen Radarflugzeugen „AWACS“ und ihrer Mannschaften in Saudi Arabien, was die direkte Militärpräsenz des amerikanischen Imperialismus in der Region noch verstärkt;
- die riesigen Flottenmanöver, die im Augenblick im Golf von Oman auf Initiative der Vereinigten Staaten und ihrer westlichen Verbündeten Großbritannien und Frankreich unternommen werden. Diese Manöver stellen einen wichtigen Beitrag zur Eskalation der Spannungen in der Region und eine schwere Provokation gegen ihre Völker dar.

Die Konferenz (...)

- erklärt ihre Unterstützung mit dem Kampf, den die Massen der Region unter Führung ihrer nationalprogressiven Kräfte gegen die imperialistischen und reaktionären Kräfte und für die Auflösung der imperialistischen Militärbasen, die Verwirklichung der vollen Unabhängigkeit und Demokratie sowie für die Freilassung der politischen Gefangenen und Gewerkschafter und die Rückführung der exilierten und deportierten Nordjemeniten, Omanis, Bahreinis und Saudiaraber führen. Die Konferenz hebt besonders den bewaffneten Kampf hervor, den die Volksfront für die Befreiung von Oman führt, um dem reaktionären Marionettenregime ein Ende zu bereiten; (...)
- bestätigt, daß die Ressourcen der Golfregion und der Arabischen Halbinsel ein Lebensinteresse für die Völker der Region und ihr Wohlergehen darstellen, und daß das Öl im Sinne einer wirksamen Waffe benutzt werden muß, um den Triumph der arabischen Nation und ihrer zentralen Sache, Palästina, sowie den Triumph der Sache der unterdrückten Völker der Welt zu weihen; (...)
- und fordert die Gesamtheit der Völker der Region sowie die Kräfte der Befreiung, des Fortschritts, des Sozialismus und des Friedens zur Solidarität und zum Zusammenhalt auf, um der Politik der imperialistischen Aggression unter der Führung der USA, ihrer Verbündeten und Agenten entgegenzutreten und sie unwirksam zu machen.

(Quelle: Internationale Konferenz zum Golf, Nikosia, Oktober 1980, Dokument 1/18)

Tudeh-Partei des Iran und Irakische KP Gemeinsame Erklärung zum Krieg Irak-Iran

Die Irakische Kommunistische Partei und die Tudeh-Partei des Iran verurteilen aufs schärfste die militärische Invasion der Bande Saddam Husseins in die Islamische Republik Iran!

Die militärische Invasion durch das irakische Baath-Regime, die im Zusammenhang mit den Verschwörungsplänen gegen die antiimperialistische Revolution und gegen die Islamische Republik Iran selbst steht, ist die logische Fortführung jener aggressiven Politik, die die Bande Saddam Husseins während des Anschwellens der revolutionären Massenbewegung im Iran gegen das Marionettenregime des Mohammad Reza Pahlawi anschlug und nach dem Sieg der Revolution vom 19. Februar 1979 weiterhin verstärkte.

Die Bande Saddam Husseins, die bis zum letzten Augenblick ihre Unterstützung des verbrecherischen Schah-Regimes nicht verhehlte, hat in der nachrevolutionären Periode keine Gelegenheit zur Sabotage und zur Schwächung der iranischen Revolution versäumt. Die Verschwörung, die unter anderem darin bestand, Sabotagegruppen in das iranische Kurdistan und nach Khuzistan zu schicken, den flüchtigen Konterrevolutionären aus dem Iran Asyl zu gewähren, Leuten wie Oveissi, Aschraf, Bakhtiar und Palisban umfangreiche organisatorische, militärische und propagandistische Mittel zur Verfügung zu stellen und kriegerische Akte anzuzetteln, ist nun mit dem Beginn des erzwungenen offenen Krieges gegen die Islamische Republik Iran in ein neues Stadium getreten, dessen wichtigster Aspekt darin besteht, daß Saddams Politik mit der des US-Imperialismus übereinstimmt.

Die offene Aggression Saddam Husseins und seiner Bande gegen die Islamische Republik Iran steht im Zusammenhang mit der im Innern betriebenen diktatorischen Politik, mit seiner Spaltungspolitik in der Front jener arabischer Staaten, die gegen den Imperialismus kämpfen. Sie stellt nur eine andere Ausprägung der aggressiven Politik gegenüber den Forderungen des irakischen Volkes und der gesamten arabischen Bevölkerung, der Unterdrückung demokratischer und fortschrittlicher Kräfte der irakischen Bevölkerung und ihrer Rechte und Freiheiten dar.

Diese Politik ist die Fortführung des Krieges, der gegen die kurdische Bevölkerung zum Zwecke der Unterdrückung ihrer nationalen Rechte geführt wird, sie ist die Fortführung der Politik der religiösen und nationalen Diskriminierung. Das Ziel der schmutzigen Absichten dieser Bande ist es, die Völker des Iran und der übrigen Golfregion militärisch, politisch und ökonomisch vom Imperialismus abhängig zu machen. Die Invasion dient in Wahrheit den Beteiligten an der Verschwörung von Camp David (Separatvertrag USA-Israel-Ägypten vom September 1978; d. Red.), die die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit von dem grundlegenden Problem, dem sich die arabische nationale Befreiungsbewegung gegenübersteht, ablenken wollen. Dieses Problem besteht in der Befreiung arabischer Gebiete, die von den zionistischen Invasoren besetzt sind, in der Wiedererlangung der Rechte der Palästinenser,

der Garantie ihrer Rückkehr in ihre Heimat und der Gewährung ihrer Rechte zur Gründung eines unabhängigen Nationalstaats. Die Bande Saddams hat mit der Invasion in den Iran dem US-Imperialismus einen großen Dienst erwiesen und versucht sich unter dem Vorwand, den ungehinderten Ölfluß zu garantieren, in der Region des Persischen Golfes militärisch einzumischen und aus einer Reihe imperialistischer und reaktionärer Regimes und Kräfte, die den Frieden und die Sicherheit in dieser Region und in der gesamten Welt bedrohen, einen neuen Block zu formieren.

In der Außenpolitik weicht das Regime Saddam Husseins von der Politik der Freundschaft und Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern und den wahren nationalen Befreiungsbewegungen ab und beginnt mit Marionettenregimes in der Region, wie Saudi Arabien, Jordanien, Marokko, Pakistan, Oman und Somalia zusammenzuarbeiten. Seine Beteiligung an den verschiedenartigsten Sabotageunternehmen gegen die Widerstandsbewegung des palästinensischen Volkes, gegen die Standhaftigkeitsfront, gegen Syrien, die Demokratische Republik Jemen, Afghanistan, Algerien, gegen die POLISARIO (Westsaharaische Befreiungsfront; d. Red.) und gegen Äthiopien ist ein häßliches Beispiel dieser Außenpolitik.

Beide Parteien halten es für wichtig, daß die Streitpunkte friedlich und zum Vorteil der Bevölkerung beider Länder in ihrem vereinten Kampf gegen Imperialismus, Zionismus und Reaktion, auf dem Wege des Fortschritts gelöst werden.

Das Zentralkomitee (ZK) der Irakischen Kommunistischen Partei verurteilt aufs schärfste die Invasion und die Verschwörung von seiten des Saddam-Regimes und seiner Helfer gegen die iranische Revolution und die Islamische Republik Iran. Es erklärt seine Solidarität mit dem Kampf des iranischen Volkes gegen den Imperialismus, mit dem US-Imperialismus an der Spitze, und vor allem gegen die Invasion der Söldner Saddam Husseins und fordert die sofortige Beendigung des Krieges gegen die Islamische Republik Iran und der Verschwörung gegen die iranische Revolution. Es fordert weiterhin den Rückzug der irakischen Invasionstruppen hinter die gesetzliche Grenze beider Länder und die Verpflichtung des irakischen Staates, jede Sabotageaktion und Verschwörung gegen die iranische Revolution und ebenso die Unterstützung der iranischen Konterrevolution zu unterlassen!

Das ZK der Tudeh-Partei des Iran erklärt ein weiteres Mal seine Solidarität mit dem antiimperialistischen und antidiktatorischen Widerstand der irakischen Bevölkerung und der Kommunisten. Es wünscht dem irakischen Volk für seinen heldenhaften Kampf für den Sturz der Diktatur und für die Errichtung einer demokratischen Herrschaft Sieg und Erfolg!

Das ZK der Irakischen Kommunistischen Partei und das ZK der Tudeh-Partei des Irans.

(Quelle: Name Mardom, Teheran, Nr. 362/21.10.1980)

aufnahme unter Verzicht auf von der Gegenseite offenbar unannehmbare Vorbedingungen.

Es liegt auf der Hand, daß für die Regierung in Teheran eine Verhandlungsaufnahme schlechterdings unannehmbar sein muß, solange S. Hussein sie an die vorherige offizielle Anerkennung seiner Gebietsansprüche knüpft. Eine gerechte und dauerhafte Lösung aber erscheint ohne eine Rückkehr (oder Bereitschaft zur Rückkehr) der irakischen Invasoren auf die Ausgangspositionen des 22. September 1980, d.h. zu den von Bagdad zuvor einseitig gekündigten, 1975 vereinbarten irakisch-iranischen Grenzverlauf (siehe UN-Redeauszug des iranischen Premiers Rajai), nicht denkbar. In dieser Frage stimmen im übrigen die Vorschläge Algeriens, der PLO oder der Linkskräfte im Irak und Iran (siehe gemeinsame Erklärung der Tudeh-Partei und Irakischen KP) überein.

Dem iranischen Premierminister Rajai ist zuzustimmen, wenn er die heutige Argumentation S. Husseins, die bilateralen Verträge von 1975 stellten eine Art territorialen Raub seitens des Iran dar, als haltlos zurückweist. Denn Präsident Saddam Hussein hatte, noch als Vizepräsident des Irak, dieses in Algier selbst vereinbarte Vertragswerk damals als den

nationalen Interessen des Irak voll entsprechendes Abkommen verteidigt. Weder die plötzlich von Bagdad nach dem Sturz des Schah-Regimes angemeldeten Gebietsansprüche, noch der Griff zum Mittel des Eroberungskrieges anstelle von Verhandlungen sind irgendwie zu rechtfertigen. Insofern trifft das irakische Hussein-Regime die volle Last der Verantwortung für den Kriegsausbruch und seine Folgen.

Andererseits ist die Position der iranischen Führung insofern fraglich, wenn sie sich — wie M.A. Rajai vor der UNO — kategorisch darauf festlegt, nur eine „Zerschlagung und Bestrafung des Aggressors“ sei gangbar, d.h. doch, frühestens dann verhandlungsbereit zu sein, wenn der letzte irakische Soldat bereits von iranischem Territorium vertrieben ist.⁸ Gibt es nicht zahlreiche historische Beispiele dafür, daß Regierungen zur Sicherung der Überlebensfähigkeit revolutionärer Prozesse in bedrohlichen Situationen längst vor dem Erreichen ihres Befreiungszieles Verhandlungen oder Kompromißlösungen (Sowjetregierung 1918, Vietnam 1954 usw.) mit Aggressionsmächten eingegangen sind? Erleichtert diese Haltung Teherans es nicht S. Hussein auf unnötige



Erklärung der Volksfedajin(Mehrheit) zum Krieg Irak-Iran

Die Guerillaorganisation der Volksfedajin Irans machte erstmals am 8. Februar 1971 mit ihrem militärischen Angriff auf eine Gendarmeriestation in Siakhhal, nördlich von Teheran, von sich reden. Die bekannte Gründerorganisation der Volksfedajin unter Bijan Jazani, Ali Akbar Safayi Farahani, Mohammad Ashtiani, Masoud Ahmadzadeh und Hamid Ashraf wurde von der Terrorpolitik des Schah-Regimes völlig aufgegeben. Die Strategie und Widerstandsfähigkeit der Fedajin unter dem Schah-Regime war der Stadtguerillakampf, den sie lateinamerikanischen Konzeptionen entlehnten.

Die Fedajin spielten während des Volksaufstandes im Februar 1979 eine nicht unbedeutende Rolle, vor allem bei dessen militärischer Organisation. Seither ist die Entwicklung der Fedajin von Richtungskämpfen und Abspaltungen gekennzeichnet. Hierbei ging es im wesentlichen um die Einschätzung des Charakters der iranischen Revolution, der antiimperialistischen Kräfte des Landes, im besonderen um die Rolle der revolutionären islamischen Strömung unter Führung von Imam Khomeini.

Anfang 1980 kam es schließlich zur Spaltung in zwei Fraktionen, Fedajin (Minderheit) und Fedajin (Mehrheit). Während die Minderheit-Gruppe die Einheit aller antiimperialistischen Kräfte ablehnt und die antiimperialistisch-religiösen Kräfte als reaktionär, kleinbürgerlich und theokratisch denunziert, unterstützt die Mehrheit-Gruppe der Fedajin die antiimperialistische Linie Khomeinis. Und sie orientiert – was angesichts der irakischen Aggression besonders bedeutsam erscheint – auf das gemeinsame Handeln von Marxisten und antiimperialistisch-islamischen Kräften zur Verteidigung der iranischen Revolution.

Mit der Aggressionsfortsetzung des irakischen Regimes gegen die iranische Revolution versuchen alle reaktionären Kräfte in der Region den gerechten Kampf und die heldenhafte Verteidigung unseres Volkes gegen den US-Imperialismus und gegen das menschenfeindliche „Saddam Hussein“-Regime als einen nationalistischen,

chauvinistischen Krieg zwischen den Völkern des Iran und des Irak zu denunzieren.

Die Völker des Irak stehen als Verbündete im Kampf der Werktätigen und aller fortschrittlichen, revolutionären Kräfte unseres Volkes gegen den US-Imperialismus und das reaktionäre „Saddam Hussein“-Regime an unserer Seite. Unsere Werktätigen verfolgen in ihrem gerechten Kampf gegen das irakische Regime und für die heldenhafte Verteidigung der iranischen Souveränität nicht die Ziele der Vernichtung von irakischen Werktätigen, sondern sie fordern in diesem Kampf die Vereinigung der Werktätigen und der fortschrittlichen Kräfte beider Länder.

Der US-Imperialismus und alle reaktionären Regimes in der Region versuchen den Kampf unseres Volkes gegen den irakischen Aggressionskrieg als einen Krieg zwischen den Persern und Arabern oder zwischen den Schiiten und Sunniten usw. darzustellen. Feindschaft und Rachsucht werden zwischen den Menschen beider Länder durch den US-Imperialismus heraufbeschworen. Alle bewußten Menschen, alle fortschrittlichen Kräfte unseres Landes und alle Werktätigen und fortschrittlichen Kräfte im Irak müssen jedes Komplott des Imperialismus, das nur die Feindschaft zwischen den beiden Ländern verfolgt, enthüllen.

Als Vergeltung für das Bombardieren der iranischen Städte das gleiche im Irak zu tun, ist entgegen allen Bemühungen der Werktätigen beider im Kampf gegen den US-Imperialismus und gegen das menschenfeindliche, verbrecherische „Saddam Hussein“-Regime. Wenn in diesem Krieg die Städte und die Zivilbevölkerung des Irak durch iranische Streitkräfte unter Beschuß genommen würden, wird diese Tat ohne Zweifel dem Imperialismus und dem menschenfeindlichen „Saddam Hussein“-Regime die beste Gelegenheit für die Propagandamaschinerie liefern. So können der Imperialismus und das „Saddam Hussein“-Regime sich besser gegen die iranische Revolution, gegen die Annäherung und Vereinigung der Werktätigen beider Länder ausrüsten. Solch eine Maßnahme wird zugunsten des Imperialismus und zum Nachteil der Revolution im Iran und Irak und der Vereinigung der Werktätigen in der Region sein. Wir teilen nun mit Entschlossenheit mit, daß jede Anstrengung für das Bombardieren der irakischen Wohngebiete und die Wiederholung der Taten, die das irakische Regime begeht, gegen die Revolution und gegen die Ziele der Werktätigen im Iran ist. Der Charakter des gerechten Kampfes unseres Volkes fordert, daß wir in unserem Kampf stets bestrebt sind, uns den Werktätigen im Irak anzunähern.

Ohne Zweifel fordert das revolutionäre, kampfbereite Militärpersonal auch wie die bewußten Menschen und die fortschrittlichen Kräfte im Iran die Vereinigung zwischen den Menschen des Iran und des Irak. Wir sind gegen jegliche Anstrengung, die versucht, diese Vereinigung nicht zustande kommen zu lassen.

(Quelle: Car, Teheran, Nr. 78/24.9.1980)

Weise, sich international als die verhandlungswillige und friedensbereite Seite (unter Beibehaltung seiner territorialen Vorbedingungen allerdings) feilzubieten und damit einer weltweiten Isolierung zu entgehen? Und könnte eine solche prinzipielle Verhandlungsbereitschaft Teherans nicht dazu beitragen, daß die vom imperialistischen Aufmarsch und Interventionismus ausgehende Eskalationsgefahr noch effektiver zurückgedrängt werden könnte?

Kriegsziel Nr. 1: „Khomeini loswerden“

Es muß freilich ungeachtet dessen in Rechnung gestellt werden, daß die Ausgangslage beider Konfliktparteien grundverschieden ist. Während der Iran sich seit dem 22. September 1980 in einem gerechten nationalen Verteidigungskrieg mit dem bis dato vorherrschenden Kriegsziel der Befreiung des okkupierten iranischen Territoriums befindet, steht das auf Positionen der bürokratisch-parasitären Bourgeoisie übergegangene Hussein-Regime (siehe zum Rechtsdrift im Irak AIB 7-8/1980, S. 25-28) in einem ungerechten Aggres-

sionskrieg mit Gebiets- und regionalen Führungsansprüchen, also mit expansionistisch-hegemonistischen Kriegszielen. Diesen faktischen Eroberungskrieg brach Bagdad zudem gerade dann vom Zaum, als sich die iranische Revolution – ohnehin höchst widersprüchlich, mit einer labilen Machtverteilung zwischen kleinbürgerlichen Führungskräften um die Republikanische Islamische Partei und der Gruppierung um Präsident Bani-Sadr, die liberalbourgeoise Interessen artikuliert (siehe Analyse E. Rouleuas in diesem Heft) – einer existentiell bedrohlichen Boykott- und Interventionspolitik seitens der imperialistischen Führungsmacht USA gegenüber sah.

Trotz der Tatsache, daß Bagdad weiter antiamerikanische Verbalradikalen austreut und die Carter-Administration seit Oktober 1980 Umarmungsgesten gen Teheran richtete (mehr Konzessionsbereitschaft in der Geiselaffäre und Bezeichnung des Irak als „Invasor“⁹), ist doch die vorrangige Interessengemeinsamkeit zwischen dem Irak und den USA eindeutig. Sie besteht in dem beiderseits übergeordneten Ziel „Khomeini loszuwerden“ (J. Carter), d.h. den iranischen Revolutionsprozeß abzuwürgen und ein unterwürfiges Regime zu reinstallieren.

Eine Reihe von Indizien verweisen darauf, daß das Hussein-Regime bei seinem Überfall auf den Iran von den USA nicht nur indirekt ermuntert wurde, sondern daß es in bestimmten Fragen – ungeachtet des Nichtbestehens diplomatischer Beziehungen – offenbar ein abgestimmtes Vorgehen gegeben hat.

So stattete Z. Brzezinski, Präsident Carters Sicherheitsberater und Einsatzleiter des „unerklärten Krieges“ gegen Afghanistan¹⁰, im Frühjahr 1980 dem Hussein-Regime im Irak einen diskreten Besuch ab. So widerfährt den Zehntausenden schahtrauen Exiliranern von beiden Seiten intensive materiell-militärische Unterstützung, während sie sich im Irak, anderen Golfstaaten und Ägypten auf die Stunde X ihrer „Rückkehr“ vorbereiten. An ihrer Spitze finden sich mit Expremier Schpour Bakhtiar und dem kaiserlichen General Gholam A. Oveissi überdies honorige Figuren, die ihren Reiseverkehr zwischen Bagdad-Washington-Paris ausgerechnet in der Zeit unmittelbar vor dem 22. September 1980 intensivierten. Zufall?

Zwischen den Regierungen im Irak und den USA kursieren ferner Pläne für die Bildung einer Gegenregierung für Khuzistan und eventuell auch Iranisch-Kurdistan, die zunächst einmal einen „Freien Iran“ ausrufen könnte, um von daher auf die schließliche Errichtung eines neokolonialistischen Regimes im gesamten Iran hinzuwirken.¹¹ Andere Umsturzspekulanten setzen zudem auf die Möglichkeit der Einbeziehung der liberalbourgeois Führungsguppe um Präsident A. Bani-Sadr und der iranischen Armeespitze, die beide u.U. aus dem Krieg gestärkt hervorgehen könnten.

Welche dieser Varianten auch immer stechen mag, sie bauen alle darauf, daß der irakische Angriffskrieg einem neokolonialistischen Regime in Teheran zur Macht verhelfen möge. Die irakische Hussein-Diktatur spielt damit – unter Verfolgung eigener chauvinistischer Ziele und als Zeichen ihrer weiteren Annäherung an die Westmächte, speziell an Frankreich und die USA – den Erfüllungsgehilfen des Imperialismus am Golf.

Ob Saddam Hussein letztlich neben den USA, Israel und den Golfdynastien zu den eigentlichen Nutznießern dieses Kriegsabenteuers gerechnet werden wird, erscheint indessen fraglich. Der „strahlende Sieger“ der Septembertage S. Hussein stößt im eigenen Volk offenbar auf zunehmende Abneigung und sieht sich nun erstmals einer breiten antidiktatorischen Oppositionsfront gegenüber, die sich am 12. November 1980 formierte. Die Patriotische Nationale Demokratische Front des Irak (PNDF) reicht von der Irakischen KP über Teile der Baath-Partei und die Kurdische Patriotische Union bis hin zu den Unabhängigen Demokraten. Und die Front hat sich an Kernzielen u.a. den Sturz des Diktaturregimes sowie die Wiederherstellung demokratischer Freiheiten im Irak und solidarischer Beziehungen zum Iran gestellt.¹²

Anmerkungen:

- 1) Monday Morning, Beirut, 20.10.1980
- 2) So z.B. Al Thaura, Bagdad, 17.10.1980 und Bagdad Observer, Bagdad, 22.10.1980
- 3) L'Economist du tiers monde, Paris, Nr. 52/November 1980 und International Herald Tribune (IHT), Zürich, 5.11.1980
- 4) Siehe AIB 10/1980, S. 4ff.
- 5) Zit. nach: Time, New York, 8.12.1980 und Baghdad Observer, 22.10.1980
- 6) The Middle East (ME), London, Oktober 1980, S. 12
- 7) Siehe ausführlich: AIB 7-8/1980, S. 4ff.
- 8) Vgl. Iran Echo, Bonn Nr. 19/1980, S. 13
- 9) Zit. nach: IHT, 21.10. und 21.11.1980
- 10) Siehe AIB 7-8/1980, S. 6ff.
- 11) Vgl. Counter Spy, Washington, Jg. 5, Nr. 1/November 1980 – Januar 1981, S. 22 ff. und Name Mardom, Teheran, Nr. 363/5.11.1980
- 12) Al Thaura, Damaskus, 13.11.1980. Eine Dokumentierung des PND-Gründungsmanifestes folgt in AIB 2 oder 3/1981

Vorankündigung



AIB-Sonderheft 1/1981 zur Berliner Konferenz

Arbeiter- und Befreiungs- bewegung im antiimperialistischen Kampf

Materialien einer Internationalen Wissenschaftlichen Konferenz vom 20. bis 24. Oktober 1980 in Berlin

Exklusiv für die Bundesrepublik Deutschland veröffentlicht das AIB in seinem Anfang Februar erscheinenden Sonderheft 1/1981 die wichtigsten Reden, Diskussionsbeiträge und Ergebnisse der Internationalen Wissenschaftlichen Konferenz, die vom 20. bis 24. Oktober 1980 unter dem Motto „Der gemeinsame Kampf der Arbeiterbewegung und der nationalen Befreiungsbewegung gegen Imperialismus, für sozialen Fortschritt“ in Berlin tagte.

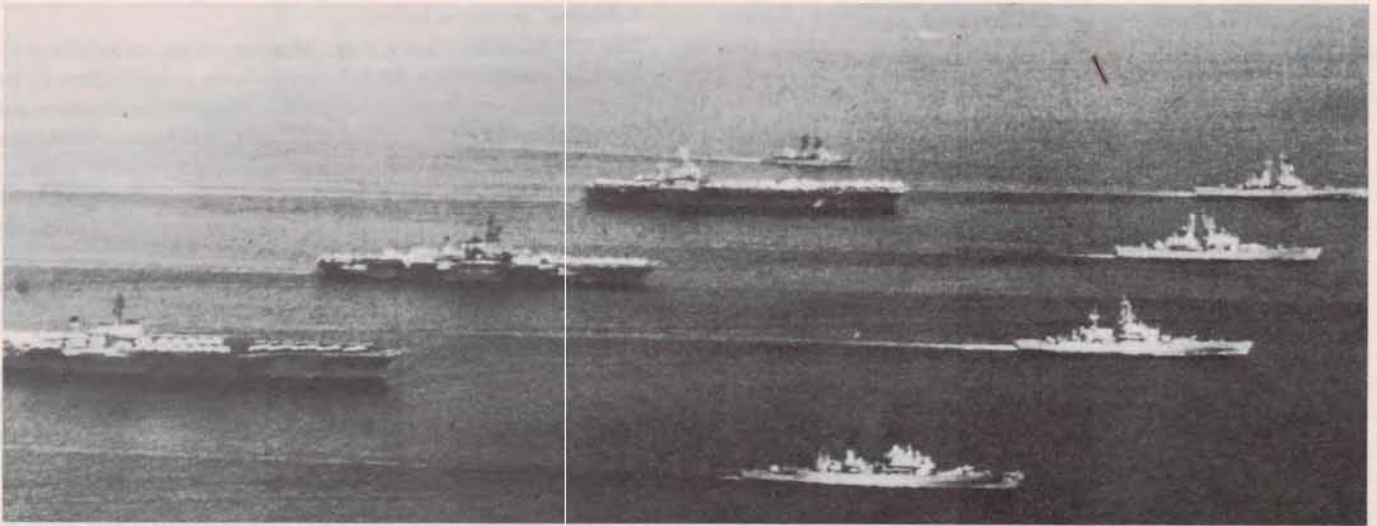
In Auswertung dieser bislang breitesten Konferenz ihrer Art bietet das Sonderheft

- einen nahezu vollständigen Überblick über den fortgeschrittensten Teil der nationalen Befreiungsbewegung, die Standpunkte von Befreiungsorganisationen, revolutionärdemokratischen, sozialistischen und kommunistischen Parteien Afrikas, Asiens und Lateinamerikas;
- die Positionen bedeutender Politiker der revolutionären Arbeiterbewegung kapitalistischer und sozialistischer Länder zu den Grundfragen des antiimperialistischen Kampfes heute;
- Analysen international anerkannter Experten zur Rolle der internationalen Konzerne, zur aktuellen weltpolitischen Krisenentwicklung und zum Charakter der Beziehungen des kapitalistischen und sozialistischen Lagers zur Dritten Welt.

Einzelpreis (ca. 70 Seiten) 4,50 DM, zuzüglich Porto; bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33% Ermäßigung.

Bitte beigeheftete Bestellkarte benutzen!

Sonderheft 1/1981 ist nicht im normalen Abonnement enthalten!



Arabischer Volkskongreß

NATO-Aufmarsch am Golf

Im Zuge seines Wahlkampfes sagte Präsident Carter in einem Interview am 15. Oktober 1980, daß die Vereinigten Staaten fest entschlossen seien, die Straße von Hormuz „mit allen notwendigen Mitteln“ frei zu halten. Er fügte hinzu: „Wir haben eine große Seestreitmacht mit geeigneten Kampfflugzeugen dort, um dieses Ziel zu erreichen.“ Präsident Carter bestätigte, daß die amerikanischen Streitkräfte in Zukunft ausreichen würden, um ihre Verpflichtungen im Golf zu erfüllen.

Am folgenden Tag, dem 16. Oktober 1980, schrieb die Washington Post, daß die Vereinigten Staaten und ihre Hauptalliierten in der Golfregion und der Straße von Hormuz heimlich eine Seestreitmacht zusammengezogen hätten, die mehr als 60 Schiffseinheiten umfasse. (...) Sie schrieb weiter, daß Frankreich, Großbritannien und Australien kürzlich etwa 32 Schiffe entsandt hätten, um die amerikanische Flotte im Indischen Ozean zu verstärken, eingeschlossen 3 Flugzeugträger und 6 U-Boot-Jäger. (...)

Westliche Streitmacht am Golf – die größte...

Am gleichen Tag ließ ein gut informierter Beamter des Verteidigungsministeriums verlauten: „Wir haben dort eine ausgezeichnete Streitmacht, und im Falle eines iranischen Angriffs auf westliche Schiffe in der Straße von Hormuz stehen die amerikanischen Flugzeugträger 'Eisenhower' und 'Midway' bereit, etwa 170 Kampfflugzeuge aufsteigen zu lassen, darunter mehrere Mehrzweckkampfflugzeuge (Typ F-14 Tomcat) und taktische Kampfflugzeuge (Typ A-7 Corsair 2).“¹

Der amerikanische Verteidigungsminister (Harold Brown; d. Red.) machte begleitende Ausführungen über die Dichte der amerikanischen Militärpräsenz in der Region und beschrieb diese Seestreitmacht mit den Worten: „Es ist die machtvollste Schiffszusammenballung, eingeschlossen die See-Luftstreitmacht, die es in dieser Region jemals gab. Wir verfügen über ein Potential, das größer ist als das aller Länder dieser Region zusammengenommen.“

Als Folge des irakisch-iranischen Krieges gehörte zu den in

das Arabische Meer entsandten amerikanischen Marine-Verstärkungen der Kreuzer „Leahy“², der die Straße von Hormuz passierte und mit Lenkraketen (Boden-Boden und Boden-Luft) ausgerüstet ist. Er verfügt darüber hinaus über eine sehr weit entwickelte elektronische Ausrüstung, die einen ununterbrochenen Kontakt zu den 4 Frühwarnflugzeugen vom Typ Boeing A-3A Sentry erlaubt.

Bis Mitte Oktober 1980 umfaßten die von Großbritannien zum Golf von Oman entsandten Marineverstärkungen den Zerstörer „Coventry“ und die Fregatte „Alacrity“.³ Zuvor lieferten die USA an Saudi Arabien auf dessen Wunsch 4 fliegende Warn- und Kontroll-Stationen (AWACS),⁴ über die schon eher, und zwar am 30. September 1980, gesprochen worden war. Zu ihrer Bedienung wurden sie von mehreren Hundert Militärtechnikern begleitet (offiziell 300; d. Red.), um für die sich im Arabischen Meer und im Indischen Ozean aufhaltenden US-Seestreitkräfte die Möglichkeit zu schaffen, Frühwarnungen über entfernte feindliche Flugzeuge zu erhalten und Operationen aus der Luft schnell und effektiv zu kontrollieren, einschließlich der Überwachung von Bewegungen zu Wasser, zu Lande und in der Luft im Süden des Iran und des Irak und sowjetischer Luft- und Seebewegungen in dieser Region.

Letztlich wird das den Einsatz der zu der vorgenannten Seestreitmacht gehörenden als auch der auf ägyptischem Boden stationierten Schnellen Eingreiftruppe“ erleichtern.

Außerdem entsandten sie eine mobile Bodenradarstation nach Saudi Arabien, um den Luftraum Hunderte von Kilometern im Umkreis kontrollieren zu können. Dazu schickten sie etwa 100 Techniker und Flugpersonal zu ihrer Bedienung. Weitere 96 kamen vom Luftwaffenstützpunkt Aglin in Florida, um wie es die amerikanischen Experten ausdrückten die saudische Luftabwehr zu verstärken, und um tatsächlich in erster Linie die Möglichkeiten der amerikanischen Luftwaffe zu erweitern.

Von diesem Flugzeugtyp wurden zwei zuvor schon einmal in Saudi Arabien, während des Zeitraums vom 9. März 1979 bis zum 21. März 1979, eingesetzt. Damals hieß es, sie befänden sich zu einem Übungseinsatz in Saudi Arabien.

Aus Pentagon-Quellen verlautete jedoch zum gleichen Zeitpunkt, daß Flugzeuge in saudischem Luftraum fliegen würden, um militärische Operationen an der Grenze zwischen Nord- und Südjemen zu beobachten.

Danach kamen sie nach Ägypten. Zwei Flugzeuge dieses Typs wurden zum Luftwaffenstützpunkt Quena entsandt, von Januar bis Anfang März 1980. Sie absolvierten mehrere Flüge in die Golfregion und zum Indischen Ozean. Sie führten dort mit den amerikanischen Marine- und Luftwafeneinheiten abgestimmte Übungen durch. Diese Stützpunkte wurden nach der Afghanistankrise seitens der USA zu einem massiven Aufmarsch in dieser Region benutzt und großzügig ausgebaut.

Die Anwesenheit von vier Flugzeugen dieses Typs in Saudi Arabien versetzt die USA in die Lage, rund um die Uhr eine vollständige Luftaufklärung in der Golfregion zu betreiben (ein Flugzeug kann ohne aufzutanken mindestens 5-11 Stunden in der Luft bleiben). Darüber hinaus ermöglichen sie es der amerikanischen Luftwaffe, schnell und effektiv alle Arten von Luftoperationen durchzuführen, seien sie offensiver oder defensiver Natur.

Aus Quellen des amerikanischen Verteidigungsministeriums verlautete am 11. Oktober 1980, daß zwei KC-135-Flugzeuge nach Saudi Arabien entsandt würden, um die erwähnten Flugzeuge (und andere) in der Luft aufzutanken zu können mit dem Ziel, die Fähigkeit der AWACS, in Notlagen zu operieren, zu erweitern.

In der Zwischenzeit gab der ägyptische Verteidigungsminister am 17. Oktober 1980 bekannt, daß sich die USA entschlossen hätten, 1400 Mann und zwölf A-7 Kampfflugzeuge zu einem „gemeinsamen Manöver“ mit den ägyptischen Streitkräften, beginnend am 13. November 1980, nach Ägypten zu schicken. Berichte über eine Übung im ägyptischen Stützpunkt Ras Banas an der Südküste des Roten Meeres wurden vom US-Außenministerium am 10. Oktober 1980 dementiert, nachdem die New York Times schon darüber berichtet hatte. Im Zusammenhang mit gemeinsamen amerikanisch-arabischen Übungen ist bemerkenswert, daß die Ägyptische Zeitung October Magazine in ihrer Ausgabe vom 2. Februar 1980 Berichte über ein gemeinsames ägyptisch-amerikanisches Luftmanöver über Saudi Arabien bestätigte. Sie berichtete, daß AWACS-Flugzeuge mit Wissen und Zustimmung Saudi-Arabiens daran teilnahmen, das den Bericht zu dieser Zeit als gegenstandslos in Form und Inhalt zurückgewiesen hatte.

Ein Artikel von Jack Anderson in der Washington Post vom 1. Oktober 1980 besagte, daß Präsident Carter eine „Geheime Anweisung Nr. 51“ an amerikanische B-52 Bomber erlassen hätte, 19 Atombomben zum Indischen Ozean zu transportieren, um sie für den Fall des Einsatzes von Kern-

waffen als Teil einer Strategie des „begrenzten nuklearen Schlages“ bereit zu halten.

Der US-Präsident hatte zwei Monate vorher mögliche militärische Operationen im Mittleren Osten gutgeheißen. Es ist hinreichend bekannt, daß die USA Flugzeuglandeplätze auf dem Stützpunkt Diego Garcia hergerichtet hatten (3700 km vom Golf entfernt). Er war in den Zustand versetzt worden, B-52 Bomber aufzunehmen, die über dem Indischen Ozean und dem Arabischen Meer patrouillieren, wobei Australien als Ausweichbasis gilt.

In Wirklichkeit ist der massive amerikanische Aufmarsch im Arabischen Meer, dem Golf in Saudi Arabien und Ägypten nicht eine bloße Folgeerscheinung des kürzlich ausgebrochenen Krieges zwischen Irak und Iran, wenn auch die Feindseligkeiten als Vorwand für die Beschleunigung und eindeutige Bekräftigung des Aufmarsches als Vorspiel zu militärischer und politischer Intervention und Vorherrschaft in der Region benutzt wurden.

Der Aufmarsch kann bis zum Jahresbeginn 1978 zurückverfolgt werden, wenn man „Sadats Initiative“ (seine Jerusalem-Reise Ende 1977; d. Red.) nachgeht, die den Weg für den Ausgleich mit Israel ebnete. Am 21. Februar 1980 sagte der amerikanische Verteidigungsminister Harold Brown, daß die USA in der Konzentration ihrer Interessen auf den Nahen und Mittleren Osten den Bereich des Arabisch-Israelischen Konflikts überschritten hätten. In der Planung sei eine Streitmacht von mehr als drei Bataillonen, bereit zum schnellen Eingreifen für den Fall, daß irgendein Problem in der Region entstehen sollte.

Schritte zur Schnellen Eingreiftruppe

Für die USA entspräche der Stellenwert der Sicherheit der ölproduzierenden Regionen des Nahen und Mittleren Ostens und des Golfs dem der Sicherheit der NATO. Die Region als größter Ölexporteur der Welt und die USA wollten die Ölproduktion und -verschiffung zu den Verbraucherländern ohne die Intervention feindlich gesinnter Staaten garantieren.

Er erklärte, daß das Pentagon Pläne für eine bewaffnete Invasion der Golfregion vorbereitet hätten, falls die Öltransporte von dort nach den USA unterbrochen würden. Am darauf folgenden Tag sagte ein amerikanischer Militärsprecher, daß vier Kriegsschiffe der VII. Flotte (Stationierungsort Ostasien; d. Red.) kürzlich Kurs auf den Indischen Ozean und das Arabische Meer genommen hätten, um sich der „Mittelmeerstreitmacht“ anzuschließen, die seit 1949 ununterbrochen dort stationiert ist. Ihr Hauptstützpunkt ist der Hafen Al Jufier in Bahrain. Der Verband umfaßte ein Schleppschiff, einen Zerstörer und zwei Fregatten. Seit Mitte 1977 benutzten sie teilweise Al Jufier.

Mit der steigenden revolutionären Flutwelle im Iran vermehrten die USA ihre Militärstreitmacht in der Region durch die Entsendung einer Schwadron von 12 F-15-Kampfflugzeugen nach Saudi Arabien (Mitte Januar 1979).

Nach dem Sturz des Schah-Regimes am 11. Februar 1979 schickten die USA einen Zerstörer und zwei Fregatten der VI. US-Flotte (Stationierungsort Mittelmeer; d. Red.) zum Indischen Ozean und zum Arabischen Meer. Das war am 1. März 1979. Dem folgte die Verlegung des Flugzeugträgers „Constellation“ und einer Anzahl Begleitschiffe in die gleiche Region am 6. März 1979. Diese See/Luftstreitmacht wurde, wie schon erwähnt, durch die Verlegung von zwei AWACS-Flugzeugen nach Saudi Arabien am 9. März 1979 verstärkt.

Nach der Krise um die amerikanischen Geiseln, die seit dem 4. November 1979 in der US-Botschaft in Teheran festgehalten wurden, intensivierten die USA ihren militärischen



US-Überwachungsflugzeug AWACS in Saudi-Arabien

Aufmarsch in der Region quantitativ und qualitativ. Sie schickten die beiden Flugzeugträger „Midway“ und „Kitty Hawk“, eskortiert von einer Anzahl Begleitschiffen, zum Golf (die „Constellation“ wurde vorher zurückgezogen). Die Anzahl der amerikanischen Kriegsschiffe im Golf stieg im Dezember des gleichen Jahres an und erreichte zum Ende dieses Monats 21 Schiffe verschiedener Typen. Die amerikanischen Militärbewegungen (mit Ausnahme der nach Saudi Arabien entsandten Kampf- und AWACS-Flugzeuge) sind in der Sprache der Strategie als „Kanonenboot-Diplomatie“ bekannt, bestimmt zur Einschüchterung von Völkern und Staaten, die sich der imperialistischen Vorherrschaft in der Region widersetzen. (...)

Intervention am Golf und in den Ländern des Mittleren Ostens angewachsen.

Darüber hinaus proklamierte Präsident Carter am 23.1.1980 seine neue politische Strategie, die als „Carter-Doktrin“ (siehe ausführlich AIB 3/1980, S. 4ff.; d. Red.) bekannt geworden ist. In ihr behauptet er, es sei notwendig die amerikanische Präsenz im Indischen Ozean zu verstärken sowie US-Stützpunkte und Einrichtungen in Nordostafrika und der Golfregion zu erreichen, und sich darum zu bemühen, ein gemeinsames Rezept für die Verteidigung von Ländern des Mittleren Ostens zu finden, wobei die bestehenden politischen und ideologischen Differenzen berücksichtigt werden sollten. (...)



April 1980: Ayatollah Chahchali bei der Inspektion der Überreste des gescheiterten US-Kommandos „Blaulicht“

So begannen die USA, Landstreitkräfte aufzubauen, die auf dem Luftwege transportiert wurden, um Landziele in Ländern der Region anzugreifen und besetzen zu können – Streitkräfte, die sie „Schnelle Eingreiftruppe“ nannten. Der erste Schritt, der dazu notwendig war, war die Sicherstellung von Land-, Luft- und Seestützpunkten, die zu einer schnellen und effektiven Intervention durch diese Streitkräfte nötig waren.

Deshalb schickte die US-Regierung am 16.12.1979 (mehr als zehn Tage vor dem Ausbruch der sog. Afghanistan-Krise), eine politische Gesandtschaft in verschiedene Länder der Region, um die Möglichkeit des Erhalts der vorgenannten Stützpunkte und Einrichtungen zu prüfen. Sie erhielt ermutigende Antworten von Somalia, Kenia, Oman und Ägypten, das – wie Sadat am 29.12.1979 feststellte – seine Bereitschaft erklärte, den amerikanischen Streitkräften Möglichkeiten zur Luft, zu Wasser und zu Lande anzubieten, falls die USA einen solchen Wunsch äußern sollten, um im Iran zur Rettung der Geiseln zu intervenieren.

In der Tat waren bereits Arbeiten im Gange, mehrere ägyptische Stützpunkte für Luft-, See- und Landstreitkräfte der USA vorzubereiten, die besonders den Luftwaffenstützpunkt Quena und die Marinebasis „Ras Banas“ zusätzlich zum Luftwaffenstützpunkt „West Kairo“ in Anspruch nehmen sollten. Unter dem Schlagwort des „Aufhaltens der schleichenden sowjetischen Bedrohung in Afghanistan“ verstärkte sich der Aufmarsch von Marine- und Luftstreitkräften aus den USA, Frankreich und Großbritannien am Arabischen Meer. So ist die Gefahr einer schnellen militärischen

Frankreich war eines der ersten Länder außerhalb der Region, mit dem die USA die Festigung der imperialistischen Militärmacht im Indischen Ozean und im Arabischen Meer koordinierten. Es entsandte am 28.1.1980 drei Schiffseinheiten zur Verstärkung seiner dort bereits präsenten Marinestreitmacht, wobei der Seehafen von Djibouti als einer ihrer Hauptstützpunkte Verwendung fand. Bald darauf folgte diesen Einheiten ein mit Lenkraketen ausgerüsteter Kreuzer und dann der Flugzeugträger „Clemenceau“. ⁵ Auch Australien erklärte am 27.2.1980, daß es seinen einzigen Flugzeugträger „Melbourne“, ⁶ eskortiert von einigen Begleitschiffen, entsandt hätte, um die amerikanische Marine beim Schutz der Ölrouen im Indischen Ozean zu unterstützen.

Die USA fuhrten damit fort, ihre militärische Präsenz im Arabischen Meer und im Indischen Ozean sowie in den neuen Militärstützpunkten von Diego Garcia, Masira, Berbera, Quena, Ras Banas, West Kairo und Mombasa zu verstärken, eingedenk der Anwesenheit von zwei Flugzeugträgergruppen, welche die minimale See- und Luftpräsenz darstellt. Sie kann auf vier Flugzeugträgergruppen ausgeweitet werden, unter Berücksichtigung des periodischen Auswechsels der beiden vorher erwähnten Verbände.

Diese Maßnahme wurde in der Folgezeit nach der gescheiterten Operation zur Befreiung der amerikanischen Geiseln, die in der Nacht vom 24. zum 25. April 1980 stattfand, durchgeführt. Wenn die beiden Flugzeugträger „Constellation“ und „Eisenhower“ von jeweils sechs Kriegsschiffen zum Arabischen Meer begleitet wurden, um angeblich die beiden Flugzeugträger „Coral Sea“ und „Nimitz“ und deren

Begleitschiffe (die sich seit Anfang 1980 in der Region aufhielten) zu ersetzen, wie das Pentagon am 27.4.1980 erklärte – aber in Wirklichkeit blieben die vier Flugzeugträger für einen Zeitraum von nicht weniger als zwei Wochen dort –, dann bedeutet das die gleichzeitige Präsenz von 340-350 Kampfflugzeugen in der Nähe des Golfes.

Diese Intensivierung der amerikanischen Marinestreitkräfte basierte auf einer Reduzierung des Umfangs der amerikanischen Flotten, die im Pazifik und anderen Meeren operieren. All das wurde begleitet von der Heranführung einer Marineinfanteriedivision. Die Marinestreitmacht, die am 18.3.1980 im Indischen Ozean anlangte, umfaßte 1.800 Soldaten, transportiert und begleitet von sechs Schiffen, die zusammen die Amphibische Division 31 bildeten. Die Anwesenheit einer amphibischen Streitmacht ist eines der konstanten Elemente, die die amerikanische See- und Luftpräsenz in der Region ausmachen.

Die Ausweitung des Stützpunktes Diego Garcia, die 1976 begann, wurde zur gleichen Zeit beschleunigt, so daß seine Hauptstartbahn eine Länge von 12.000 Fuß (3.657 m) erreichen wird (wodurch sie den entsprechenden Umfang für die Benutzung durch schwere Langstreckenfrachtflugzeuge sowie B-52 Bomber erhalten wird). Die Pier des Hafens wurde auf 550 Fuß (167 m) verlängert und das Hafenbecken auf 45 Fuß (13,70 m) vertieft, um Flugzeugträger aufnehmen zu können. Die Kapazität der Tanks für Flugzeug- und Schiffsbrennstoff auf dem Stützpunkt erhöhte sich auf 640.000 Barrels (1.017.600 Hektoliter). Der Kongreß stellte im Haushalt 1981 weitere 175 Mio Dollar zur Ausführung weiterer Entwicklungsvorhaben für den genannten Stützpunkt zur Verfügung. Diese Summe stellt einen Teil des 1-Mrd-Dollar-Budgets dar, das für diesen Zweck in den nächsten Jahren vorgesehen ist.

All das wurde innerhalb des Rahmens zum Aufbau eines Sprungbrettes durchgeführt, das für den Einsatz der Schnellen Eingreiftruppe benötigt wird. Sie stützt sich auf eine Kette von Stützpunkten, Einrichtungen und Übungen die fertiggestellt bzw. durchgeführt wurden und in Ägypten, Somalia, Oman usw. noch in Vorbereitung sind. Es ist be-

achtenswert, daß die Strategie der schnellen Intervention eine Summe von Faktoren beinhaltet, bestehend aus einer bestausgerüsteten, sich ständig in Spannungsherden aufhaltenden Marinestreitmacht (die Flugzeugträger, Begleitschiffe und Marineinfanterie umfaßt) und einem großen Reservezentrum in den Vereinigten Staaten selbst, und das zu schnellen strategischen Bewegungen in Richtung auf die vorher genannten Regionen fähig ist (einschließlich Luftlande- und Seelandtruppen).

Der Erfolg des Einsatzes sowohl von vorgeschobenen als auch zentralen Reservekräften hängt ab von der Bereitstellung des nötigen Minimums an Versorgung und dem erfolgreichen Transport der Truppen von ihren weitab gelegenen Stützpunkten zu den „heißen Gebieten“ – auf dem Luft- und Seeweg – und von Waffen und schwerem Gerät, die vorher in der Nähe dieser Gebiete gelagert werden oder schnell auf dem Luft- und Seeweg zum Zielpunkt gebracht werden. (...)

Gefahren: Interventionen, Kriege als Dauerzustand

Dies alles verdeutlicht und unterstreicht den Umfang der Gefahren, denen sich das Golfgebiet und die arabische Region im allgemeinen gegenübersehen und die auf die wachsende Präsenz des Imperialismus und seiner lokalen Verbündeten auf militärischem Gebiet zurückzuführen sind. Diese Gefahren ließen die Drohung einer andauernden und zunehmenden imperialistischen Vorherrschaft über dieses Gebiet mit seiner außerordentlich hohen strategischen und wirtschaftlichen Bedeutung anwachsen.

Mehr noch, sie ließen auch die Gefahr der Anzettelung von lokalen und weltweiten Kriegen anschwellen, wofür der irakisch-iranische Krieg das jüngste Beispiel ist. Sie könnten die Region, gemäß dem letzteren Gedanken, zu einem Schauplatz von strategischen oder taktischen Atomwaffeneinsätzen machen. (...)

(Quelle: Internationale Konferenz zum Golf, Nikosia, Oktober 1980, Dokument Nr. 10/7)

Anmerkungen:

- 1) Bekanntlich wiegt die „Eisenhower“, ein mit Atomkraft betriebener Flugzeugträger bei voller Beladung 91.487 Tonnen. Ihre seemännische Besatzung besteht aus 3.300 Mann, ihr Flugpersonal aus 3.000 Mann (insgesamt 6.600 Mann). Sie ist neben Hubschraubern mit 90 Kampfflugzeugen bestückt. Die „Midway“ wird mit herkömmlichem Treibstoff betrieben und ihre Tonnage beträgt im beladenen Zustand 62.000 Tonnen. Ihre seemännische Besatzung besteht aus 2.615 Mann und ihr Flugpersonal aus etwa 1.800 (insgesamt 4.415 Mann). Sie trägt neben den für verschiedene Dienste bestimmten Hubschraubern 75 Kampfflugzeuge. Es ist bekannt, daß die Luftstreitmacht eines amerikanischen Flugzeugträgers gewöhnlich aus 2 Schwadronen F-14 (eine Schwadron umfaßt 12-18 Flugzeuge) sowie zwei Schwadronen A-7 Flugzeugen (eine Schwadron umfaßt 12-14 Flugzeuge) und einer Schwadron Abfangjägern und Langstreckenaufklärern A-6 Intruder (10-12 Flugzeuge) besteht, dazu U-Boot-Jäger C/A Viking (6-10 Flugzeuge), U-Boot-Abwehrhubschrauber vom Typ CH-3A King (6-8 Stück), 4 Überwachungsflugzeuge vom Typ IA-6B Prowler, 3 A-5C Aufklärer und 4 fliegende Tanker vom Typ K1-6D.
- 2) Der Kreuzer „Leahy“ (7.800 Tonnen bei voller Beladung) mit einer Besatzung von 377 Mann ist mit Oberflächen-Raketen vom Typ „Harpoon“ ausgerüstet (mit einer Reichweite von 110 km). Dazu „Asroc“-Anti-U-Boot-Raketen, Boden-Luft-Raketen „Standard“ (Reichweite 56 km horizontal), nebst 2 „Flaw“-Luftabwehrsystemen (22 mm, radargelenkt) mit einer Reichweite von 2-10 km.
- 3) Der Zerstörer „Coventry“ (4.100 Tonnen vollbeladen) ist ausgerüstet mit 115 mm-Kanonen, Boden-Luft-Raketen vom Typ C Dart (mit einer horizontalen Reichweite von 30 km) und ist in der Lage, gegen Schiffe und gegen auf Schiffe gelenkte Raketen zu operieren. Er besitzt daneben einen Anti-U-Boot-Hubschrauber und sechs U-Boot-Torpedos. Seine Mannschaft besteht aus 268 Mann.

Die Fregatte „Alacrity“ (3.250 Tonnen vollbeladen) ist ausgerüstet mit Boden-Boden-Raketen vom Typ „Exhaust“ (50 km Reichweite), Boden-Luft-Raketen vom Typ Sea-Cat, besitzt eine 115 mm-Kanone, einen Anti-U-Boot-Hubschrauber, 6 U-Boot-Torpedos und hat eine Besatzung von 175 Mann.

- 4) AWACS (Fliegendes Warn- und Kontrollsystem) ist eine mit 4 Triebwerken ausgerüstete Boeing A-3 Sentry (der Schub eines jeden Triebwerkes beträgt 9.525 kg). Sie ist ausgerüstet mit einem gewaltigen Radarsystem, einer auf dem Rumpf montierten Antenne, mit der Flugzeugbewegungen in jeder Richtung erfaßt werden können, einschließlich sehr niedrig fliegender Flugzeuge. Sie leitet die Daten zu einem Computer, der sie zum Befehlsstand im Flugzeug und zu Befehlsständen am Boden durch ein ausgefeiltes elektronisches Verbindungssystem weiterleitet. Die Besatzung besteht aus 4 Mann und 13 Technikern. Das Flugzeug kann in einer Höhe von 9.000 m eine zusammenhängende Luftaufklärung ohne Rücksicht auf das Wetter (und mitten in elektronischen Störungen) betreiben, in einem Umkreis von 370 km Radius bei niedrigfliegenden Zielen, und von 560 km Radius im Fall hochfliegender Ziele. AWACS kann 100 Flugzeuge durch verschiedene Luftoperationen dirigieren.
- 5) Ein französischer Flugzeugträger, dessen Gesamt-Tonnage 32.780 Tonnen beträgt; bestückt mit 40 Jägern, darunter 2 Jäger-Schwadronen zum taktischen Begleitschutz vom Typ „Super Etendard“ (10 Flugzeuge pro Schwadron), einer U-Boot-Jäger-Schwadron vom Typ „Breguet Alize“ (10 Flugzeuge) und 4 Hubschrauber (2 „Super Frelon“ und 2 Alouette 3). Seine seemännische Besatzung besteht aus 1.338 Mann und sein Flugpersonal aus 984.
- 6) Flugzeugträger, dessen Gesamttonnage 19.966 Tonnen erreicht; trägt 10 Jäger des Typs „Skyhawk“, 4 U-Boot-Jäger „C 2D Tracker“ und 5 Anti-U-Boot-Hubschrauber „Sting-Ray“. Seine seemännische Besatzung besteht aus 988 und sein Flugpersonal aus 347 Mann.

Eric Rouleau

Die islamische Revolution – ein Weg voller Fallen (1. Teil)



Anfang 1979: Millionen demonstrierten in Teheran gegen das Schah-Regime

Die iranische Revolution kann mit keiner anderen identifiziert werden. Sie ist einzig in ihrer Art. Daher rührt auch die Schwierigkeit, ihre tägliche Entwicklung zu verstehen.

Der Einfluß der schiitischen Geistlichkeit ist in ihrer Geschichte und Ideologie begründet. Seit dem Verschwinden des 12. Imam im 9. Jahrhundert unserer Zeit wurde von ihr keine politische Macht als legitim oder gerecht anerkannt. Die Gerechtigkeit in der islamischen Gemeinschaft wird erst nach Beendigung der „Großen Finsternis“ wiederhergestellt werden, nach der Wiederkehr des verborgenen Imam. Und als die Ulemas (Doktoren des Rechts) zu Beginn unseres Jahrhunderts die Wahl eines Parlaments forderten, nannten sie dieses „Haus der Gerechtigkeit“ (adalkhane). Jeder Regierende ist a priori ein Gewaltherrscher (Usurpator), weil er sich an die Stelle des 12. Imam setzt. Die einzige Bestimmung des Menschen besteht darin, sich zum Werkzeug des göttlichen Willens zu machen.

Die natürliche Tendenz der schiitischen Geistlichkeit besteht seither darin, die Autorität und das Verhalten der verschiedenen Dynastien, die Persien regiert haben, anzufechten und immer dann gegen die königliche Macht zu kämpfen, wenn diese das Land ausländischen Einflüssen öffnet, die den Islam „pervertieren“ und der islamischen Kultur und Tradition zuwiderlaufende Sitten einführen könnten.

So kam es, daß sich der Schiismus schon zu Beginn des 19. Jahrhunderts als eine „antiimperialistische“ Bewegung verstand, bevor dieser Begriff geprägt war. (...)

Fremdherrschaft, Despotismus, Ungerechtigkeit – die drei Bezugspunkte des klerikalen Kampfes – sind genau die drei Übel, unter denen die Iraner während der Herrschaft des Schah Mohammed Reza (Pahlewi) litten. Die von ihm durchgeführte Agrarreform nutzte nur einer Minderheit unter den Bauern, die bald unter den Einfluß großer Konzerne gerieten, welche eine Landwirtschaft industriellen Stils praktizierten.

Die massive Einfuhr von Lebensmitteln – vor allem von Getreide aus den USA –, fehlende oder schwächliche Schutzzölle trugen zum Ruin der zahlreichen Kleinbauern bei, verschärften die Arbeitslosigkeit und die Landflucht. Das vom Schah verfolgte Programm der „Modernisierung“ bereicherte schnell die königliche Familie und die Höflinge, die Unternehmen (fast alles Niederlassungen großer westlicher Firmen), die großen Bazaris, die Ersatzteile und Konsumgüter importierten, die Spekulanten, die ein „ungezügelter Kapitalismus“ wie im 19. Jahrhundert begünstigte. Dagegen wurden die kleinen Produzenten und Handwerker durch die ausländische Konkurrenz geschädigt, ebenso die Facharbeiter (obgleich gut bezahlt), die sich ausbreitenden Mittelschichten, die Millionen Lohnabhängigen, deren Kaufkraft durch eine galoppierende Inflation (mehr als 50% in den zwei Jahren vor dem Sturz der Monarchie) aufgezehrt wurde.

Die Rezession, die der Iran von 1976 an durchmachte, verstärkte die Unpopularität des Regimes. Die Stagnation der Rohölerlöse und die Verteuerung der Importe zwangen den Schah, die für die Entwicklung bereitgestellten Kredite beträchtlich zu reduzieren, und störten die grandiosen Hoffnungen, die durch den Erdölboom 1973-1974 entstanden waren. Die eingeleitete Austeritätspolitik erschien jedoch ungerechtfertigt, da der Schah fortfuhr, Millionen von Dollars für den Kauf militärischer Ausrüstung (vor allem aus den USA) zu verschleudern, die in den Arsenalen verschwand, ohne daß man wußte, wozu sie dienen sollte.

Schwächen des Schah-Regimes

Die Mittelschichten wünschten ein konstitutionelles System, das ihnen materielle Sicherheit und politische Stabilität sichern sollte, die durch die königliche Willkür bedroht waren. Die Bevölkerung in ihrer Gesamtheit forderte das Ende des vom SAVAK (Geheimpolizei des Schah-Regimes; d. Red.) ausgeübten Terrors. Im Lauf der 37 Jahre der Herrschaft von Mohammed Reza Schah wurden schätzungsweise 500.000 Personen festgenommen, kurzfristig oder für längere Zeit. Tausende von Oppositionellen oder angeblichen Oppositionellen wurden Opfer der Sondergerichte, Massensexekutionen, Morde oder starben unter der Folter, die systematisch praktiziert wurde.

Die Mehrheit der Iraner sah keinen Unterschied mehr zwischen dem Regime, das sie unterdrückte, und den USA, denen man vorwarf, den Schah 1953 wieder auf den Thron gehievt und ihm politische, wirtschaftliche, militärische und polizeiliche Unterstützung geleistet zu haben.

Man kann schon jetzt den dualen Charakter der Volkserhebung von 1978/79 besser verstehen, die sowohl gegen den „amerikanischen Imperialismus“ als auch gegen den Despotismus von Mohammed Reza Schah als zwei Seiten einer Medaille gerichtet war.

Die weitgehend spontane Bewegung hätte leicht unter den Einfluß von Nationalisten vom Schlage Mossadeghs (Premierminister 1951-53, der die Ölnationalisierung durchsetzte; d. Red.) oder von Marxisten geraten können. Aber die Repression hatte die nichtkonfessionellen Gruppen zersplittert. Die Nationale Front war nur noch eine Versammlung initiativloser Notabler, die im Laufe der Zeit den Heiligenschein Mossadeghs verloren, den sie für sich beanspruchten. Die Linksparteien wie die Volksmojahedin (progressive Moslems) oder die Volksfedayin (Marxisten-Leninisten) hatten ihre Aktionen zu sehr auf die Stadtguerilla ausgerichtet, hatten zu viele menschliche Verluste erlitten, um in der Lage zu sein, eine größere Rolle zu spielen. Die schiitische Geistlichkeit bot demgegenüber, außer ihrer mobilisierenden Ideologie die Führung und den Rahmen, die den Erfolg eines Unternehmens garantierten, das sonst zum Scheitern verurteilt gewesen wäre.

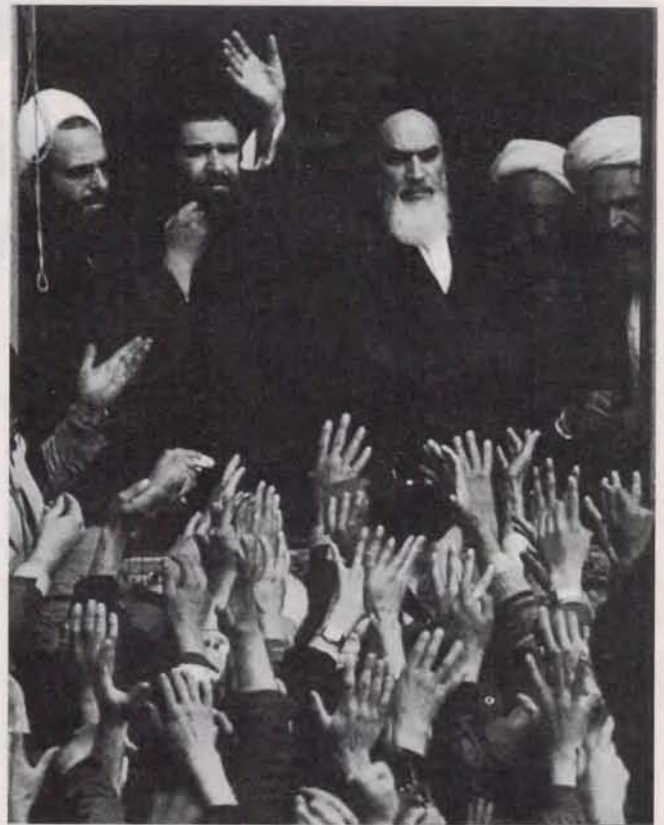
Die Rolle der Geistlichen in der iranischen Gesellschaft kann nicht vernachlässigt werden. Mehr als der sunnitische Scheich, der meist vom Staat ernannt und bezahlt wird, ist der Mullah von den Gaben seiner Gläubigen abhängig, mit denen er den Wohlstand oder die Armut, die Freuden und Leiden teilt. In der Moschee oder bei den traditionellen Zusammenkünften bei Privatpersonen, denen er beiwohnt, werden die verschiedensten Fragen erörtert, die die Gemeinschaft beschäftigen: Religion und Politik sind im Islam untrennbar wie im Judentum. Der Mullah kann so Freund, Vertrauter, Berater oder Führer seiner Gläubigen sein, deren Moral er in Zeiten der Not unterstützt.

Dank des mitunter recht beachtlichen Vermögens (die Gläubigen geben bis zu 1/5 ihres Einkommens) konnte die Geistlichkeit unter dem Schahregime Kliniken für die Bedürftigen, Schulen und soziale Einrichtungen gründen. Manche Prediger kritisierten die sozialen Mißstände, die Sitten, die Korruption (die des Palastes und die seiner amerikanischen Verbündeten) und forderten die Rückkehr zu den Quellen des Islam und bewahrten so die Werte und nationale Identität gegen die Vergewaltigung durch die westliche Technologie. Zahlreiche Geistliche kamen in die Kerker des Schah: die Ayatollahs Taleghani (vor einigen Monaten verstorben); Montazari, der als Nachfolger des Imam Khomeini gilt; Rafsandjani, der im letzten Juli (1980) zum Parlamentspräsidenten gewählt wurde. Alle haben die Foltern der SAVAK-Agenten erlitten.

Khomeini – Katalysator und Führer der Revolution

Imam Khomeini, der in die heilige Stadt Nadjef im Irak geflüchtet war, blieb das entfernte Symbol dieses breiten Widerstandes. Die politische Leere machte ihn nach und nach zur Symbolfigur, zum Katalysator, schließlich zum Führer der Revolution.

Seine Stellungnahmen während des fünfzehnjährigen Exils verkörperten die Erwartungen der verschiedensten Bevölkerungsschichten. Kurze Zeit vor seiner Ausweisung aus dem Iran 1964 wurde er bekannt durch die öffentliche Verurteilung des Verfassungsbruchs durch den Schah sowie der Gewährung des Privilegs der Exterritorialität an die amerika-



Februar 1979: Triumphale Rückkehr Ayatollah Khomeinis

nischen Zivil- und Militärberater und ihre Untergebenen. „Ihr habt unsere Unabhängigkeit bis auf die Wurzeln ausgegraben“, schrieb er 1967 aus Nadjef an Premierminister Howeida.

Dieser Text, der wie andere auf Kassette aufgenommen wurde, zirkulierte unter der Hand in den Städten und den Dörfern des Landes. Der Imam bezeichnete die USA als den „Kopf der imperialistischen Schlange“, beschuldigte die Monopole der „Ausbeutung“ der iranischen Ressourcen, beklagte sich über die „Herrschaft“ des ausländischen Kapitals, über die Vergeudung öffentlicher Mittel durch massive Waffenkäufe; anlässlich der ausgedehnten Feiern von Persepolis, die 1971 die 2500-Jahrfeier der Monarchie begleiteten, prangerte er den „unverschämten Luxus“ an, in dem der Schah und die Mitglieder seiner Familie lebten. Schon zu Beginn der Volkserhebung im Januar 1978 forderte er das Volk auf, seinen Kampf bis zum Sturz Mohammed Reza Schahs fortzusetzen, aber ohne zu den Waffen zu greifen, entgegen dem Willen vieler seiner Berater. Er hörte nicht auf zu wiederholen, daß der schiitische Glauben über die brutale Gewalt siegen werde. Seine Rechnung ging auf: die kaiserliche Armee – die mächtigste des Nahen und Mittleren Ostens nach der Israels – kapitulierte ein Jahr später vor den „Revolutionären mit den 'nackten Händen'“, nachdem diese Zehntausende von Märtyrern verloren hatten.

Die zweite Phase der Revolution setzte kurze Zeit nach der Rückkehr des Imam Khomeini in den Iran im Februar 1979 ein. Sie markiert den Anfang dessen, was man im Westen als „Anarchie“ bezeichnet; ein auch andernorts beobachtetes klassisches Phänomen, die „geheilte Einheit“ zur Erreichung eines gemeinsamen Ziels – in diesem Fall des Sturzes der Monarchie – zerfällt unter dem Druck der auseinanderstrebenden Kräfte, die die Interessen, Erwartungen und Tendenzen der verschiedenen Bevölkerungsschichten widerspiegeln. (...)

Die „Bürgerlichen“, die in westlichen Schulen ausgebildet waren, forderten die Trennung von Staat und Religion und predigten die Beibehaltung einer liberalen oder sozialdemokratischen Wirtschaft, die Errichtung eines parlamentari-

schen Systems nach westlichem Vorbild. (...)

Der „Führer der islamischen Revolution“ (Imam Khomeini) zeigte sich manchmal genauso fähig wie irgendein anderer Politiker, Manöver, ja sogar List anzuwenden, wenn sich das als unerlässlich zur Erreichung seiner Ziele herausstellte. Die Berufung von Mehdi Bazargan (als Führer der Freiheitlichen Bewegung des Iran gehörte er der Parteienallianz Nationale Front an; d. Red.) am 5. Februar (1979; d. Red.) an die Spitze der Provisorischen Regierung war vielleicht eine solche List. Was sonst hätte Imam Khomeini dazu bewegen können, einen Mann zu wählen, dessen Vorstellungen so weit von den seinen entfernt waren? Sicher, Bazargan war unter dem Schah viermal verhaftet wegen seiner Opposition, und er bezeichnete sich als Anhänger des Mannes in Nadjef. Aber er war seinem Eingeständnis nach kein Revolutionär. Er war nach Neauphle-le-Chateau (Domizil Khomeinis im Pariser Exil; d. Red.) gegangen, um für seine Politik der „kleinen Schritte“ zu plädieren, was den Beibehalt der Monarchie beinhaltete. Kurz, er trat für eine ähnliche Politik wie Bakhtiar (letzter Premierminister des Schah-Regimes; d. Red.) ein, ein Freund, den er übrigens nie als „Konterrevolutionär“ oder „Verräter“ verdammen wollte.

Die Regierung unter Bazargan war stark vom Konservatismus geprägt. Seine Minister gehörten dem gemäßigten Flügel der Nationalen Front an, waren Mossadeghisten, denen Khomeini mißtraute, unter dem Schah reich gewordene Bürgerliche, frühere Militärs der kaiserlichen Armee.

Schon während der ersten Tage seiner Regierung drückte er öffentlich seine Abneigung gegen die von der Revolution geschaffenen Institutionen aus: gegen die islamischen Komitees und Milizen sowie die Revolutionstribunale, die mit voller Wucht die königlichen Würdenträger und die Folterknechte des SAVAK richteten. Die Massenprozesse und die raschen Exekutionen empörten ihn. Bazargan ist ein Mann der Ordnung: er suchte die Instrumente des alten Regimes intakt zu halten, die Armee, die Polizei und die Verwaltung, indem er sie sowenig wie möglich säuberte, um sich nicht „achtbarer und unersetzlicher Kader“ zu berauben.

Die Übergangsregierung Bazargan...

Als würdiger Vertreter des Bazars beabsichtigte der Präsident der Provisorischen Regierung auch nicht, die wirtschaftlichen Grundlagen zu verändern, und es ist etwas widersprüchlich, daß er die Nationalisierung der Banken, der Versicherungsgesellschaften und der großen Industriekomplexe ankündigte. Er versuchte vergeblich, die „wilde“ Besetzung großer landwirtschaftlicher Domänen durch die landlosen Bauern und die Wahl von „Arbeiterräten“, die die Leitung der Fabriken übernahmen, zu verhindern.

Bazargan ist frommer und praktizierender Moslem und Diplomingenieur in Thermodynamik der Ecole Centrale von Paris. Aber er teilt nicht die Meinung des Imam Khomeini, daß der „Islam die Vormacht über den Iran haben müsse“ und er beklagt sich über die klammheimliche Infiltration „ungebildeter und arroganter“ Mullahs in die Verwaltung. Er hatte für die Errichtung der „Islamischen Republik“, gestimmt, aber kurz vor seiner Demission vertraute er der italienischen Journalistin Oriana Fallaci an, daß er eine „klerikale Diktatur“ befürchte.

Zwei „Hauptfehler“ leiteten seinen Sturz ein: er widersetzte sich der islamischen Verfassung, die eine „Expertenkommission“ aus vorwiegend Geistlichen erarbeitete, und bemühte sich, die Beziehungen zwischen dem Iran und den USA, dem „großen Satan“ für Imam Khomeini, zu normalisieren. Nur auf Befehl des letzteren brach er schließlich die diplomatischen Beziehungen zu Ägypten ab, nachdem der Friedensvertrag zwischen Kairo und Jerusalem unterzeichnet worden

war. Er protestierte kaum gegen die Aufnahme des Schah in ein New Yorker Krankenhaus, und er hielt es für überflüssig, öffentlich die Auslieferung des einstigen Herrschers zu fordern. Eine Woche später führte er herzliche Gespräche mit Zbigniew Brezinski, um u.a. die Fortsetzung amerikanischer Material- und Ersatzteillieferungen für die iranische Armee zu erreichen.

Das wurde der auslösende Punkt für die vier Tage später erfolgte Besetzung der amerikanischen Botschaft durch 400 „islamische Studenten (am 4. November 1979; d. Red.), die der Linie des Imam folgen“ und der Geiselnahme der Diplomaten. Imam Khomeini – der wie es scheint darüber informiert war, daß eine solche Aktion durchgeführt werden sollte – hatte so Bazargan zu seiner Demission getrieben. Warum hatte er 9 Monate damit gewartet? Wußte er nicht von Anfang an, daß sein Premierminister weder ein „Revolutionär“ noch ein Feind des „großen Satans“ war?

...ein taktischer Schachzug Khomeinis

Alles scheint darauf hinzuweisen, daß die Wahl Bazargans zum Premierminister von taktischen Überlegungen zu einem Moment bestimmt war, als der gerade zurückgekehrte Imam fürchtete, die Kontrolle über die Situation zu verlieren. Die kaiserliche Armee war offensichtlich intakt (sie mußte erst am 12. Februar 1979 nachgeben, eine Woche nach der Bildung der Provisorischen Regierung), ebenso die Polizei, die Gendarmerie und die Staatsverwaltung. Die marxistischen Parteien – vor allem die Volksfedayin – wie auch die Volksmohajedin waren bis an die Zähne bewaffnet und versuchten, die islamische Bewegung zu überflügeln, die populär war, aber der die Mittel fehlten (die Islam-Komitees und die Milizen wurden später eingerichtet). Die Mittelschichten, die in der Wirtschaft und im Staatsapparat Einfluß hatten, verblieben in einer gefährlichen Passivität bzw. drohten, in das Lager der gemäßigten Parteien der Nationalen Front abzugleiten.



Mehdi Bazargan (r.) bei der Ernennung zum Premierminister

Nur Bazargan schien fähig, all diese Gefahren auszuräumen zu können. Der Bazar – moslemisch und konservativ – war ihm ergeben. Die Linksformationen (vor allem die Mojahe-din) glaubten sich auf seinen Liberalismus verlassen zu können, um das Bürgerrecht in der jungen Republik zu erhalten. Zahlreiche höhere Offiziere, von denen einige einen geheimen Kompromiß mit ihm geschlossen hatten, vertrauten ihm, um der Armee einen harmonischen Übergang vom Kaiserreich zur Republik zu garantieren.

Indem er ihn zum Premierminister machte, wollte Imam Khomeini also Zeit gewinnen, die Zeit, die nötig war, um

eine „wahrhaft revolutionäre Regierung“ aufzustellen. Aber er hatte ihm nicht die reale Macht anvertraut: Bazargan erhöhte die Zahl der Deklarationen und Proteste im Fernsehen und im Radio, aber der vorwiegend aus Geistlichen zusammengesetzte Revolutionsrat traf die wichtigsten Entscheidungen. Bazargan selbst hat in einem Interview, das er Oriana Fallaci gab, die Situation am besten mit einem ergreifenden Bild beschrieben: „Sie haben mir den Griff eines Messers gegeben, während andere die Klinge halten.“

Der Irrtum der Carter-Administration

Die Geiselnahme der amerikanischen Diplomaten in Teheran, die die Totenglocke für die Regierung Bazargan läutete, hat dazu beigetragen, den Konflikt zwischen dem Iran und den USA ausbrechen zu lassen, der seit dem Sturz der Monarchie latent bestand.

Imam Khomeini verzieh den sieben Präsidenten, die in den letzten 40 Jahren im Weißen Haus regierten, nicht, daß sie einen blutigen Despoten, wie die meisten Iraner Mohammed Reza Pahlawi sahen, treu unterstützt hatten. Der Imam war auch nicht bereit zu vergessen, daß Carter bis zum Schluß versucht hatte, die Dynastie der Pahlawis zu retten. Die Aufnahme des Schah in den USA am 22. Oktober 1979 hatte seine Befürchtungen bestätigt, daß die amerikanische Verwaltung nach Wegen suchte, den gescheiterten König wieder auf seinen Thron zu heben. Diese vom Westen als „humanitär“ und „mutig“ betrachtete Geste wurde in Teheran als eine neue und unerträgliche Provokation aufgenommen. „Das ist, als ob das franquistische Spanien nach dem 2. Weltkrieg angeboten hätte, Hitler wegen eines Krebsleidens zu pflegen“, sagte uns Sadegh Ghotbzadeh (bis Sommer 1980 iranischer Außenminister; d. Red.). Obwohl übertrieben, zeigt diese Karikatur die Enttäuschung und Wut der Iraner, aber auch die tiefen Wurzeln der Revolution.

Die Regierung Carter hat nach Meinung einiger Beobachter sowohl vor als auch nach der Geiselnahme den gleichen Fehler begangen: Sie glaubte, den iranisch-amerikanischen Konflikt dadurch beenden zu können, daß sie mit den „gemäßigten“ Führern in Teheran verhandelte, zuerst mit Bazargan und seinen Ministern, denn mit Präsident Bani-Sadr und Ghotbzadeh. Washington glaubte, damit den gangbarsten Weg gewählt zu haben. Dieser war in Wirklichkeit aber versperrt.

Sicherlich, sowohl der neue Staatschef als auch sein Außenminister mißbilligten die Initiative der islamischen Studenten, die die amerikanische Botschaft besetzt hatten, und sie wünschten eine Normalisierung der Beziehungen zu den Vereinigten Staaten. Aber es sind genau diese guten Voraussetzungen, die das Vertrauen Imam Khomeinis in sie untergrub und sie gegenüber ihren Gegnern schwächte, die vor allem innerhalb der Geistlichkeit zu finden sind.

Die amerikanische Regierung hätte notfalls die Karte der „Gemäßigten“ spielen können, wenn sie bereit gewesen wäre, ihnen genug Konzessionen zu machen, die ihnen in der iranischen Öffentlichkeit Glaubwürdigkeit hätte verleihen können. Präsident Bani-Sadr hatte darauf verzichtet, die Auslieferung des Schah zu fordern, dafür verlangte er von den Vereinigten Staaten das Einverständnis ihrer Verantwortung für die von ihm begangenen Verbrechen und die Zusage, sich nie mehr in die inneren Angelegenheiten des Iran einzumischen.

Das Angebot, das kaum von dem abwich, welches Imam Khomeini im September (1979; d. Red.) selbst formuliert hatte, hätte im Falle seiner Annahme, wenn nicht die Basis für Verhandlungen, so zumindest den Beginn eines Dialogs darstellen können. Aber Präsident Carter wollte sich nicht einmal von dem Staatsstreich distanzieren, der 1953 vom

CIA geschürt worden war, um Reza Schah wieder auf den Thron zu bringen.

Wenn es wahr ist, daß eine Großmacht es sich nicht erlauben kann, sich „demütigen“ zu lassen, kann man sich fragen, warum die Vereinigten Staaten versucht haben, über einen Kompromiß zu verhandeln, den sie logischerweise nicht schließen konnten, ohne die Minimalforderungen der gemäßigten Partei zu erfüllen. Hofften sie darauf, die Geiseln ohne Gegenleistung befreien zu können?

Um das Scheitern zu erklären, hat man häufig die Vielfalt der Machtzentren in Teheran geltend gemacht, die einen ernsthaften Dialog unmöglich machten. Aber, wenn dem so ist, warum hat man diese Verhandlungen mit einem der Lager begonnen, ohne zu warten, bis die inneren Kämpfe mit der Installierung einer homogenen und verantwortlichen Regierung abgeschlossen sind?

Es scheint, daß die vorsichtige Haltung, die Washington seit dem letzten Mai (1980; d. Red.) einnimmt – nach dem Scheitern der Expedition von Tabas (US-Luftlande Invasion vom 24./ 25. April 1980; d. Red.) –, aus einer Analyse resultiert, die schon seit November 1979 hätte untermauert werden können: Die Besetzung der amerikanischen Botschaft durch die islamischen Studenten war sowohl, wenn nicht gar vor allem, ein innenpolitisches Unterfangen als auch eine gegen die USA gerichtete Operation.

Wird fortgesetzt!

(Quelle: Le Monde Diplomatique, Paris, Nr. 319/ Oktober 1980, S. 1-5)

Hinweise, Errata

- Das AIB-Register 1980 wird in AIB 2/1981 erscheinen.
- Der in den Anzeigen zu diesem Heft vorangekündigte Beitrag zu den **Afghanistan-Drogengeschäften** und dem CIA erscheint in AIB 2/1981
- In AIB 11-12/1980 bzw. dem **Türkei-Sonderteil** ist der Druckerei auf S. 40 ein technisches Versagen unterlaufen, für das wir uns sehr entschuldigen: Die Bildunterschriften der beiden Fotos wurden bei der Endmontage vertauscht. Das Foto links unten zeigt in Wirklichkeit die Dortmunder Großkundgebung der Grauen Wölfe, während die antifaschistischen Gegendemonstrationen in Hagen (erkennbar an den Losungen!) rechts oben zu sehen sind.
- Zu dem Situationsbericht von Gabriel Garcia Marquez, **Im Innern Vietnams**, in AIB 11-12/ 1980 meldete AIB-Leser E. Schallmoser zwei augenscheinliche zahlenmäßige Unkorrektheiten an. Sie gehen allerdings nicht auf unsere Übertragung zurück wie vermutet wurde, sondern sind so in der englischen Fassung der Zeitschrift Third World enthalten.
E. Schallmoser stützt seine Korrekturen auf zwei Quellen: I) Freundschaftsgesellschaft Vietnam-BRD (Hrsg.), So werden Flüchtlinge gemacht, Düsseldorf 1979, S. 18; II) Vietnam Courier (Hrsg.), Those Who Leave (The „problem of Vietnamese refugees“), Hanoi 1979, S. 9 und 11:
Berichtigung 1 auf S. 19, rechte Spalte:
„... daß die USA über Vietnam einige tausend mal mehr Bomben abgeworfen haben als alle im 2. Weltkrieg abgeworfenen zusammengenommen.“
Über Nord-Vietnam wurden 2,5 Mio Tonnen Bomben abgeworfen, im 2. Weltkrieg insgesamt 2,06 Mio Tonnen (I), über Gesamt-Vietnam 14 Mio Tonnen Bomben und Granaten (II) – also einige Hunderttausend Tonnen mehr allein in Nord-Vietnam (wahrscheinlich sogar einige Mio Tonnen an Bomben und Granaten in ganz Vietnam), aber nicht tausend mal mehr!
Berichtigung 2 auf S. 20, linke Spalte unten:
„Die Bilanz des Deliriums...“:
Ganz Vietnam hatte 1 Mio Tote, 700.000 Kriegsversehrte (I) – davon im Süden über 360.000 (II); im Süden hinterließ der American Way of Life 500.000 (I) bzw. mehrere hunderttausend (II) Prostituierte, für Drogenabhängige werden die gleichen – sicher sehr gerundeten und geschätzten – Zahlen genannt, also nach Quelle I ca. 10mal soviel wie bei Marquez (fehlt da einfach eine 0?). Desgleichen scheint mir die Zahl von 8.000 Bettlern viel zu niedrig, sogar für Saigon/Ho Chi Minh Stadt allein (hierzu besitze ich jedoch keine Vergleichszahlen).

Gespräch mit T. Tchaptchet

Im Widerstand gegen das Ahidjo-Regime

Kamerun, einst westafrikanische Kolonie des Deutschen Reiches, dann Frankreichs, zählt heute zu jenen Staaten Afrikas, in denen anscheinend „Ruhe und Ordnung“ herrschen. In der Tat ist das Regime Ahmadou Ahidjos, seit 1958 im Amt, eines der dienstältesten des Kontinents. Wie es regiert, wie die Position des französischen Imperialismus heute ist und wie es um die Situation des Volkswiderstandes steht, beschreibt der kamerunesische Oppositionelle T. Tchaptchet in diesem Gespräch, das Lothar Heinrich für das AIB führte. T. Tchaptchet gehört dem Büro der Europasektion der traditionsreichsten Befreiungsbewegung und nunmehrigen Partei der Union der Völker Kameruns (UPC) an. UPC-Materialien können bezogen werden über: CDAPPC E. Schneider, Fabriciusstr. 62, 6230 Frankfurt 80.

AIB: Würden Sie uns bitte zunächst eine kurze Einführung in die neuere Geschichte Ihres Landes geben.

T. TCHAPTCHET: Auf der Grundlage des auf 30 Jahre begrenzten Vertrages vom 24.7.1884 zwischen Nachtigal (Gustav Nachtigal, 1834-85, bekannter Afrikareisender, der 1884 die sog. Schutzherrschaft über Togo und Kamerun einleitete; d. Red.) und verschiedenen Häuptlingen der Küstentämme kolonisierten zunächst die Deutschen Kamerun. Ungeachtet dieser zeitlichen Begrenzung teilten sich die Engländer und vor allem die Franzosen Kamerun bereits 1916 in einem Briefwechsel, der nach dem 1. Weltkrieg in Versailles bestätigt wurde, auf.

Der 2. Weltkrieg und die Beteiligung kamerunesischer Soldaten auf französischer Seite führte zu einem Bewußtseinsprozeß, der nach dem Krieg seinen Ausdruck in der Forderung nach demokratischen Rechten und nationaler Unabhängigkeit fand. Diese friedlich vorgebrachten Forderungen wurden jedoch von der französischen Kolonialmacht brutal unterdrückt.

Präsident Ahidjo – der Mann Frankreichs

Nach einer Serie von Streiks, so dem Docks-Streik von Douala 1946, wurde schließlich am 10.4.1948 die Union der Völker Kameruns (UPC) gegründet, die vor allem die sofortige Unabhängigkeit und die Wiedervereinigung der britischen Westzone und der französischen Zone forderte. Die Kolonialmächte nahmen das zunächst überhaupt nicht zur Kenntnis. Als sie dann sahen, daß – Zeitungen dieser Zeit stellen das fest – 80-90% der Bevölkerung hinter der UPC und ihren Forderungen standen, begannen sie gesprächsbereit zu werden. Der Gründer der UPC, ihr später ermordeter Generalsekretär Ruben Um Nyobe, hat 1952 die Sache Kameruns vor der UNO vertreten.

Frankreich hat dann gleichzeitig über Zwischenmänner, wie Dr. Aujoulat, Kamerunesen seines Vertrauens aufgebaut. Der wichtigste war der noch heute amtierende Präsident Ahmadou Ahidjo. Unter seiner Herrschaft wurde im Dezem-



Kameruns Präsident Ahidjo (l.) mit A. al-Sadat

ber 1959, also einen Monat vor der formalen Unabhängigkeit, ein rein neokolonialer Kooperationsvertrag mit Frankreich unterzeichnet, der bis heute die gesamte kamerunesische Politik prägt.

AIB: Welche Bilanz ist nun nach 20 Jahren „Unabhängigkeit“ zu ziehen?

T. TCHAPTCHET: Auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet ist die Lage trotz des potentiellen Reichtums und ungeachtet der anderslautenden westlichen Propaganda katastrophal.

Die Grundlage für diese Situation ist der Vertrag von 1959, demzufolge Frankreich in weiten Bereichen der Wirtschaft der wichtigste und in manchen sogar der einzige „Partner“ Kameruns ist. So ist z.B. im sog. „Nationalrat der kamerunesischen Unternehmer“ nur ein Kameruneser vertreten. Der Vorsitzende ebenso wie sein Stellvertreter sind Franzosen. Nach offiziellen Angaben ist die Hälfte der aktiven Bevölkerung arbeitslos. Weder für sie noch für Alte oder Behinderte gibt es irgendwelche staatlichen Hilfen. Alle müssen jedoch stets ihre Steuerkarte mit sich tragen und werden ohne Steuerkarte, oder wenn sie die Steuern nicht bezahlt haben, ins Gefängnis geworfen.

Am 25.5.1955 fanden dann landesweit Massendemonstrationen statt, was der Kolonialverwaltung dann doch zuviel war. Auf Befehl der Regierung in Paris ging der damalige Hochkommissar Roland Pre militärisch gegen die Demonstranten vor. Zeitungen sprechen von 10.000 - 15.000 Opfern, darunter über 5.000 Tote. Am 13.7.1955 wurde die UPC mit all ihren Massenorganisationen verboten. Die Kolonialverwaltung hatte der UPC damit den bewaffneten Kampf aufgezwungen.

Kamerun-Daten



Territorium und Bevölkerung: 475.442 qkm (fast doppelt so groß wie die BRD); Hauptstadt Yaoundé (250.000 Ew.); die Bevölkerungszahl beträgt etwa 6,7 Mio, vor allem Bantuvölker, Halbbantu (Fulbe), Sudanstämme, Haussa sowie kleinere Gruppen von arabischen Völkern, Pygmäen, etwa 12.000 Europäer (vor allem Franzosen).

Religionen: Über 50% Anhänger von Naturreligionen und -sekten; 20% Katholiken; 14% Protestanten; 15-20% Muslims.

Sprachen: Französisch und Englisch als Amtssprachen; Ful (ein Bantu-Dialekt) als verbreitete Verkehrssprache; eine große Anzahl von Stammsprachen und -dialekten.

Währung: Franc CFA. 1 FCFA = 0,01 DM.

Wirtschaft: Kamerun ist ein Agrarland mit reichen Bodenschätzen und einer Industriezone vor allem in den Küstengebieten (Hafen Douala). Geortet wurden große Vorkommen an Erdöl, Bauxit; weiterhin Gold, Zinn, Eisenerz, Kupfer, Titan. Die Landwirtschaft erbringt 40% des Bruttoinlandsprodukts und 70% der Exporteinnahmen. Hauptexporte: Kakao, Kaffee, Baumwolle, Holz, Bananen. Diese werden zu 80% auf Plantagen und Besitzungen in Auslandsbesitz erwirtschaftet. Für den Eigenbedarf werden Hirse, Maniok, Mais, Reis und andere Pflanzen angebaut.

Die Industrie wurde in den letzten Jahren ausgebaut. Die Erdölförderung soll demnächst den Eigenbedarf decken, das Bauxit (K. ist nach Guinea zweitgrößter afrikanischer Exporteur) zunehmend im Lande verarbeitet werden. Lebensmittel, Zement und chemische Erzeugnisse (Kunststoffe) werden größtenteils im Lande verarbeitet bzw. produziert. Insgesamt ist Kameruns Wirtschaft sehr stark von Frankreich abhängig (Hauptex- und -importland) und mit der EG, den USA und Japan verflochten.

Geschichte:

10.-19.Jdt. In Nord-K. bestehen die Bornu- und Bagirmi-Staaten. Im 19. Jdt. entsteht in Zentral-K. die Fulbe-Theokratie von Adamoua, in Süd-K. der Doppelstaat Bell und Akwa

1884	K. wird deutsche Kolonie
1. Weltkrieg	Britische und französische Truppen besetzen K.
1922	K. wird geteilt. Der N. fällt an England.
1946	K. wird UN-Treuhandgebiet und der Französischen Union assoziiert.
1955	Massaker der Franzosen bei Massendemonstrationen
1956	Verbot der Befreiungsbewegung UPC
1959	Nach längeren Massenbewegungen UN-Beschluß über die Unabhängigkeit Kameruns
1960	Am 1. Januar wird franz. K. unabhängig, Präsident wird H.A. Ahidjo.
1961	Vereinigung mit dem (brit.) Nord-K. zur Vereinigten Bundesrepublik Kamerun

94% der Wohnungen haben keine Elektrizität, 95% kein fließendes Wasser und 98% keine modernen sanitären Anlagen. Die Inflation von 35-40% betrifft insbesondere auch die Masse der Werktätigen, die mit durchschnittlich 170 DM im Monat 1/40 des Gehaltes eines Ministerialdirektors beziehen. Von den Schulen sind 2/3 privat und so teuer, daß sie fast nur von den Kindern der Bourgeoisie besucht werden können, falls die nicht ohnehin nach Frankreich zur Grundschule geschickt werden. Aber auch die staatlichen Schulen kosten Geld für Schuluniformen und Bücher. Zu

den Folgen der negativen sozialen Situation gehören verstärkte Jugendkriminalität und Kinderprostitution.

Die politischen Strukturen entsprechen bis auf die Parteienvielfalt formal dem französischen Modell. Die Regionen werden im Auftrage der Zentralregierung von einem Präfekten verwaltet, der Legislative und Exekutive in einer Person ist. Das schließt jede Demokratie aus. Es gibt nur eine legale Partei, die Nationalunion Kameruns (UNC), eine Zusammenrottung neokolonialer Gruppierungen, die mit dem Kampf um die Unabhängigkeit des Landes nichts zu tun hatten.

Das Problem der Menschenrechte entspricht der Logik des Programms der UNC. Amnesty International hat beispielsweise festgestellt, daß die seit 1961 ununterbrochen gültigen Notstandsgesetze Ahidjos Machtapparat uneingeschränkte Rechte einräumen, daß außerdem alle Delikte politischen Charakters der Ahidjo direkt unterstehenden Militärgerichtsbarkeit übertragen sind und schließlich, daß das staatliche und private Spitzelsystem Kameruns eines der bestfunktionierenden in Afrika ist. Dazu gehören Presse- und Briefzensur, Paß- und Straßenkontrollen, Meldepflicht für Versammlungen – selbst für Familienfeste – und Aufforderung zur allgemeinen Denunziation.

Ein Ausdruck der Problematik der Menschenrechte ist vor allem auch die Existenz von mindestens 22 KZs. In einem für 300 Personen gebauten Gefängnis wie dem in Douala sitzen heute 3.000 - 4.000 Leute. Das alles bedeutet, daß man die klassischen bürgerlichen Freiheiten wieder einführen muß. Und das impliziert die Notwendigkeit, die UPC mit all ihren Massenorganisationen wieder zu legalisieren.

Der Charakter der UNC und ihre Verflechtung mit dem französischen Imperialismus macht diesen Wunsch jedoch unerfüllbar. Die Voraussetzung ist also der Sturz des Regimes mit allen Mitteln.

AIB: Warum scheint die Situation in Kamerun im Vergleich zu anderen Staaten der Region ziemlich ruhig?

T. TCHAPTCHET: 1965 gab es in Kamerun 80.000 französische Soldaten. Inzwischen hat es eine Novellierung des Abkommens gegeben. Die heutige Zahl ist nicht bekannt. Es ist aber interessant, daß sich die französische Regierung geweigert hat, eine Anfrage seitens eines KPF-Abgeordneten in dieser Angelegenheit zu beantworten. Die gesamte kamerunesische Armee ist jedenfalls in französischer Hand. Daher möchte ich sagen, daß Ahidjos Regime sich nicht zuletzt durch französische Militärpräsenz hält.

Probleme des UPC-Widerstandskampfes

Die lange Herrschaft Ahidjos ist aber nicht nur damit zu erklären. Man muß leider auch von den objektiven Schwierigkeiten der fortschrittlichen Kräfte in Kamerun sprechen. Wenn die militär-diktatorische Struktur im Lande der Stärke der Opposition entspräche, hätte man wohl schon eine andere Lösung anstatt Ahidjos finden müssen. Wenn andererseits die militärische Stärke der UPC ihrer politischen Entsprechung hätte, wäre Ahidjo überhaupt nicht an die Macht gekommen.

AIB: Wo lagen die Probleme der UPC und was macht sie heute?

T. TCHAPTCHET: Nachdem unser Gründer und Generalsekretär, Ruben Um Nyobe, 1958 in Kamerun, im Kampf gefallen war, dauerte es nur noch zwei Jahre, bis auch unser Präsident Dr. Felix Roland Moumie, der die Partei nach ihrem Verbot vom Exil aus führte, in Genf von der „Roten Hand“, einer Geheimorganisation in der französischen Armee, vergiftet wurde. Er starb am 3.11.1960.

Dann blieben noch Kingue Abel und Ernest Ouandie übrig. Abel ist in Kairo gestorben. Ouandie organisierte in den

60er Jahren aufs neue die Arbeit der Partei – vor allem auch ihren Maquis (Bezeichnung für die französische Widerstandsbewegung; d. Red.) – im Land. Er wurde am 5.1.1971 öffentlich in Kamerun erschossen.

Diejenigen, die mit Ouandie die politische und militärische Arbeit im Land organisiert haben, sind alle nicht verhaftet worden und haben auch den Maquis seitdem nicht verlassen. Daß derzeit nichts militärisch geschieht, heißt darum nicht, daß nie etwas geschehen wird. Wir befinden uns heute in einer Phase der politischen Neustrukturierung etwa mittels der Frontorganisation des Manifestes für die Errichtung der Demokratie (MANIDEM), und wir brauchen auch internationale Zusammenarbeit. Wie Um Nyobe gesagt hat, wird man, solange das Kolonialproblem in seiner Gesamtheit nicht gelöst ist, nie von Entspannung oder Ruhe reden können.

Das auch unseren ausländischen Freunden, die Kamerun verdrängt haben, weil dort unten „nichts los“ sei, ins Gedächtnis zurückzurufen, ist eine unserer wichtigen Aufgaben.

Bewaffneter Kampf und Frontpolitik

AIB: Die Partei soll seinerzeit sehr durch eine „maoistische“ Krise geschwächt worden sein.

T. TCHAPTCHET: Es handelte sich hierbei um das Verhältnis der Partei zum sowjetisch-chinesischen Konflikt bzw. darum, wie sich diese beiden sozialistischen Staaten gegenüber einer Befreiungsbewegung verhalten, die dazu keine Stellung beziehen will. Wir waren seit je der Meinung, daß das Problem in der Dritten Welt nicht das einer Wahl zwischen verschiedenen sozialistischen Ländern ist, sondern das eines Kampfes um das Leben und die Befreiung. Jeder, der uns dabei helfen will, ist willkommen.

Nach dem, was wir heute sehen, die Position Chinas zur VR Angola, sein Bündnis mit den reaktionärsten Kräften in der Welt, all das spricht dafür, daß China nicht mehr zu den sozialistischen Ländern gezählt werden kann. Das ist so nicht eine offizielle Position der Partei, aber es gibt öffentliche UPC-Stellungnahmen gegen die Politik Chinas in der Dritten Welt. Über diese Grundposition gab es jedoch innerhalb der Partei nie wirklich Diskussionen.

Die sog. maoistische Krise ist das Ergebnis der jahrelangen destruktiven Arbeit der KP Chinas mittels einzelner Parteimitglieder, die im Namen eines Maoismus die Partei spalten wollten. Diese Tätigkeit fand zum Glück nur im Ausland statt. Zu Hause hatte die UPC andere Sorgen.

AIB: Auf welcher ideologischen und strategischen Grundlage arbeitet die UPC eigentlich?

T. TCHAPTCHET: Unsere Ideologie hat sich von einem z.T. bürgerlich durchsetzten Nationalismus in der Zeit unserer Zugehörigkeit zur westafrikanischen Demokratischen Sammlung Afrikas der Kolonialzeit langsam auf marxistische Positionen hin entwickelt. Langsam, weil die Partei zunächst ein breites antikoloniales Bündnis war.

Seit dem Tod von Ouandie 1971 standen wir jedoch vor der Notwendigkeit, eine eindeutige Linie zu entwickeln und öffentlich zu propagieren. Seitdem sind wir organisatorisch und programmatisch eine marxistisch-leninistische Partei. Unser politisches Ziel ist der Sturz des neokolonialen UNC-Regimes. Das setzt einen bewaffneten Kampf voraus. Die Organisation von Streiks und dergleichen dient zur Mobilisierung für diese Aufgabe. Zur Zusammenfassung der notwendigen Massenbasis hat die UPC die MANIDEM-Bewegung initiiert, die unter Führung der UPC alle Kamerunesen zusammenfaßt, die mit dem Regime unzufrieden sind und etwas Konkretes tun wollen. Die im Untergrund arbeitende MANIDEM hat sich am 15.1.1980 einen Nationalrat der

Revolution gegeben, der sich aus Delegierten aller innerhalb und außerhalb des Landes konspirativ arbeitenden Zellen zusammensetzt.

Die sozialen Kämpfe der jüngeren Zeit, Streiks im Hafen von Douala oder an den Universitäten und Gymnasien, sind Ergebnis der politischen Arbeit der UPC/MANIDEM. Andere Oppositionsgruppen gab und gibt es bei uns nicht. Die jetzige Etappe ist das Ergebnis der Lehren, die wir aus der Niederschlagung unseres damals leider ideologisch und organisatorisch ungenügend vorbereiteten bewaffneten Kampfes ziehen mußten.

AIB: Welche Rolle spielt eigentlich die BRD in Kamerun?
T. TCHAPTCHET: Die Rolle der BRD ist gegenüber der Frankreichs, das das Land zu einem exklusiven Jagdgebiet des französischen Neokolonialismus gemacht hat, untergeordnet.

Allerdings wurden beispielsweise kamerunesische Offiziere in der Bundeswehr-Führungsakademie in Hamburg ausgebildet. Dabei muß darauf hingewiesen werden, daß diese Armee eine Kolonialarmee reinsten Wassers ist, die im Kampf gegen das eigene Volk entstanden ist. Der Charakter dieser militärischen Zusammenarbeit wurde schlaglichtartig klar, als die BRD den kamerunesischen Offizier Metangmo Louis nach Kamerun auswies. Metangmo war während der Junta-Zeit in Griechenland zur Ausbildung gewesen, dort mit neuen Ideen und neuem Wissen über sein Land in Berührung gekommen und hatte dann ausgerechnet in der BRD um politisches Asyl gebeten. Er wurde sofort aus der BRD nach Kamerun zurückgebracht und dort am nächsten Tag erschossen.

Diesem Verhalten der BRD-Behörden liegt nicht nur die Solidarität mit Frankreich zugrunde, sondern auch die Tatsache, daß der Vertrag von 1959 vorsieht, daß die kamerunesischen Häfen und Militärbasen Frankreich, und damit der NATO, bis einschließlich 1999 zur Verfügung gestellt werden können.

NEUE STIMME

Ökumenische
Monatsschrift
zu Fragen in Kirche,
Gesellschaft und Politik

Die NEUE STIMME ist ein Organ engagierter Christen. Herausgeber, Mitarbeiter und Redaktion bemühen sich,

- Christen und Kirchen in der BRD für Frieden und Abrüstung zu aktivieren.
- die gesellschaftliche Verantwortung der Christen und Kirchen für den Bestand der Demokratie in der BRD herauszuarbeiten.
- die Kirchen aus ihrer Bindung an die wirtschaftlich Mächtigen zu lösen.
- die ökumenische Verantwortung der Kirchen in der BRD zu betonen.
- Kirchen und Christen an die gebotene Solidarität mit den um Gerechtigkeit und Freiheit kämpfenden Völkern heranzuführen.

Wir stehen in der Tradition der Bekennenden Kirche. Unsere Parteinahme begründen wir aus dem Evangelium, das das Recht des Menschen und der Völker auf menschenwürdiges Leben und soziale Gerechtigkeit fordert. Wir haben Konsequenzen gezogen.

Fordern Sie kostenlos und unverbindlich Probeexemplare an!
Pahl-Rugenstein Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51

Hans Mayer

Rückschau auf die Buchmesse

Afrika zwischen Kommerz und Dialog

Unter dem Motto „Afrika – ein Kontinent auf dem Weg zu sich selbst“ hatte sich die Frankfurter Buchmesse im vergangenen Oktober nach ihrem Lateinamerika-Schwerpunkt 1976 nunmehr zum zweiten Mal vorgenommen, sich intensiv mit der Literatur aus der sog. Dritten Welt auseinanderzusetzen. Von den Vertretern der Bundesregierung und der Messeleitung wurde darin eine Fortsetzung des europäisch-afrikanischen Kulturdialogs gesehen, dessen erste Marksteine in der Bundesrepublik das Westberliner Horizonte-Festival 1979 und das von Hildegard Hamm-Brücher initiierte Symposium '80 „Kulturbeziehungen – Brücke über Grenzen“ gewesen waren.

Wohlweislich blieben die Frankfurter Eröffnungsreden jedoch auf einer recht oberflächlichen Beschreibung der Kulturbeziehungen mit dem afrikanischen Kontinent stehen. Man beschränkte sich auf ein großzügiges Lamento über die Auswirkungen des bereits historischen Kolonialismus (das Kulturabkommen mit der Republik Südafrika fiel dabei geflissentlich unter den Tisch), auf die kulturelle Entwicklung Afrikas und leitete dann rasch zu „gemeinsamen Gegenwartsaufgaben“ über. Typisch sei dafür die Suche nach Identität in beiden Kontinenten, die bewältigt werden müsse. Für die Afrikaner mußte es allerdings recht seltsam anmuten, als ihr kultureller Befreiungskampf mit den Entfremdungsproblemen spätkapitalistischer Gesellschaften gleichgesetzt wurde.

Warum gerade Afrika?

Weitgehend im Hintergrund blieben die ökonomischen Interessen. Die Messe ist ja in erster Linie ein ökonomisches Ereignis, doch darüber spricht man bei offiziellen Anlässen weniger. Das Argument, man wolle den afrikanischen Ausstellern eine profitablere Beteiligung am Messegeschehen ermöglichen, mußte vor der Tatsache bestehen, daß sich die Frankfurter Buchmesse einem zusehends härter werdenden internationalen Konkurrenzkampf ausgesetzt sieht. Und in der Tat spielen die amerikanischen und britischen Großverlage schon seit längerem mit dem Gedanken eigene Buchmessen zu veranstalten; nur die umstrittene Standortfrage, New York oder London, hat sie bislang daran gehindert. Auch die bereits bestehende Tendenz zur Spezialisierung des Messegeschehens auf Teilbereiche des Büchermarktes hat die Frankfurter Messeleitung geradezu gezwungen, Schwerpunkte zu setzen.

Die Frage, warum gerade Afrika ausgewählt wurde, läßt sich relativ leicht beantworten. Die Bundesrepublik möchte entsprechend ihren ökonomischen Interessen eine Vorreiterrolle in den europäisch-afrikanischen Beziehungen einnehmen. Wie sich im Verlauf der Messe zeigen sollte, deckt sich dieses Interesse mit dem bundesdeutscher Großverlage. Diese Sichtweise kam jedoch weder auf der eigentlichen Messe, noch während des einige Tage zuvor eröffneten Rahmenprogramms ausführlicher zur Sprache. Innerhalb dieses Programms sollte durch die Ausstellung über moderne

Kunst aus Afrika, einen Monat des afrikanischen Films sowie ein Symposium über die Funktion moderner afrikanischer Literatur ein relativ umfangreicher Überblick über das moderne Kulturschaffen Afrikas gegeben werden.

Insbesondere das Literatur-Symposium verlief jedoch enttäuschend. Obwohl es mit Chinua Achebe, Mongo Beti, Francis Bebey, um nur einige aus der Phalanx afrikanischer Autoren zu nennen, hervorragend besetzt war, konnten die endlosen Monologe, Selbstdarstellungen und Wiederholungen zur kommunikativen, historischen, politischen und pädagogischen Funktion der afrikanischen Literatur – so der offizielle Themenkatalog – wenig überzeugen. An einer Frage von eher nebensächlicher Bedeutung, ob die Sprache der ehemaligen Kolonialherren von afrikanischen Autoren überhaupt benutzt werden sollte, entzündeten sich noch die größten Kontroversen.

Erst am dritten Tag, als James Matthews, der zum ersten Mal aus der Republik Südafrika hatte ausreisen dürfen (die Frage, warum es gerade der mit Südafrika auf vielen Ebenen kooperierenden BRD gelang, Matthews, Sepambla und Randall eine Ausreisegenehmigung zu verschaffen, blieb natürlich offen), sich zu Wort meldete, kam kurz Betroffenheit unter den anwesenden Autoren, Verlegern und Journalisten auf. Matthews demonstrierte mit einem emotionalen Ausbruch exemplarisch die Folgen jahrzehntelanger Isolation für einen schwarzen Autor im rassistischen Südafrika und brachte in der Sprachlosigkeit seine tiefe Abneigung gegenüber derartigen Veranstaltungen zum Ausdruck.

Durch die erneute Präsenz Südafrikas auf der Buchmesse kam es schließlich auch zum Eklat zwischen der Messeleitung und den schwarzafrikanischen Schriftstellern und Verlegern. Wiederholt hatten die Vertreter Schwarzafrikas in den Jahren zuvor dagegen protestiert, daß Verlage, die im Dienst des dortigen rassistischen Regimes stehen, von der Messeleitung zugelassen wurden. Der hinter der Messeleitung stehende Börsenverein des deutschen Buchhandels zog sich, wie schon bei der Zulassung neonazistischer Verleger, auf eine rein juristische Position zurück, die es ihm nicht erlaubte, Zensur auszuüben.

Dies stand nicht nur im Widerspruch zur diesjährigen Schwerpunktsetzung. Die vom Börsenverein abgegebene Begründung mußte auch deshalb verwundern, weil die Abwesenheit Taiwans bei gleichzeitiger Anwesenheit der VR China von den Veranstaltern nicht befriedigend erklärt werden konnte. Zurecht verärgert über die widersprüchliche Haltung des Börsenvereins beschlossen die afrikanischen Autoren und Verleger daraufhin einen eintägigen Boykott der Frankfurter Buchmesse und drohten für 1982 mit einem völligen Boykott. Die Frage der Teilnahme Südafrikas wird also bei der Vorbereitung der nächsten Buchmesse erneut zur Debatte stehen.

In der Tat war weder innerhalb des Rahmenprogramms noch auf der Messe selbst die weitreichende Fragestellung nach den aktuellen Formen des Kulturimperialismus in Afrika aufgeworfen worden. Es handelt sich dabei nicht alleine um die von einzelnen kritischen afrikanischen Vertre-

tern erwähnte materielle Lage des afrikanischen Schriftstellers, die nur zu oft mit geringen Beträgen von den Medienkonzernen abgespeist werden. Auch die Tatsache, daß der Medienmarkt in Afrika von einer Handvoll multinationaler Konzerne beherrscht wird, läßt sich darunter fassen. In frankophonen Afrika sind im Bereich des Verlagswesens beispielsweise 90% aller Verlage im Besitz ausländischer Unternehmen oder im Rahmen von Joint-Ventures (Gemischtunternehmen) mit diesen verbunden.

Dabei stellen die – vorwiegend französischen – Großverlage Kredite, Know-How, Beratung und Management zur Verfügung. Den Mittelpunkt dieser Aktivitäten bildet weniger die afrikanische Belletristik, die vorwiegend in Europa vermarktet wird, als der durch den Ausbau des Schulwesens attraktiv gewordene Schulbuchmarkt. Durch die kostenbegünstigte Herausgabe und Übernahme von Schulbüchern nach französischem Muster ist mit der Struktur dieser Kommunikationswege gleichzeitig mit dem Profit der Transport ideologieträchtiger Inhalte garantiert, die sozusagen von außen unkritisch übergestülpt werden. Vergleichbares gilt für die englischen Verleger im anglophonen Afrika. Ein nicht unwesentlicher Anteil ihrer Schulproduktion geht mittlerweile nach Afrika oder wird dort gedruckt.



Buchmesse-Preisträger Mariana Ba und Ernesto Cardenal

Nur wenige afrikanische Verlage können sich gegen diese übermächtige Konkurrenz behaupten oder überhaupt erst entwickeln. Die nigerianischen Verlage Fourth Dimension, Spectrum Books, Onibonjoje und Nwamife sind wie eine Reihe staatlicher Verlage in Ost- und Zentralafrika und in den ehemaligen portugiesischen Kolonien eher Ausnahmereisenercheinungen. Aber selbst das größte dieser Unternehmen, Fourth Dimension in Nigeria, konnte sich der Umklammerung durch einen Multi nicht länger entziehen. Auf der Frankfurter Buchmesse gab die Verlagsgruppe Bertelsmann, die u.a. auch in Brasilien kräftig expandiert, den Abschluß eines Beratungsabkommens mit dem nigerianischen Verlag bekannt. Das Interesse deutscher Großverlage, in den vom britischen und französischen Kapital beherrschten Medienmarkt in Afrika einzubrechen und damit der deutschen Industrie, wenn auch verspätet, zu folgen, ist offensichtlich. Damit schließt sich der Kreis hinsichtlich des Schwerpunkts Schwarzafrikas auf der vergangenen Buchmesse. Die Formel vom besseren Verständnis zwischen den Völkern, vom Dialog mit Afrika ist entmythologisiert.

Das will nicht heißen, daß sich die Teilnahme und der Beitrag Afrikas auf der Frankfurter Buchmesse auf diesen Tatbestand kulturimperialistischer Unterjochung reduzieren ließe. Schließlich kam darin auch der Erfolg des Befreiungskampfes auf kultureller Ebene zum Ausdruck, der heute nicht mehr ohne weiteres ignoriert werden kann. Niemand kann heute die Literatur Afrikas als unbedeutend bezeichnen, nicht zuletzt machte dies die Verleihung des eigens für afrikanische Autoren gestifteten japanischen Noma-Litera-

turpreises an die Senegalesin Mariana Ba deutlich.

Hierzulande besteht allerdings ein bedeutendes Defizit, was die Rezeption dieser Literatur angeht. Was in der Endphase des anticolonialen Kampfes Ende der 50er, Anfang der 60er Jahre im deutschsprachigen Raum zur Übersetzung und Veröffentlichung gelangte, ist mittlerweile weitgehend verschüttet oder wieder eingestampft worden.

Erst in der Vorphase dieser Buchmesse wurden in einer Dialog-Reihe Afrika zweier kleinerer Verlage wieder in einem breiteren Umfang afrikanische Autoren vorgestellt.

Bundesdeutsches Afrikabild der Exotik

Dieses Bemühen, die Literatur Afrikas, die sich zunehmend kritischer mit den Erscheinungsformen des Neokolonialismus beschäftigt oder sich mit den Aufbau Problemen eines Landes wie Angola auseinandersetzt, einem breiteren Publikum in der BRD zugänglich zu machen, ist in jedem Fall zu begrüßen. Das kann und darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß – im Gegensatz etwa zur DDR – das Afrikabild in der Bundesrepublik wesentlich durch Sachbücher über traditionelle afrikanische Kulturen oder über die Tierwelt Afrikas, kurzum von Exotik geprägt ist. Dieses Bild dominiert nach wie vor die Programme der großen Verlagshäuser. Daran konnte auch die Buchmesse nichts ändern.

Freilich sind Auswirkungen der Messe aufgrund einer entsprechenden Verlagsplanung erst mittelfristig feststellbar, wie schon das Beispiel Lateinamerika zeigte. Enttäuschend war die unmittelbare Reaktion der bundesdeutschen Zeitungen. In den voluminösen Literaturausgaben wurde kaum Notiz vom Afrika-Schwerpunkt genommen. Lediglich die Rundfunkanstalten bemühten sich um eine angemessene Berichterstattung.

Auch auf der Messe selbst blieben die afrikanischen Autoren und Verleger in der Halle 7 relativ isoliert von der regen Geschäftigkeit um Lizenzen und Übersetzungsrechte. Überraschend positiv war jedoch der Zuspruch des Publikums. Interesse erregte nicht nur die ebenfalls dort stattfindenden Ausstellungen von Büchern aus und über Afrika. Zahlreiche Lesungen afrikanischer Autoren fanden eine ebenso aufmerksame Zuhörerschaft wie die Kulturveranstaltung des Afrikanischen Nationalkongresses Südafrikas (ANC), dem neben der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO) von der Messeleitung eigene Infostände zur Verfügung gestellt worden waren.

Ihren Höhepunkt und zugleich Abschluß erreicht die Messe mit der Verleihung des Friedenspreises des deutschen Buchhandels an Ernesto Cardenal, den politischen Dichter, Revolutionär und heutigen Kultusminister Nikaraguas. Ihm war es schließlich auch vorbehalten, durch einen spontanen Besuch der Halle 7 eine solidarische Verbundenheit der Völker Lateinamerikas mit denen Afrikas zum Ausdruck zu bringen.

Es blieb nicht nur im Hinblick auf die Teilnahme der Republik Südafrika ein Eindruck zurück, der ein eindeutig positives Resümee der Frankfurter Buchmesse nur schwerlich zuläßt. Sie war, wie Tchicaya U Tam'si aus der VR Kongo es ausdrückte, ein Ort – wie alle Messen, an dem man Handel trieb. Darin wurde auf Afrika wenig Rücksicht genommen. Sie war darüber hinaus aber auch ein kulturelles und historisches Ereignis ersten Ranges, nicht zuletzt durch den Beitrag, den Afrika mit seinen Autorenlesungen und Kulturveranstaltungen selbst erbrachte.

**Adressenänderungen bitte rechtzeitig bei der
Redaktion und bei der Post bekanntgeben!**



Türkaya Ataöv

Die Palästinenser. Ihre Persönlichkeit und Kultur (2. Teil)

Unter diesen Umständen ist es keine Überraschung, daß die Palästinenser den Schutz ihrer Kultur als eine Form des Widerstandes betrachten. Deshalb wurde die erste Konferenz der Generalunion Palästinensischer Künstler in Souk al-Garb im Libanon vom 4. - 7. Juli 1979 unter das Motto gestellt: „Kunst ist eine Waffe für Palästina“.

Die palästinensischen Künstler haben Meisterwerke geschaffen voller Entschlossenheit, Herren ihres eigenen Landes zu sein. Unabhängig davon, welche gestalterische Richtung sie haben mögen, sie bewahren etwas, das spezifisch palästinensisch ist. Sie verstehen Kunst als ein Mittel des fortdauernden Kampfes. Das beherrschende Thema dieser Kunst ist die Rückkehr und die Liebe zu ihrem Land.

Kunst als Waffe

Arabische Künstler, die nicht Palästinenser sind, haben ihre eigene Persönlichkeit in diesem vereinigenden Thema gefunden. Mouna Saudi zum Beispiel kommt aus Amman (Jordanien) und hat Bildhauerei in Paris studiert. Sie fühlt wie eine Palästinenserin und führt jetzt den Vorsitz der Sektion bildende Kunst der PLO (Palästinensische Befreiungsorganisation, d. Red.). Die palästinensischen Maler nehmen durch ihre Werke am Kampf teil. Als Mouna Saudi im Jahre 1968 die Palästinenserlager besuchte und den Kindern Papier und Stifte gab, malten diese lebensechte Bilder von Napalmbomben werfenden israelischen Flugzeugen und palästinensischen Guerilleros, die mit ihren Waffen auf Invasionspanzer zielen. Diese Zeichnungen, ausgewählt aus tausenden, die im Lager Baqaa in Jordanien von fünf- bis vierzehnjährigen palästinensischen Kindern gesammelt wurden, wurden später veröffentlicht.⁸ (...)

Kind oder Erwachsener – der palästinensische Künstler ist revolutionär, da er imperialistisches und zionistisches Unrecht zurückweist ohne dabei aufzuhören, der Schönheit der Welt Beifall zu zollen. Einige von ihnen arbeiten unter den rauen Bedingungen der Besatzung. Das Erscheinen der palästinensischen Flagge auf der Leinwand ist ein „Verbrechen“, ebenfalls die Abbildung jeder Art von Gewalt.

Verschiedene Palästinenser, die in einem Zweig der sieben

Künste arbeiten, erlitten Haft, Folter oder Deportation. Trotzdem fahren sie fort, ihre Botschaft auszudrücken, sei es in Volkstrachten, den ernstesten Gesichtern der Bauersfrauen oder einfach der Darstellung des Landes selbst.

Einer der frühesten und bekanntesten palästinensischen Maler ist **Ismail Shammout**⁹, dessen einfacher, aber emotionaler Stil unter den Massen sehr populär ist. Shammout nimmt eine besondere Stellung ein, da er eine wirkungsvolle Rolle in der Schaffung einer völlig neuen Schule palästinensischer Künstler gespielt hat. Seine Werke haben eine hingebungsvolle Form, die mit der Realität verbunden erscheint.

Geboren in der palästinensischen Stadt Lydda, zeigte er frühes Interesse an Kunst, aber die Tragödie von 1948 lenkte seine Tätigkeit in eine andere Richtung. Obwohl er von der Mittelschicht angehörenden Eltern abstammte, fand er sich und seine Familie in einer öden Gegend wieder, weit weg von zu Hause, wo sie in einem Zelt Zuflucht gefunden hatten. Er wurde schließlich Lehrer bei der UN-Flüchtlingshilfeagentur und ging später nach Kairo, um Kunst zu studieren. Dort malte er „Das kleine Flüchtlingsmädchen“, „Wo ist mein Vater“, und „Wohin“.

Er hatte eine Ausstellung in Gaza 1953, die erste, die von einem Palästinenser in Palästina gezeigt wurde. Er setzte seine Studien in Rom fort, wo er „Erinnerungen und Feuer“ im Jahr 1956 malte. Die folgenden Desaster, wie die zionistischen Aggressionskriege 1956 und 1967, das israelische Massaker 1966 in dem palästinensischen Dorf Sammua, die Massaker vom September 1970 in Jordanien und die Schlächterei von Tel al-Zaatar 1976 (palästinensisches Flüchtlingslager im Libanon; d. Red.) bewegten ihn dazu, die Gefühle seines Volkes auszudrücken.

Ibrahim Ghanam¹⁰, geboren 1930 in dem Dorf Al-Yajour in der Nähe von Haifa, fand sich plötzlich als Flüchtling im Libanon wieder. Er beschreibt im allgemeinen, wie glücklich man in Palästina war. „Die Ernte“ zum Beispiel ist ein Gemälde, das palästinensische Bauern beim Mähen ihres Weizens zeigt. „Das Hochzeitsfest“ zeigt das friedvolle Leben, das der Zionismus ihnen geraubt hat. Er malt ebenso das düstere Leben in den Flüchtlingslagern, zeigt die Menschen

beim Schlangestehen, jeder auf ein wenig Mehl, Reis oder Zucker wartend. Das Massaker von Tel al-Zaatar berührte Ghanam sehr; er malte ein nacktes palästinensisches Mädchen, dessen Hände mit einem Strick gefesselt sind und das von einem Phalange-Milizionär weggezerrt wird, während die übrigen Milizionäre herumtanzen.

Einer der führenden palästinensischen Maler ist **Kamal Boulata**, der in den USA im Exil lebt. **Vladimir Tamari** lebt in Japan. **Moustafa Hallaj** erzählte dem Autor in Beirut, daß seit 1967 die Mitglieder seiner Familie nicht in der Lage waren, sich um einen Tisch zu versammeln.

Die führenden palästinensischen Künstler in den besetzten Gebieten wie **Suleiman Mansour**, **Kamel Al-Moghanny**, **Nabil Anani** und **Issam Badr** offenbaren eine alles beherrschende „Palästininität“. Sie befolgen einen Stil, der in den Traditionen der Volkskunst wurzelt, in Folklore, Handwerk und Kalligraphie. Die Themen sind die Bestrebungen der Menschen, ihre Probleme, ihre Nöte, ihre Arbeit. Da offene „politische“ Ausdrucksformen in den besetzten Gebieten verboten sind, nehmen sie oft Zuflucht zu Symbolen, wie z.B. dem versteckten Gebrauch der Nationalfarben.¹¹

Die palästinensischen Künstler unter der Besatzung nehmen aktiv am wachsenden Kampf ihres Volkes teil, seine Kultur zu bewahren und zu entwickeln. Trotz aller Formen der Unterdrückung ist es ihnen gelungen, das tägliche Zusammenleben mit allseitigem Widerstand zu verbinden. (...)

Der Kampf für Palästina hat die Kunst in der arabischen Welt bereichert. Sogar die alte arabische Schrift selbst sucht eine neue, realistische Form. Die Wandplakate und die Überschriften der Veröffentlichungen reaktivieren die Form der alten arabischen Schrift. Man kann die alten Linien verfolgen, aber sie haben sich weiter entwickelt.

Literatur: „Es gibt Platz hier für Euch und uns“

Die Sache kann vielleicht besser verdeutlicht werden am Beispiel der jüngsten Novelle von **Nawaf Abu Al-Haija** mit dem Titel „Du bist der Äquator“.¹² Diese kurze Novelle behandelt die dialektische Beziehung zwischen dem palästinensischen Problem und der nationalen Frage sowie die sozialen Ziele der Araber und die Idee der totalen Befreiung, verbunden mit dem sich entwickelnden humanitären Geist der arabischen Persönlichkeit. Die Charaktere der Novelle typisieren die geschaffenen Persönlichkeiten als Ergebnis der gewaltigen Wirkung der palästinensischen Revolution auf die arabische Denkweise.

Die von Palästinensern geschriebenen Kurzgeschichten zeigen die gleiche Herangehensweise. Diejenigen, die Übersetzungen einer Auswahl solcher Kurzgeschichten vorbereitet haben, sagen: „Wir Palästinenser möchten von unserer Liebe sprechen – von Palästina. Viele Palästinenser liebten ihr Land und gaben die Blüte ihrer Jugend und sogar ihr Leben, um sie zurückzuerobern. ... Die Liebenden, die fielen, sind in Kerzen verwandelt, die den Weg für die Helden erleuchten, die nach ihnen kommen... Sie nahmen uns unser Land ... änderten den Namen ... seine Kennzeichen ... Sie nahmen das Erbe Palästinas, um es sich anzueignen... Wir haben beschlossen, mit dieser Geschichtensammlung der Welt zu sagen, daß ... das palästinensische Volk lebt und niemals sterben wird.“¹³

Nehmen wir zum Beispiel **Tawfiq Fayyad**. Er ist ein palästinensischer Novellist, der im besetzten Palästina lebte, wo er Zeuge der zionistischen Terror- und Rassismuspraktiken wurde. Seine Folge von Kurzgeschichten mit dem Titel „Die gelbe Straße“ zeigen die Leiden und die Beharrlichkeit seines Volkes unter der Besatzung auf. Der Bauer **Abu Hussein** in **Fayyads** „Die Stute“ steht für jeden anderen Palästinenser, dessen Land, die einzige Einkommensquelle, von den

zionistischen Behörden konfisziert ist. „Die See wurde blau“, geschrieben von **Yahia Rabah** im Flüchtlingslager **Dair Al-Balah** in Gaza, erzählt vom Leben zwischen Meer und Wüste, oder zwischen Gerechtigkeit und dem Unmöglichen. Die Hauptfigur **Abu Al-Habbash**, der zum Fischen hinausfahren muß, kehrt nie wieder von der See zurück, die von den Zionisten als „militärisches Gebiet“ bezeichnet wird. Der Strick um den Hals von **Abdul Ghani Al-Ayyubi** in **Walid Rabahs** „Inschriften an der Wand der Zelle“ ist in Wirklichkeit die Knechtschaft eines ganzen Volkes.

Yusuf Iraqi und viele andere haben das schreckliche Massaker in Tel Al-Zaatar enthüllt. In diesem Schriften lebt die legendäre Schlacht der 53 Tage, in denen die Arbeiterkommune so viele Angriffe zurückgeschlagen hat. In **Rashad Abu-Shawars** „Die Ahnen“ verliert **Mahmoud** nicht eine Sekunde, um sein Gewehr zu ergreifen, nachdem er seinen Vater begraben hat. **Mahmoud Labadis** „Das Zimmer auf dem Dach“ ist nur eine der Episoden, die die Zerstörung von arabischen Siedlungen behandelt. **Faris Glubbs** „Die Rückkehr“ ist mehr als eine Analyse, es ist eine Lösung; zu dem alten Juden, der vor vielen Jahren nach Palästina kam, als Pionier, voller Ideen von Eroberung und Ruhm, und der nun sieht, welche Zerstörung seine Torheit angerichtet hat, sagt **Abu Adnan**, während er sein altes Gewehr fester über die Schulter zieht: „Palästina lebt, und es gibt Platz hier für Euch und uns“.

Die meisten der palästinensischen arabischen Dichter, die jetzt unter zionistischer Besatzung leben, wurden in die Tragödie ihres besetzten Landes in den Jahren ihrer Kindheit oder ihres Heranwachstums hineingezogen. Die Qual und die Prophetie in ihren Versen beweisen, daß der Kampf um die Befreiung Palästinas nicht aufgehoben werden kann.¹⁴ Wie es in **Tawfiq Zayyads** Zeilen ausgedrückt wird, sind die Palästinenser wie tausend Verstoßene, die überall verstreut sind, ihre Lieder singen, Verliese mit Stolz erfüllen und ihr bestes Blut vergießen. In einem wunderschönen langen Gedicht beschreibt **Mahmoud Darwish** den Liebhaber aus Palästina: „... Palästinensisch sind deine Augen, deine Tätowierung/ Palästinensisch ist dein Name/ Palästinensisch ist dein Denken, deine Kleidung/ Deine Füße, deine Gestalt/ Palästinensisch die Worte/ Palästinensisch die Stimme/ Du lebst palästinensisch/ Und wirst palästinensisch sterben.“ (...)

Volkskunst und Kino

Die Vereinigung für Theater und Palästinensische Volkskunst ist eine der kulturellen Institutionen, die der Autor in Beirut besucht hat. Die Akteure führen auf der Bühne eine Tanzfolge auf, die ihren Kampf gegen den Besatzerfeind widerspiegelt. Zu Beginn pflügen und pflanzen die palästinensischen Bauern friedlich. Mädchen singen und tanzen zu traditioneller Musik. Plötzlich gibt es eine Explosion mit disharmonischen Geräuschen, die offensichtlich keinerlei Beziehung zu dem Land und dem Leben auf ihm haben. Die Israelis dringen ein mit verschiedenen Uniformen, aber das Land weist sie zurück, und die Flöte übertönt am Ende die disharmonische Musik.

In gleicher Weise greifen das Palästinensische Filminstitut und die **SAMED**-Filmproduktion (**SAMED** ist die für die Produktion und den Vertrieb von Waren zuständige Unterorganisation der PLO; d. Red.) das Thema eines Volkes auf, dessen Land durch Gewalt usurpiert wurde. Gegen Ende 1978 bekam „Der Tag des Bodens“ unter der Regie von **Ghalib Sha'ath**, der den andauernden Widerstand der palästinensischen Massen beschreibt, den Goldenen Preis des Leipziger Filmfestivals.

Der Film über Tel al-Zaatar kam beim Filmfestival von

Carthago in Tunesien im gleichen Jahr sehr gut an. Ein anderer, im Jahr 1979 in Zusammenarbeit mit der Palästinensischen Gesellschaft des Roten Halbmonds hergestellt, zeigt nicht nur die Tätigkeit der letzteren, sondern ist auch ein Zeuge für die zionistischen Scheußlichkeiten. Als er zu den internationalen Filmfestspielen nach Varna (Bulgarien) geschickt wurde, legten die Amerikaner, Westdeutschen und Schweizer ihr Veto ein; der Film wurde jedoch außer Konkurrenz gezeigt und bekam einen Sonderpreis.

„Die Kinder Palästinas“, der die Bombardierung von Schulen zeigt, ist eine weitere Dokumentaraufzeichnung der israelischen Zerstörung. Dieser Film rief widersprüchliche Reaktionen hervor, als er im Kanal 13 des Fernsehens von New York gezeigt wurde. Während einige über die brutalen Angriffe der Israelis auf Zivilisten im südlichen Libanon geschockt waren, erreichten die zionistischen Kreise, daß die für die Sendung verantwortliche Person von ihrem Posten gefeuert wurde. Derselbe Film, der nun fast überall im Umlauf ist, erfuhr eine überwältigende Aufnahme bei der Internationalen Dokumentar- und Kurzfilmwoche in Leipzig. Er bekam den „Jury-Sonderpreis“. In Leipzig hatte ein anderer Film Premiere, der das kubanische Jugendfestival behandelte. Ghalib Sha'ath arbeitet im Moment an „Der Olivenzweig“.

„Der Fünfte Krieg“, der die israelische Invasion im Südlibanon am Beginn des Jahres 1978 behandelt, ist eine Koproduktion des Palästinensischen Filminstituts mit der SAMED-Filmproduktion. (...)

Die palästinensische Revolution bringt das Recht der einheitlichen Existenz des Volkes von Palästina zur Geltung.

Ein langwieriger Kampf wird zur Änderung verschiedener falscher Vorstellungen geführt. Die palästinensische Realität ist schon im arabisch-palästinensischen Bewußtsein verwurzelt. Sie beginnt auch im internationalen Denken Wurzeln zu schlagen. Alles, was zur Förderung der politischen und kulturellen Existenz dieses Volkes getan wurde, beweist, daß Versuche, seine unabhängige Identität zu zerstören, gescheitert sind.

Mehr noch, die palästinensische Persönlichkeit wird gefördert. Die Schriftsteller, Dichter, Künstler und anderen Intellektuellen, die über die gesamte Welt verstreut sind, kämpfen, um wirklichen Frieden hervorzubringen, der allein auf die Wiederherstellung der Rechte der Palästinenser gegründet werden kann.

Schluß

Anmerkungen:

- 8) Mona Saudi (Hrsg.), In Time of War: Children Testify, Beirut 1970
- 9) Nasser Al-Soumi/ Ismael Shammout, The Emergence of Palestinian Plastic Arts, in: Palestine, Beirut, Band V, Nr. 11/16.-30. Juni 1979, S. 37-38. Dieser Artikel wurde ursprünglich in Al-Katib al Arabi, Nr. 7/1979 veröffentlicht.
- 10) Ibrahim Ghanam: A Militant Palestinian Artist, in: Palestine, Band IV, Nr. 20-21/15.-30.11.1978, S. 42-43
- 11) Vgl. Vladimir Tamari, Canvas Behind Barbed Wire, in: Palestine, Band V, Nr. 7/15.-30.4.1978, S. 22-23 und Palestinian Artists Under Occupation: Tooted in Their People's Resistance, in: Palestine, Band V, Nr. 19/16.-31.10.1979, S. 31-34
- 12) Nawaf Abu-al-Heija, On Palestinian Literature, in: Bagdad Observer. Weekly Supplement, Band II, Nr. 8, 29.1.1980, S. 7
- 13) Stars in the Sky of Palestine, Kurzgeschichten, übersetzt von Faris Glubb, Beirut, 1978
- 14) They Claim There is No Resistance, Kuwait 1971

ERNESTO CARDENAL

Friedenspreisträger
des Deutschen
Buchhandels 1980



„Die Dichtung Ernesto Cardenals ist ein Gang durch die Geschichte seines Kontinents, Erinnerung an Leiden und Hoffnung der Völker und wortgewaltige Mahnung zur Liebe als dem einzigen Element der Veränderung. Sein Werk ist gegründet auf die Hoffnung an die noch nicht entfaltenen Möglichkeiten eines Menschen. Cardenal hat die Kraft eines Poeten, dessen Welterfahrung Wort wird. Er schreibt eine sinnhafte, anschauliche Dichtung, reich an Realität, keinem Dogma verpflichtet und christlich im Sinne einer Humanität, in der gesellschaftliches Engagement und Individualismus einander nicht ausschließen. Als Dichter und Priester ist er Teil der Gesellschaft der Zukunft, die – nach seinen eigenen Worten – im Keim schon überall auf der Erde existiert.“

**Peter
Hammer
Verlag**

Postfach 200415
5600 Wuppertal 2

Bitte fordern Sie unser
Gesamtverzeichnis an.

Seine Bücher im Peter Hammer Verlag

Das Evangelium der Bauern von Solentiname.
Gesamtausgabe, 680 Seiten. Leinen. DM 36,80

Die Stunde Null.

Von der Heiligkeit der Revolution/Gebet für Marilyn Monroe/Für die Indianer Amerikas/
Das Buch von der Liebe. Taschenbuchausgabe. 400 Seiten. DM 14,80 (2. Auflage)

Nationallied für Nicaragua. Drei Gedichte. Unveränderte Neuauflage; früherer Titel
„Orakel über Managua“. 88 Seiten. Broschiert. DM 12,-

Psalmen.

48 Seiten. Großformat. DM 6,80 (10. Auflage)

In Kuba

Bericht von einer Reise. Mit einem Nachwort von Johann Baptist Metz.

Taschenbuchausgabe, 400 Seiten. DM 16,80

Ufer zum Frieden. Ein Meditationsbuch mit Fotos von Conrad Contzen. 64 Seiten.

Großformat. DM 19,80 (3. Auflage)

Musik, die zum Himmel steigt.

Primitive religiöse Poesie. 112 Seiten. Broschiert. DM 12,80

Unser Land mit den Menschen, die wir lieben.

Gedichte. Mit Bildern aus Solentiname und dem neuen Nicaragua.

64 Seiten. Großformat. DM 19,80

AIB-Seminar **Verhältnis Frieden und Befreiungskampf (1)**

Anlässlich seines 10. Jahrestages veranstaltete das AIB am 29. November 1980 in Marburg ein Seminar mit dem Titel Frieden und Befreiungskampf, an dem rund 45 Personen teilnahmen. Es wurde zu einer Diskussionsrunde vornehmlich über die weltpolitische Zuspitzung 1979/80, die imperialistische Globalstrategie und einige Kernfragen des Verhältnisses von Friedensverteidigung und Befreiungskampf der Völker der sog. Dritten Welt.

Die Veranstalter gingen dabei von der Überlegung aus, daß dieses Thema mit dem Rückgriff der USA bzw. NATO-Mächte auf eine globale Strategie der Konfrontation und des Interventionismus in der Dritten Welt noch an Bedeutung für die Befreiungsbewegung Asiens, Afrikas und Lateinamerikas wie für die Solidaritätsbewegung hierzulande hinzugewinnt. Fragen nach den Konsequenzen einer weiteren Verhärtung dieses Konfrontationskurses bedürfen daher einer eingehenderen Klärung und Verankerung in einer breiteren Öffentlichkeit.

Das AIB wollte mit seiner Seminar-Diskussion einen Anfang in diese Richtung machen. Es wird ferner im kommenden Jahr 1981 verschiedene brisante Punkte dieser Diskussion in gesonderten Analysen aufgreifen und vertiefen, darunter die Kriegseskalationsgefahr am Persischen Golf (siehe u.a. die Beiträge von W. Bröner und dem Arabischen Volkskongreß in diesem Heft), die Globalstrategie und Dritte-Welt-Konzeption des Ronald Reagan, die (Militär-)Expansion der BRD, Frankreichs und Japans in die Dritte Welt oder das Verhältnis von Waffenexportgeschäften/Rüstung und Unterentwicklungsbewältigung.

Einige relevante Diskussionsergebnisse und Thesen seien hier zusammengefaßt:

Bei der Beurteilung der **aktuellen weltpolitischen Konstellation** unterstrich P. Dietzel, daß wir es dabei mit dem schwersten Gegenangriff gegen den Entspannungsprozeß, mit einer Wende in der imperialistischen Außenpolitik, die von langer Hand vorbereitet wurde (NATO-Langzeitprogramm, Verzögerung von SALT II, NATO-Atomraketenbeschluß usw.), zu tun haben. Mit dem Anheizen der Afghanistankrise, Carters Interventionsdoktrin und der Carter-Direktive 59 zur Schaffung einer nuklearen US-Erstschlagskapazität habe sich dieser Kurs der Gegenentspannung und neokolonialistischen Revanche verfestigt. Dies alles heiße aber noch nicht, daß die Welt bereits in die Periode des Kalten Krieges zurückgekehrt sei, gäbe es doch insbesondere mit dem sozialistischen Lager, der internationalen Arbeiter- und Friedensbewegung und der Dritten Welt gewichtige Gegenkräfte. Der aktiven Friedensverteidigung komme ohnehin im Atomzeitalter auch für die Dritte Welt erhöhtes Gewicht zu und umgekehrt begünstige die Friedenssicherung progressive Prozesse.

Widerspruch wurde gegen folgende These zur **imperialistischen Dritte-Welt-Politik** angemeldet: Während in den 70er Jahren die neokolonialistische Modernisierung (Anpassung) Vorrang erhalten habe, stünde für die 80er Jahre wieder der Rückgriff zur kompromißlosen Weltherrschaftspolitik bzw. zur militärischen Option ins Haus. Einmal wandten verschiedene Diskutanten ein, es sei notwendig die neokolonialistische Konzeption der USA und anderer Westmächte differenziert zu fassen, da die traditionell größere Anpassungs- bzw. Konzessionsbereitschaft etwa der BRD gegenüber den ökonomischen Bestrebungen der Entwicklungsländer, ihre vergleichbar geringe Militärpräsenz und ihre frühzeitige sozialreformistische Modernisierung der Entwicklungspolitik hier unterschiedliche Voraussetzungen gegenüber denen der neokolonialen Macht Nr. 1, den USA, setze. Weiter wurde darauf verwiesen, daß mit der Verankerung des Projekts einer Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung (NIWO) und dem eigenständigen Auftreten der Dritten Welt in den Vereinten Nationen die ökonomische Anpassung von den neokolonialen Hauptnächten weitergeführt werden müsse, wenngleich auch die militärische Interventionskarte – vor allem seitens der USA und Frankreichs – nun stärker gespielt werden solle.

Bernd Greiner erhärtete dieses Differenzierungserfordernis mit einer Rückschau auf die Traditionslinie in der Global- und Dritte-Welt-Konzeption der USA. Seit den 50er Jahren sei die militärische Gewaltvariante hier übermächtig geblieben, abgesehen von der Episode unter J.F. Kennedy, der 1961 als Reflex auf die kubanische Revolution das sozialreformistisch-intergrationistische Programm „Allianz

... Befreiungskampf, 29. Nov. 1980



Seminar-Teilnehmer (v. l. n. r.): B. Greiner, W. Bröner, E. Rudolf

für den Fortschritt“ für Lateinamerika verkündet hatte. 1969 sei es in den USA erstmals zu einer breiten Diskussion für eine Differenzierung der neokolonialistischen Strategie gekommen, welche in Westeuropa schon seit zwei Jahrzehnten lief. Dennoch blieb die veränderte US-Strategie der 70er Jahre eine Art Kompromißlinie zwischen integrationistischen Teilkonzessionen und – mit dem Ende des Vietnamkrieges 1973 – dem indirekten US-Militärinterventionismus (Nixon-Doktrin). Gegen Ende der 70er Jahre verstärkten dann neuerliche empfindliche Positionsverluste der USA in der Dritten Welt den Trend unter den Herrschenden, der interventionistisch-militärischen Variante wieder den eindeutigen Vorzug vor der integrationistischen zu geben. Die Verkörperung dieser neokolonialistischen Revanchevariante sei Ronald Reagan.

Dieser Rückfall der USA in den direkten Interventionismus wurde laut Wolfram Bröner bereits mit der Carter-Doktrin und den militärischen Aufmärschen 1979/80 in Zentralamerika und dem Persischen Golf de facto vorvollzogen. Er stelle eine akute Gefahr für den Weltfrieden, die Befreiungsbewegungen und progressiven Regimes in der Dritten Welt dar. So drohe gerade in den Krisenzentren Mittelamerika (El Salvador/Nikaragua) und im Mittleren Osten ein neues Vietnam.

Wenn man das **Verhältnis von Spannung und Revolution** in den 70er Jahren bilanzierte, so werde nämlich deutlich, daß die von imperialistischer Seite in den Entspannungsprozeß gesetzten Hoffnungen auf ein Abflauen des Befreiungs- und Klassenkampfes, von revolutionären Prozessen enttäuscht wurden. Gerade in den 70er Jahren häuften sich spektakuläre Befreiungsrevolutionen, von Vietnam, Laos, Mocambique, Angola, Äthiopien, Afghanistan bis hin zu Nikaragua. Mit strategischen Einbrüchen in Indochina, dem Iran und Mittelamerika, mit der antineokolonialistischen NIWO oder dem erhöhten Gewicht der Ölländer erwuchs ihnen in der Dritten Welt ein neues, ernstzunehmendes Gegenpotential. Der politische Entspannungsprozeß habe also die internen revolutionären Entwicklungstrends in der Dritten Welt begünstigt – ein Grund mehr für die Befreiungsbewegungen, den gegenwärtigen Angriffen auf die Entspannung mit den Kampf anzusetzen und auf deren Vertiefung, d.h. den Übergang zur militärischen Entspannung (Abrüstung) zu drängen.

Die Diskussionsergebnisse zum **Verhältnis Rüstung und Unterentwicklung** sollen in einem gesonderten Beitrag in AIB 2/1980 ausführlicher folgen.

Der Mord an Patrice Lumumba

Am 30. Juni 1960 wurde die belgische Kolonie Kongo (heute: Zaire) unabhängig. Der erste Ministerpräsident hieß Patrice Emery Lumumba. Ein halbes Jahr später, in der Nacht vom 17. auf den 18. Januar 1961, wurde er zusammen mit seinen Kampfgefährten Mpolo und Okito in Elisabethville (heute: Lubumbashi) ermordet.

Patrice Lumumba wurde am 2. Juni 1925 als Sohn eines armen Bauern in der Kasai-Provinz geboren. Er besuchte eine Missionsschule, versuchte sich in einer Arzthelferausbildung, entwickelte sich, da ihm der Zugang zu einer höheren Schule verwehrt war, zum begabten Autodidakten. 1943 wurde er Angestellter eines Bergbauunternehmens in der östlichen Kivu-Provinz, 1947 Postangestellter. In jene Zeit fielen die ersten größeren Protest- und Aufstandsbewegungen der ausgebeuteten und blutig unterdrückten Menschen der Kolonie (die in den 80 Jahren Kolonialherrschaft die Hälfte ihrer Bevölkerung verlor!).

Der Reichtum des Kongo konzentriert sich auf die südlichen Provinzen, vor allem Kasai (Diamanten) und Katanga (heute: Shaba), das sich mit seinen gewaltigen Kupfervorkommen an den sog. Kupfergürtel anschließt, der ins damals noch britische Nordrhodesien (Sambia) hineinreicht. Neben Kupfer werden in Katanga Kobalt, Zinn und Uran gewonnen. Belgisches und britisches Kapital beherrschte traditionell diese Region. Im Zentrum stand die Union Minière du Haut Katanga (UMHK), eine Tochtergesellschaft der belgischen Societe Generale, verflochten mit Bergbautrusts wie der südafrikanisch-britischen Anglo-American/DeBeers, der britischen Tanganyika Concessions (Besitzerin der wichtigen Benguela-Bahn von Katanga zum angolanischen Hafen Benguela) oder den bolivianischen Zinn-Baronen Patino. Verstärkt seit dem Ende der 40er Jahre versuchte jedoch US-amerikanisches Kapital, zunächst in Nord-Rhodesien und dann auch im Kongo, Fuß zu fassen. Die Rivalität sollte für das Schicksal des Kongo tragische Bedeutung erhalten.

Von 1948 an betätigte sich Patrice Lumumba politisch. Er reiste viel durch die Kolonie, hielt Ansprachen, die seinen Ruhm als mitreißender Redner und charismatischer Politiker begründeten, informierte sich über die Lage seiner Leidensgefährten. In einem 1956 erschienenen Buch legte er seine Vorstellungen dar, die zunächst noch vom Gedanken der Klassenharmonie und der gleichberechtigten Kooperation mit den belgischen Kolonialherren gekennzeichnet waren. In einigen Punkten ging er jedoch darüber hinaus, so in der Frage einer Landverteilung.

Am 5. Oktober 1958 gründete er eine Partei, die Nationale Bewegung des Kongo (MNC). Innerhalb kurzer Zeit gewann die MNC großen Einfluß mit einem Programm, das zwar noch keineswegs allzu radikal war, aber sich durch einige wesentliche Grundsätze auszeichnete. Neben der Forderung nach Unabhängigkeit und Aufbau einer Demokratie waren dies solche wie die nach Erhalt der Einheit des Landes, der Beendigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, nach Nutzung der Reichtümer des Landes zugunsten der Kongoleesen. Über die Frage der nationalen Einheit kam es zur Abspaltung einer Gruppe unter A. Kalondji aus der Kasai-Provinz auf Betreiben der Konzerne Forminiere (UMHK) und DeBeers, die gemeinsam die Diamantenvorkommen dort ausbeuteten. Kalondjis vor allem auf den Lulua-Stamm gegründete Gruppe sollte zum Todfeind Lumumbas werden.



Auf die wachsende Unruhe in der Kolonie reagierte Belgien schließlich im Januar 1960 mit Unabhängigkeitsverhandlungen auch mit Lumumbas MNC. Im Mai 1960 wurde gewählt, die MNC errang eine relative Mehrheit, Lumumba wurde damit Kandidat für den Ministerpräsidentenposten. In Brüssel und London erwartete man die Unabhängigkeit mit Besorgnis, in Wall Street eher hoffnungsvoll, würden doch die kolonialen Barrieren für das US-Kapital fallen, während Belgien und Großbritannien sowie Frankreich am Erhalt ihrer Positionen interessiert waren. Zwar bestand Einigkeit hinsichtlich der Gegnerschaft zu Lumumba, aufgrund der verschiedenen Zielsetzungen kam es dagegen zu taktischen Differenzen und zum Konflikt.

Als Patrice Lumumba am 30. Juni 1960 die Unabhängigkeit proklamierte und in einer großen Rede die weiteren Aufgaben des Kampfes für die volle Unabhängigkeit umriß, sah man sich in seinen Befürchtungen bestätigt. Auf Betreiben ihrer belgischen Offiziere meuterten Einheiten der aus der Kolonialzeit übernommenen Streitkräfte. Lumumba übernahm selbst ihr Oberkommando und verhängte Maßnahmen gegen Kapitalflucht und Goldreservenschmuggel. Wenige Tage später, am 8. Juli 1960, besetzten belgische Fallschirmjäger wichtige Knotenpunkte des Landes. Am 11. Juli 1960 erklärte die Provinz Katanga unter dem Millionär Moïse Tschombe die Unabhängigkeit, gefolgt von Kasai, wo sich Kalondji zum „Kaiser“ ausgerufen ließ. Damit war den USA der Zugang zu den belgisch-britisch beherrschten Regionen verschlossen. Washington setzte fortan auf die Zentralregierung, d.h. auf den Präsidenten Joseph Kasavubu, und vermochte damit auch, die damals noch unter US-Einfluß stehenden Vereinten Nationen für seine Ziele einzuspannen. Bereits am 15. Juli 1960 waren auf Ersuchen Lumumbas UN-Truppen ins Land gekommen.

Patrice Lumumbas Prestige in der Bevölkerung wuchs ungeachtet der Schwierigkeiten. In dieser Situation faßten anscheinend unabhängig voneinander belgische Stellen und der US-Geheimdienst CIA im August 1960 den Entschluß Lumumba „zu beseitigen“. Der CIA setzte dabei, abgesehen von Mordplänen, auf kongoleische Politiker wie Kasavubu und Joseph Mobutu, den Stabschef der Armee. Am 14. September 1960 putschte Mobutu, Lumumba begab sich in der Hauptstadt Leopoldville (heute: Kinshasa) unter den Schutz von UN-Truppen. Der CIA – dies geht aus den Untersuchungsberichten über den CIA in den 70er Jahren hervor – war nun bemüht, Lumumba aus dieser Stellung hervor- und in die Hände seiner Feinde zu locken. Diese – darunter Kalondji, Kasavubu und Tschombe – hatten auf einer Konferenz am 28. November 1960 ihrerseits beschlossen Lumumba zu beseitigen, indem man ihn an Kalondji auslieferte. Am selben Tag entzog sich Lumumba der UN-Bewachung, um zu seinen Anhängern im Osten zu gelangen, die dort unter Führung Antoine Gizengas eine Gegenregierung bildeten und mit Erfolg dem Putschregime Widerstand leisteten. Am 2. Dezember 1960 wurde er unterwegs gefangen genommen und zunächst in der Nähe von Leopoldville eingesperrt. Der Industriekurier schrieb am 6. Dezember: „Die Nachrichten aus dem Kongo lauten zum erstmalig seit langer Zeit erfreulich: Endlich ist es gelungen, Lumumba zu verhaften.“

Am 16./17. Januar 1961 wurden Patrice Lumumba und seine zwei Mitgefangenen Mpolo und Okito nach Bakwanga im Kasai geflogen. Da dort ghanaische UN-Truppen den Flughafen bewachten, steuerte die Maschine Elisabethville in Katanga an. Die drei Gefangenen erreichten die Stadt nach entsetzlichen Foltern durch ihre Bewacher halbtot; Tschombe-Soldaten und belgische Unteroffiziere übernahmen die Bewachung. In der Nacht zum 18. Januar 1961 wurden sie im Gästehaus der belgischen Fluggesellschaft Sabena erschossen. Die Leichen wurden zunächst verscharrt, dann wieder ausgegraben, mit Schwefelsäure übergossen und, als sie sich dennoch nicht vollends auflösten, in einem Schacht der Grube „Etoile“ („Stern“) der Union Minière geworfen. Noch als Toten fürchteten seine Feinde den Mythos Lumumba.

Die Ermordung Patrice Lumumbas und die Sezession Katangas markieren den Beginn eines der blutigsten Kriege in der jüngeren Geschichte Afrikas, der – ausgelöst durch die rivalisierenden Interessen amerikanischer und europäischer Kapitalgruppen – seinen Höhepunkt 1964 finden sollte. 1965 übernahm Oberst Mobutu vollends die Macht im Kongo und benannte ihn in Zaire um. In einem Akt seltenen Zynismus erklärte er, der Mitverantwortliche für die Auslieferung Lumumbas an seine Todfeinde, diesen zum Nationalhelden, um ihn für seine eigene nationalistisch-reaktionäre Ideologie zu vereinnahmen. Doch sein Name blieb und ist das Symbol des Freiheitskampfes des Volkes von Zaire und darüber hinaus Afrikas.

J. Ostrowsky

Kontroverses zur Afghanistan-Krise

Internationale Krisenentwicklungen beleben den Büchermarkt. Die sog. Afghanistankrise von 1979/80, die bis heute den Prozeß der Entspannung zwischen Ost und West nicht unwesentlich belastet, veranlaßte das deutschsprachige Verlagswesen in besonderem Maße, die wachsende Nachfrage nach Hintergrundinformationen zu bedienen. Da gibt es auf der einen Seite „Schnellschüsse“, die mit großem Werbeaufwand unters Volk geworfen werden, wie z.B.:

Winfried F. Wiegandt, *Afghanistan. Nicht aus heiterem Himmel*, Orell Füssli Verlag, Zürich 1980, 307 Seiten, 19,80 Sfr

Was hier vom Verlag als „engagierte Meinungsäußerung“ verkauft wird, ist eine durchgängig antikommunistische, offen für die islamischen „Rebellen“ Partei ergreifende Abhandlung eines Auslandskorrespondenten der Schweizerischen Depeschagentur.

Die folgende Veröffentlichung repräsentiert den Standpunkt der herrschenden „Ostforschung“:

Heinrich Vogel (Hrsg.), *Die sowjetische Intervention in Afghanistan. Entstehung und Hintergründe einer weltpolitischen Krise*, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 1980, 392 Seiten, 39,- DM

Die umfangreiche Aufsatzsammlung, die in der vom Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien herausgegebenen Reihe „Osteuropa und der internationale Kommunismus“ erschienen ist, kann hier keiner ausführlichen Begutachtung unterzogen werden.



Von Relevanz für die aktuelle politische Auseinandersetzung innerhalb der antiimperialistischen Bewegung sind demgegenüber vor allem die folgenden zwei Bücher:

Wolfram Brönner, *Afghanistan. Revolution und Konterrevolution*, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/Main 1980, 277 Seiten, 14,- DM

sowie

Karl-Heinrich Rudersdorf, *Afghanistan - eine Sowjetrepublik? Mit weiteren Beiträgen von Ulrich Albrecht und Andreas Kohlschütter*, rororo-aktuell 4643, Reinbek bei Hamburg 1980, 173 Seiten, 6,80 DM

Hält man beide Veröffentlichungen nebeneinander, so fällt zunächst auf, daß die Akzente, was die Darstellung betrifft, unterschiedlich gesetzt sind: Während W. Brönner in einem gleichsam ausgewogenen Verhältnis die strategische Lage im Raum des Mittleren Ostens, die davon beeinflussten Modifikationen der US-imperialistischen Strategie, die innere Entwicklung Afghanistans vor und nach der April-Revolution 1978 und die Politik der Sowjetunion behandelt, beschränkt sich K.H. Rudersdorf weitestgehend auf die Analyse der afghanischen Revolutionsereignisse selber. Letzteres ist nicht unproblematisch.

Bereits K.H. Rudersdorfs übergeordnete Fragestellung (Ist „angesichts der beiden Supermächte UdSSR und USA eine eigenständige Revolution in Entwicklungsländern“ überhaupt noch möglich? S. 97) wird man durch eine „schiefe Optik“ beantworten, wenn man den Blick lediglich auf die innere, durchaus problemreiche Entwicklung des afghanischen Revolutionsprozesses lenkt und allenfalls noch dessen Unterstützung durch die Sowjetunion (und diese per se noch als belastendes Moment) mit in die Betrachtung einbezieht. Auch wenn man die bei W. Brönner implizit enthaltene These, daß die Existenz eines mächtigen sozialistischen Lagers eine Voraussetzung für die Verteidigungsfähigkeit sozialrevolutionärer Prozesse in der Dritten Welt darstellt oder diese doch wenigstens enorm begünstigt, nicht teilt, wird man den konkreten „Fall Afghanistan“ nicht (zu-

mindest aber nicht voll) begreifen können, wenn man die Interessenlage des Imperialismus in der Region und die daraus resultierenden Aktionen – wie K.H. Rudersdorf – als irrelevant abtut.

W. Brönner legt überzeugend dar, welches Ausmaß die äußere, durch Washington gesteuerte Einmischung in die inneren Angelegenheiten Afghanistans bis zum Zeitpunkt des sowjetischen Eingreifens angenommen hatte und wie ernsthaft diese Intervention – in Kombination mit der Widerständigkeit der diversen, zumeist von entmachteten Großgrundbesitzern angeführten „Rebellen“-gruppen – den Bestand der Revolution bedrohte (besonders S. 69ff.). Das hier- zu inzwischen bekanntgewordene und bei W. Brönner detailliert ausgebreitete Material läßt eindeutige Schlußfolgerungen zu, die keineswegs nur relevant für die Beantwortung der Frage sind, ob die von der Sowjetunion dem afghanischen Regime (auf dessen mehrfache Aufforderung hin und auf der Grundlage des beiderseitigen Freundschaftsvertrages) gewährte Truppenhilfe gerechtfertigt war.

Gleichwohl reduziert W. Brönner das Problem Afghanistan nicht auf den konterrevolutionären Interventionismus. Zum vollen Verständnis der Afghanistankrise wird man, sofern man bereit ist, sich auf die Argumentationen des Buches von W. Brönner ohne die hierzulande üblichen Vorurteile einzulassen, mindestens die folgenden Faktoren berücksichtigen müssen: die von den USA lange vor „Afghanistan“ angesteuerte Revision der Grundprämissen des Entspannungsprozesses (S. 9ff.), die äußere Einmischung in den afghanischen Revolutionsprozeß, schließlich die Schwäche der regierenden Volksdemokratischen Partei (VDPA), die ihrerseits nicht nur durch den konterrevolutionären Interventionismus bedingt war, sondern durch die Auseinandersetzungen innerhalb der Führungsgruppe der VDPA (die unter Hafizullah Amin ein für die Partei durchaus bestandsgefährdendes Ausmaß angenommen hatten) noch beträchtlich verschärft wurde (vgl. besonders S. 89ff.). Daß hingegen in den meisten Ländern Asiens und Afrikas wegen der dort herrschenden sozialökonomischen Rückständigkeit, der erst rudimentär ausgebildeten Klassenverhältnisse, der strukturellen Schwäche der Überbauinstanzen usw. (Probleme, die S. 35 ff. eher phänomenologisch angerissen werden) auf den Sozialismus orientierende Regimes prinzipiell, weil strukturbedingt, Momente der Instabilität aufweisen (weswegen sie gerade auf die entwickelten sozialistischen Staaten als Stütze angewiesen sind), hätte meines Erachtens indessen durchaus schärfer herausgearbeitet werden können.

Zentral für die Analyse der Widersprüchlichkeit der inneren afghanischen Entwicklung seit der revolutionären Machtergreifung scheint mir W. Brönners Charakterisierung der VDPA als „fortgeschrittene revolutionärdemokratische Partei“ zu sein, „die sich von Anfang an auf Grundprinzipien des wissenschaftlichen Sozialismus wie auf ein revolutionärdemokratisches Programm mit sozialistischer Orientierung stützte“ (S. 94). Von daher halte ich auch den bei K.H. Rudersdorf bemühten Vergleich der Amin-Periode und ihrer Entartungen mit dem Stalinismusphänomen (S. 106) für unangebracht und wenig weiterführend. Ebenso läßt sich so die bei K.H. Rudersdorf mehrfach (z.B. S. 97) beklagte Verwendung solch nebulöser Kategorien wie „wissenschaftliche Weltanschauung“ im Programm der VDPA erklären. Auch ist deshalb die Polemik W. Brönners gegen „eurokommunistische“ Positionen (S. 109ff.) besonders gerechtfertigt, da eine „reine Revolution“ natürlich unter solchen Bedingungen noch viel weniger erwartet werden kann als unter der Hegemonie einer kommunistischen Partei.

Die Darstellung der für Außenstehende oft undurchsichtigen VDPA-Parteigeschichte gehört sicher zu den Stärken von W. Brönners Buch, wiewohl er sich gewisse spätere Revisionen wegen der schmalen Quellenbasis, die heute zur Verfügung steht, zu Recht offenläßt. Seine Sicht der Dinge wird auch durch die über weite Strecken ebenfalls informierte Behandlung dieser Seite der afghanischen Entwicklung bei K.H. Rudersdorf nicht korrigiert, eher erhärtet. Einige von dessen Behauptungen, wie z.B. diejenige, daß die VDPA nie Unterstützung durch breite Bevölkerungsgruppen gehabt und diese auch nicht „ernsthaft“ angestrebt habe (S. 107), werden durch das bei W. Brönner belegte Faktenmaterial über die Anstrengungen der VDPA zur Erlangung einer aktiven Massenbasis eindeutig widerlegt.

Der Gebrauchswert beider Bücher wird durch umfangreiche Dokumentenanhänge erhöht, wobei W. Brönner hinsichtlich der Parteigeschichte, besonders was die entscheidenden Positionsdokumente der rivalisierenden VDPA-Flügel Khalq und Parcham betrifft, sicher die größere Vollständigkeit gelungen ist. Regierungsdekrete sind bei K.H. Rudersdorf mehrere zu finden, während W. Brönner nur das – freilich entscheidende – Bodenreformgesetz abgedruckt hat. R. Falk

Jordanien-Syrien

Ende November/Anfang Dezember 1980 schien ein Kriegsausbruch zwischen Syrien und Jordanien möglich als es zu beiderseitigen Truppenmassierungen von 30.000 bzw. 50.000 Mann im syrisch-jordanischen Grenzgebiet kam. Sie wurden schließlich auf Vermittlung Saudi Arabiens hin beendet, nachdem König Hussein offenbar den essentiellen Bedingungen der Regierung Assad stattgegeben hatte.

Einmal soll der Haschemitenmonarch, der der ultrarechten (sunnitischen) Moslembruderschaft auf eigenem Territorium volle Bewegungsfreiheit samt militärischen Ausbildungslagern gewährte, einer Einstellung dieser Hilfestellung zugestimmt haben. Die Bruderschaft wird für die im vergangenen Jahr wiederholten Unruhen und Terrorakte auf syrischem Boden, einschließlich eines Attentatsversuches gegen Präsident Hafez al-Assad vom Juni 1980, verantwortlich gemacht. Zum anderen soll König Hussein die von Syrien geforderte fortgesetzte Respektierung der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) als einzig legitimen Repräsentanten des palästinensischen Volkes zugesichert haben. Damaskus hatte die jordanische Regierung des Vorhabens angeklagt, mit den USA und Israel für eine Art Camp-David-Ersatz separat ins Geschäft kommen zu wollen.

Wegen dieser Konfliktpunkte und aufgrund der kontroversen Position beider Seiten zum Krieg Irak-Iran boykottierten Syrien und mit ihm die PLO, Libyen, Südjemen, Algerien und der Libanon auch die Ende November 1980 in Amman veranstaltete 11. Gipfelkonferenz der Arabischen Liga. Dort erhielt der Irak namentlich auf Betreiben des jordanischen Königs Rückendeckung für seine Kriegsführung und Gebietsansprüche gegenüber dem Iran.

Tschad-Libyen

Die seit dem 20. März 1980 zwischen den Regierungstruppen unter Ministerpräsident Goukouni Queddei, Abdelkader Wadel Kamougue und Ahmat Acyl einerseits und den Streitkräften des Nordens (FAN) von Hissene Habre andererseits tobenden Kämpfe (siehe AIB 5/1980, S. 27-28), die bereits 5.000 bis 6.000 Tote gefordert haben, sind im November 1980 in eine entscheidende Phase getreten. Die Übergangsregierung der Nationalen Einheit unter G. Queddei hat um der Rebellion Herr zu werden, Libyen um Hilfe gebeten, deren Ausmaß noch nicht abzusehen ist. Bereits am 15. Juni 1980 war zwischen beiden Staaten ein Freundschaftsabkommen geschlossen worden.

Die Rebellion von Hissene Habre wird nicht nur von Frankreich materiell und propagandistisch unterstützt, sondern besonders von Ägypten, dem Sudan und ausländischen Söldnern. H. Habre erklärte sich selbst bereit auf israelische Hilfe zurückzugreifen. Frankreich, das durch seine wiederholten militärischen Interventionen und seine Spaltungspolitik der Verursacher der momentanen Situation ist, sieht seine Felle davonschwimmen, da sein Schützling H. Habre immer mehr an Boden verliert. Eine militärische Intervention ist deshalb nicht auszuschließen, obwohl sie zu diplomatischen Schwierigkeiten führen würde, wäre sie doch gegen eine anerkannte Regierung gerichtet.

Sambia

Ende Oktober 1980 gab Sambias Präsident Kenneth Kaunda auf einer Pressekonferenz bekannt, daß ein für den 16./17. Oktober 1980 geplanter Staatsstreich gegen seine Regierung vereitelt worden sei, der mit südafrikanischer Unterstützung habe stattfinden sollen. Eine Anzahl sambischer Offiziere und ehemaliger hoher Staatsangestellter sei verhaftet worden; über Teile des Landes wurden Ausgangssperren verhängt.

Die näheren Umstände dieses Ereignisses waren im Dezember 1980 noch undurchsichtig, so die Art der Beteiligung Südafrikas. Andererseits war es nicht das erste Mal, daß Auseinandersetzungen innerhalb Sambias mit bewaffneten Banden stattfanden, die zum Teil noch aus der Zeit des angolischen Unabhängigkeitskampfes bzw. aus Zimbabwe stammen. Südafrikanisches Militär hielt sogar das Jahr 1979 über im Grenzgebiet zu Angola und Namibia einen Teil Sambias besetzt, verwüstete das Land und vertrieb die Bevölkerung. Bedeutender Anstoß für das Anwachsen einer Opposition gegen Kaunda ist die katastrophale wirtschaftliche Lage des Landes, Folge sowohl der Opfer, die Sambia in Unterstützung des Freiheitskampfes in Zimbabwe brachte, als aber auch vor allem der Unzulänglichkeiten und Inkonsequenzen der staatlichen Wirtschaftspolitik (siehe Sambia-Einschätzung in AIB 6/1978). Diese wird von Privatwirtschaft und führenden Mitgliedern der Staatspartei heftig attackiert und führte anscheinend auch zur Wiederbelebung der Tätigkeit der alten rechten Opposition – aber auch zu Unruhe in der Gewerkschaft.

Namibia-BRD

Vom 23. bis 25. Oktober 1980 hielt sich Sam Nujoma, Präsident der Südwestafrikanischen Volksorganisation Namibias (SWAPO) in Bonn auf, eingeladen von der Bundesregierung, nachdem ein früherer Termin mit dem Hinweis auf die anstehenden Bundestagswahlen verschoben worden war. Angesichts der durch Südafrikas Alleingang zugespitzten Lage in Namibia war Bonns Interesse klar: Einwirkung auf die SWAPO, an einer friedlichen Lösung der Namibia-Frage festzuhalten; Erläuterung der eigenen Position, mit allen „relevanten“ Konfliktparteien zu sprechen. S. Nujoma gab die prinzipielle Bereitschaft zu einer friedlichen Lösung gemäß dem UN-Plan (freie Wahlen unter UNO-Aufsicht) zu erkennen, kündigte aber für den Fall des Scheiterns eine Verstärkung der bewaffneten Kampfaktionen an. Im Sinne der genannten Bonner „Ausgewogenheit“ – die einer Aufwertung entspricht – war man in Bonn am 10./11. Dezember 1980 bereit, auch D. Mudge, den Führer der sog. Tumhallen-Allianz, einer Partei von Pretorias Gnaden, zu empfangen. Dieses Gespräch kam jedoch aus bislang unerfindlichen Gründen nicht zustande.

Südafrika

Am 26.11.1980 wurden im sog. „Silverton-Sieg“-Prozeß (siehe AIB 11-12/1980) die Kämpfer des Umkhonto we Sizwe, des militärischen Arms des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC), N.J. Lubisi (28 J.), P.T. Mashigo (20) und N. Manana (24) zum Tode sowie sechs weitere Angeklagte zu Haftstrafen zwischen 10 und 20 Jahren verurteilt. In dem von Behinderungen der Verteidigung, widersprüchlichen Aussagen der Zeugen der Anklage u.a. gekennzeichneten Prozeß waren ihnen Mord und Mordversuch bei Überfällen im Januar/Februar 1980 auf die Soekmeaar-Polizeistation und eine Bank in Silverton (Pretoria) zu Last gelegt worden.

Bei letztgenanntem Anschlag konnte keinem der Verurteilten eine Beteiligung nachgewiesen werden. Aus der Art des Angriffs auf die Polizeistation konnte die Verteidigung beweisen, daß die drei an ihm beteiligten und jetzt zum Tode verurteilten Kämpfer ausdrücklich den Tod von Polizisten vermieden, lediglich die Beschädigung des Gebäudes angestrebt hatten. So wurde in der Urteilsbegründung neben verschiedenen „Vergehen“ gegen die Gesetze der Apartheid einzig die Mitgliedschaft im ANC als ausreichend zur Aussprechung der Kapitalstrafen erachtet.

Obervolta

In der westafrikanischen Republik Obervolta übernahm am 25.11.1980 ein 31-köpfiger „Militärausschuß für die Fortführung des nationalen Fortschritts“ unter Oberst Saye Zerbo (48) die Macht und stürzte den 1978 gewählten Präsidenten Sangoule Lamizana. S. Zerbo, ein ehemaliger Außenminister und Kommandeur der Truppen der Hauptstadt Ouagadougou erklärte, daß das „sich rapide verschlechternde soziale Klima“ den Sturz der Regierung notwendig gemacht habe. Die Einmischung von politischen Parteien in den seit 2 Monaten dauernden Lehrstreik habe es – so S. Zerbo weiter – der Regierung unmöglich gemacht schwerwiegende Probleme zu lösen.

General S. Lamizana war 1966 an die Macht gekommen, nachdem sein Vorgänger Maurice Yameogo, der Obervolta seit der Unabhängigkeit 1960 mit der damaligen Einheitspartei Demokratische Union Voltas – Demokratische Sammlung Afrikas (UDV-RDA, heute PDV-RDA) regiert hatte, durch Massenaktionen der Gewerkschaften gestürzt wurde. Nach einer zivilen Regierung (1970-74) übernahm S. Lamizana erneut die Macht, wurde aber durch einen Generalstreik Ende 1975 gezwungen ein Mehrparteiensystem zu errichten. Die Wahlen von 1978 brachten für die UDV-RDA die Mehrheit. Weiterhin waren im Parlament die Nationale Union für die Verteidigung der Demokratie (UNDD) von M. Yameogo und die Fortschrittliche Front Voltas (FPV) vertreten. Letztere ist ein Zusammenschluß mehrerer Parteien unter der Führung der nationaldemokratischen Fortschrittlichen Union (UPV) von Joseph Ki-Zerbo.

Äthiopien

Mit dem Besuch des sudanesischen Staatschefs Gafaar M. el-Numeiri Ende November 1980 in Addis Abeba und der Reise des Vorsitzenden des Provisorischen Militärischen Verwaltungsrats (PMAC) Mengistu Haile Mariam Anfang Dezember 1980 nach Kenia ist Äthiopien offensichtlich einen entscheidenden Schritt bei der Stabilisierung der äußeren Bedingungen seiner Revolution vorangekommen. Seit Men-

gustus Besuch in Khartum im Mai 1980 war eine merkbare Entspannung der Beziehungen zwischen Äthiopien und dem Sudan feststellbar, in deren Gefolge Numeiri seine Unterstützung der eritreischen Separatistenorganisationen nahezu eingestellt hat. Bis auf einen befestigten Bergort mit dem Namen Nakfa, der gegenwärtig unter Beschuß einer neuen äthiopischen Offensive steht, verfügten die eritreischen Separatistenorganisationen bis Ende letzten Jahres über keine befestigten Bastionen mehr. In dem Ende November 1980 in Addis Abeba von Numeiri und Mengistu unterzeichneten Kommuniqué unterstreichen die beiden Seiten u.a. „ihre Entschlossenheit, eine Atmosphäre der gegenseitigen Verständigung und des Vertrauens am Horn von Afrika und zwischen ihren beiden Staaten zu schaffen, auf der Grundlage der gegenseitigen Achtung der Souveränität, territorialen Integrität, Unverletzlichkeit der Grenzen und Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten“.

Zum Abschluß der Gespräche zwischen Mengistu und dem kenianischen Präsidenten Moi wurde Somalia aufgefordert, „öffentlich und bedingungslos aller Ansprüche auf äthiopisches, kenianisches und djiboutisches Territorium zu entsagen“ und Äthiopien eine angemessene Entschädigung für die Folgen des Ogaden-Krieges (1977/78) zu zahlen. Erst im November 1980 hatte das Regime in Mogadischu die kriegerische Auseinandersetzung in der äthiopischen Südprowinz wieder zu eskalieren versucht und seine Gebietsforderungen an Kenia und Djibouti bekräftigt.



Guinea-Bissau

Am 14. November wurde die Regierung Luis Cabral im westafrikanischen Guinea-Bissau durch einen Militärputsch gestürzt, der offenbar vom überwiegenden Teil der Truppen unterstützt und von der Bevölkerung ohne Proteste hingenommen wurde. L. Cabral, seit der Unabhängigkeit 1974 Vorsitzender des Staatsrates Guinea-Bissaus, wurde unter Hausarrest gestellt, ein Revolutionsrat unter Joao Bernardo Vieira, dem legendären Kommandeur der Guerillaeinheiten der Befreiungsbewegung PAIGC, übernahm die Macht. Ein großer Teil der bisherigen Minister behielt ihre Ämter und die Staatspartei PAIGC, die auch auf den Kapverdischen Inseln die Regierung stellt, soll erhalten bleiben.

Eine auslösende Rolle spielten offenbar die erheblichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten des armen Landes (siehe Bericht von H. Blasenbrei in AIB 11-12/1979 und 1/1980), außerdem politische Machtfragen und vor allem ethnische Probleme zwischen dem Festland und den Kapverden, die ursprünglich in einem Staatsverband unabhängig werden sollten. Nach der Verabschiedung einer neuen Verfassung am 10. November 1980 hatte Cabral offenbar versucht, Vieira faktisch auszuschalten, der bis dahin Ministerpräsident gewesen war; sogar von Mordplänen gegen Vieira war die Rede. Mit dieser geplanten Entmachtung verband sich jedoch die – zumindest vordergründig – entscheidende Frage: Zwischen den hellhäutigen Mischlingen von den Kapverden, die innerhalb der PAIGC und in den wichtigsten staatlichen Stellen dominierten (auch Luis Cabral stammt von den Kapverden), und der afrikanischen Bevölkerung schwarzer Hautfarbe hatte sich offenbar ein Gegensatz herausgebildet, den die PAIGC nicht zu überwinden vermochte. Vor diesem Hintergrund wird der Staatsstreich als Entmachtung der Kapverdianer zugunsten eines afrikanischen Nationalismus und als Absage an weitere Versuche gewertet, die beiden Länder, die unter der PAIGC gemeinsam den anticolonialen Kampf geführt hatten, zu vereinen.

Peru

Aus den Kommunalwahlen vom 23. November 1980 ging die Vereinigte Linke (IU) als zweitstärkste Kraft des Landes hervor. Im Vorfeld der Wahlen hatten sich die wichtigsten linken Parteien zu einem Wahlbündnis zusammengeschlossen und in Lima als gemeinsamen Kandidaten den Rechtsanwalt Alfonso Barrantes aufgestellt. Zwar konnte die regierende Volksallianz (AP) noch die Mehrheit erringen, und zwar, im Großraum Lima mit 35% der Stimmen vor

der IU mit 27%. Doch mußte sie auf gesamtnationaler Ebene Einbußen hinnehmen.

Die Enttäuschung vieler über die nicht eingehaltenen Wahlversprechungen F. Belaundes (vgl. AIB 11-12/1980) trug mit zum Erfolg der Linkskräfte bei. Damit verbunden war für die Vereinigte Linke der Gewinn von 6 Distriktbürgermeisterschaften in der Hauptstadt sowie von 11 Mandaten in der Gemeindeverwaltung der Gesamtprovinz Lima. Auch in zahlreichen anderen Provinzen und Städten bauten die Linken ihre Positionen aus, so in Arequipa, der zweitwichtigsten Stadt Perus. Dort wird ein Kandidat der IU das Amt des Bürgermeisters übernehmen. Der Ausgang der Kommunalwahlen bestärkte die Linke in ihrem Einigungsbestreben und ließ sie zu einer ernstzunehmenden Gegenkraft für die gegenwärtige Regierung Belaundes werden.

Nikaragua

Zum wiederholten Mal (vgl. AIB 7-8/1980) versucht die konservative Opposition Nikaraguas seit Anfang November 1980, durch den Boykott des pluralistisch zusammengesetzten Staatsrats, der vorläufig quasiparlamentarische Funktionen erfüllt, den Revolutionsprozeß aufzuhalten.

Am 12.11.1980 legten 11 Mitglieder dieses überaus wichtigen Staatsorgans – die Vertreter des Obersten Rats der Privatunternehmer (COSEP), der bürgerlichen Parteien Demokratische Nikaraguanische Bewegung (MDN), Konservativ-Demokratische Partei und Christlich-Soziale Partei sowie zweier Gewerkschaften – für unbefristete Zeit ihre Mandate nieder. Angeblich wollen sie damit gegen die verschärften Maßnahmen protestieren, zu denen die Regierung des Nationalen Wiederaufbaus in letzter Zeit gegenüber den zunehmenden Aktivitäten der Konterrevolution gezwungen ist. Wie mehrere Geständnisse inzwischen inhaftierter Konterrevolutionäre bezeugen, war für November 1980 ein Putschversuch geplant, an dem führende Mitglieder der MDN, des COSEP, Initiatoren eines „Aufstandes“ im September 1980 im Gebiet um Bluefields sowie ehemalige Somoza-Gardisten im In- und Ausland maßgeblich beteiligt waren. Der COSEP hatte in diesem Zusammenhang beträchtliche Finanzmittel für die Korruption sandinistischer Offiziere zum Zwecke einer Spaltung der Armee bereitgestellt. Wie Staatsratsvorsitzender Carlos Nunez feststellte, fühlt sich die nikaraguanische Konterrevolution offenbar durch den Wahlsieg des designierten US-Präsidenten R. Reagan zu Provokationen ermuntert.

Uruguay

58% der zur Wahl verpflichteten Wähler stimmten am 25.11.1980 bei einem Referendum gegen den Verfassungsentwurf der uruguayischen Militärdiktatur. Geseitert ist damit ihr Projekt der Institutionalisierung und Legitimierung ihrer seit 1973 bestehenden Herrschaft. So war im zur Abstimmung gestellten Verfassungsentwurf vorgesehen, daß das Militär im eigens neu zu schaffenden Nationalen Sicherheitsrat die Mehrheit besitzt, daß das Militär durch eine Verfassungsklausel jederzeit hätte den Notstand ausrufen können. Die Annahme des Entwurfs hätte auch die andauernde Illegalisierung der Linksparteien, der Frente Amplio sowie der Gewerkschaftszentrale CNT bedeutet.

Es gibt jedoch kaum Anzeichen dafür, daß die Militärs dieses Votum respektieren. Innenminister Nunez erklärte das Ergebnis der Abstimmung für „nicht wichtig“ und Präsident Mendez fügte hinzu, daß von einem Rückschlag für die Diktatur nicht die Rede sein könne.

Südkorea

Im Zuge einer „sozialen Säuberung“ zur „Ausrottung des sozialen Übels“ ist die Militärdiktatur unter General Chon Du Hwan daran gegangen, ihre militärfaschistische Herrschaft auszubauen. Im Zuge ihrer Gleichschaltungspolitik des öffentlichen Lebens (vgl. AIB 9 und 11-12/1980) benannte die Diktatur Anfang November 1980 811 Politiker. Ihnen wird bis 1988 verboten, sich zu betätigen.

Ihren größten Schlag führt die Diktatur gegen prominente Oppositionspolitiker um Kim Dae Jung, denen vorgeworfen wird, sich zum Sturz der Regierung verschworen und den Volksaufstand von Kwangu im Mai 1980 angezettelt zu haben. In der Berufungsinstanz wurden im November 1980 die Todesurteile gegen Kim Dae Jung und vier weitere Personen bestätigt. Für den Fall der Hinrichtung Kim Dae Jungs kündigte Japan die Einstellung jeglicher Wirtschaftshilfe für Südkorea an.

AIB

Liebigstr. 46

3550 Marburg

Die Indianerfrage vor dem IV. Russell-Tribunal

Zahlreiche Vertreter ethnischer Minderheiten, Vertreter von Kirchen und Parteien, Zuhörer aus Europa und Amerika hatten sich zwischen dem 24. und 30. November 1980 in der Rotterdamer Kongreßhalle De Doelen eingefunden, um dem IV. Russell-Tribunal zur Situation der Indianer in Nord-, Mittel- und Südamerika beizuwohnen. Die Idee zum diesjährigen Thema geht zurück auf die Genfer Konferenz der nichtstaatlichen Organisationen (NGO) bei den Vereinten Nationen im Jahre 1977, die sich mit der Diskriminierung der eingeborenen Völker beider Amerika auseinandersetzte. In ihrer Schlußresolution forderte damals die Genfer Konferenz eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit in der Indianerfrage.

1963 von dem Philosophen und Nobelpreisträger Bertrand Russell gegründet, hat sich die Russell-Friedensstiftung zum Ziel gesetzt, für die Achtung der Menschenrechte und für Abrüstung einzutreten. Zu den Schirmherren der Gründerjahre zählen Persönlichkeiten wie die Präsidenten Nyerere (Tansania), Kaunda (Sambia) und Senghor (Senegal). Allgemeiner Arbeitsrahmen des Russell-Tribunals ist der gesetzlich-juristische Hintergrund des Völkerrechts und der Menschenrechte (z.B. die UNO-Konvention zur Verhütung und Bestrafung von Völkermord; die internationale Konvention zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung) sowie Gesetze der betroffenen Länder. Die bisherigen Russell-Tribunale, die keine rechtlichen Befugnisse besitzen, sondern nur Empfehlungen weitergeben können, untersuchten die Hintergründe des Vietnamkrieges (1967), die Unterdrückung in Lateinamerika (1973-76) und die Situation der Menschenrechte in der BRD (1978).

Das Rotterdamer Tribunal machte es sich zur Aufgabe, „die Weltöffentlichkeit über die bedrohliche Situation der Indianer zu informieren, ihre konkreten Lebensbedingungen in politischer, ökonomischer und kultureller Hinsicht verbessern zu helfen, Solidarität und Unterstützung für ihren Lebenskampf zu gewinnen, Aufmerksamkeit zu erreichen für andere Minderheiten in vergleichbaren Situationen“.

Die siebzehnköpfige Jury, die sich u.a. aus sachverständigen Wissenschaftlern und Juristen zusammensetzt, konnte in Rotterdam mit so bekannten Namen wie Hortensia de Bussi Allende (der Witwe des 1973 ermordeten chilenischen Präsidenten), dem uruguayischen Schriftsteller Eduardo Galeano und der mittlerweile berühmten bolivianischen Minenarbeiterfrau Domitila Moema Viezzer, die schon bei der UN-Frauenkonferenz im Juli 1980 große Anerkennung erntete, aufwarten.

Bereits vor Beginn des IV. Russell-Tribunals erregte die Ausreiseweigerung für das brasilianische Jury-Mitglied, den Indianerführer Mario Juruna, weltweite Empörung. Die unlautere brasilianische Indianerbehörde FUNAI hatte Juruna, da ihm als Indianer laut brasilianischem Gesetz keine vollen Bürgerrechte zustehen, die Reise nach Rotterdam zunächst untersagt. Die schließliche Genehmigung und das Zugeständnis der Bürgerrechte seitens des brasilianischen Gerichtshofes wurde zugleich als „historisches Urteil“ gefeiert.

Insgesamt 14 Einzelfälle trugen Opfer und Augenzeugen dem Rotterdamer Tribunal, das von der holländischen Arbeitsgruppe Indianerprojekt mitveranstaltet wurde, vor. Eingeladen waren auch Vertreter der angeklagten Konzerne, Regierungen, Behörden und Kirchen. Daß sie jedoch dem Tribunal fernblieben, „spricht für sich“, wie die Veranstalter konstatierten. Trotz der nationalen Unterschiede spiegeln sich in den Darstellungen die gleichen Delikte an der indianischen Bevölkerung wider: illegaler Landraub durch einheimische Oligarchie und internationale Konzerne, Vertreibung und Völkermord, Zerstörung ihrer Sprache und Kultur.

Irokesen, Navajos und Vertreter weiterer nordamerikanischer Indianernationen berichteten vom Eindringen großer Unternehmen (z.B. der US-Atomic-Energy-Commission) in ihre Reservate, zwangsweiser Umsiedlung und Vertragsbrüchen seitens der US-



Regierung. Von ähnlichen Verbrechen wußten auch die kanadischen Vertreter zu erzählen. Zu den spektakulärsten Fällen, die der Jury zugetragen wurden, gehörte das Massaker an indianischen Bauern in der spanischen Botschaft in Guatemala-Stadt Anfang letzten Jahres (vgl. AIB 4/1980).

Desweiteren kamen Angehörige indianischer Minderheiten Brasiliens zu Wort. Sie stellten die indianerfeindliche Politik der Indianerbehörde FUNAI bloß, klagten zahlreiche Missionen der bewußten Zerstörung ihrer Kultur an, schilderten die brasilianische Siedlungspolitik und die Plünderung der Bodenschätze im Amazonasbecken durch Multis, die eine systematische Ausrottung der dort lebenden eingeborenen Bevölkerung nicht scheuen. Von Völkermord und Vertreibung zugunsten von Monopolinteressen sprachen auch die Kampas aus dem peruanischen Amazonasgebiet. Auch hier stehen sie der hochgestochenen Industrialisierungspolitik eines Belaudes im Wege. Auch Vertreter aus Panama, Kolumbien usw. machten in ihren Erläuterungen Landraub und Repression deutlich. Da nicht alle vorgetragenen Fälle von der Jury eingehend behandelt werden konnten, wurde seitens der Veranstalter eine weitere Tagung zu diesen Fragen in Erwägung gezogen.

Das Tribunal endete mit der scharfen Verurteilung der Regierungen der USA und des lateinamerikanischen Halbkontinents sowie kirchlicher und sonstiger Organisationen. In ihrer Schlußakte stellte die Jury u.a. fest, „daß ernste Verletzungen der Menschenrechte und Völkermord an vielen Orten von der Arktis bis Chile vorkommen“. Die Regierungen und internationalen Organisationen wurden aufgefordert, „den akzeptierten Normen der allgemeinen Menschenrechte ebenso wie den besonderen Rechten der eingeborenen Völker Amerikas Genüge zu tun“. Der Anspruch dieses Tribunals, „auf die weltweite Meinungsbildung Einfluß nehmen (zu wollen) und das weitverbreitete, aber falsche Bild von den Indianern (zu) zerstören, das durch Rassismus und Feindseligkeit geschaffen worden ist“, ist zweifelsohne begrüßenswert. Da es aber keine Strafen verhängen kann, „appelliert es allein an menschliches Gewissen und menschliche Vernunft“.

Doch darf es nicht bei moralischen Appellen bleiben. Der Emanzipationskampf der indianischen Bevölkerung Amerikas und der anderen unterdrückten Minderheiten verdient die Unterstützung der demokratischen Kräfte in aller Welt und er muß auf anderen Ebenen weitergeführt werden. Eine echte Lösung der in Rotterdam aufgeworfenen Indianerfrage aber steht nur dann zu erwarten, wenn die Indianerbewegung sich in ihrem jeweiligen Land in den antiimperialistischen und sozialen Befreiungskampf einreicht, wie dies gegenwärtig in Guatemala beispielhaft geschieht.